

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930 1919

38 (31.7.1919)

Amtliche Berichte

über die

Verhandlungen des Badischen Landtags.

N. 38.

Karlsruhe, den 31. Juli

1919.

38. öffentliche Sitzung

am Mittwoch, den 23. Juli 1919, nachmittags ½ 4 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

1. Zweite Beratung über das provisorische Gesetz, die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit betr. (Druckf. Nr. 25, 25a und 25b), Berichterstatter Abg. Strobel.
2. Fortsetzung der Beratung über den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr. (Druckf. Nr. 16c), samt einschlägigen Petitionen, (Antrag s. Druckf. Nr. 16c), Berichterstatter Abg. Goehring.
3. Begründung und Beantwortung der Interpellationen
 - a) der Abgg. Fischer-Karlsruhe und Gen., die Verbesserung der Bevölkerung mit Brennmaterial betr. (Druckf. Nr. 9g),
 - b) der Abgg. König und Gen., die Volkswehr betr. (Druckf. Nr. 30a).

Am Regierungstisch: Minister für Kultus und Unterricht Hummel, Finanzminister Dr. Wirth, Minister des Innern Kemmle, Justizminister Trunk, Direktor der Zoll- und Steuerdirektion Geh. Rat Schellenberg, Ministerialdirektor Geh. Oberfinanzrat Moser und die Ministerialräte Franz und Kirchgässner.

Präsident Rospf eröffnet um 3¼ Uhr die Sitzung und gibt den Eingang eines Schreibens des Badischen Philosophenvereins mit einer für die Mitglieder des Hauses bestimmten Denkschrift über die Notlage der Lehramtspraktikanten bekannt.

Diese Eingabe wird verdankt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer kurzen Anfrage das Wort:

Abg. Dr. Gotthein (D. Dem. P.):

Ist die Regierung bereit, die Aktenstücke betreffend die Entziehung der *venia legendi* des außerordentlichen Professors Veit Valentin in Freiburg der Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Ist sie nach den in dieser Angelegenheit gemachten Erfahrungen bereit, die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten und nicht etatmäßigen Professoren an den Hochschulen gesetzlich zu regeln?

Zur Beantwortung der kurzen Anfrage erhält das Wort:

Minister für Kultus und Unterricht Hummel:

Der Freiburger philosophischen Fakultät habe ich auf ihren Wunsch die Ermächtigung erteilt, das gesamte Material über den Fall Veit Valentin zu veröffentlichen. Ich behalte mir vor, nötigenfalls feinerzeit Stellung zu dieser Veröffentlichung zu nehmen.

Gegen eine gesetzliche Regelung der Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten und außeror-

dentlichen Professoren haben bisher eine große Reihe von Bedenken bestanden im Zusammenhang mit der Tatsache, daß das erste Disziplinalgesetz auf diesem Gebiete unter Verhältnissen erlassen worden ist, die lebhaften Widerspruch in den beteiligten Kreisen in Deutschland hervorgerufen haben. Ich darf darauf hinweisen, daß dieses Disziplinalgesetz im Zusammenhang mit dem Fall des Berliner Privatdozenten Arons erlassen worden ist und den Namen *lex Arons* trägt. Nachdem der Wunsch nach der Erlassung eines solchen Disziplinalgesetzes allgemein geworden ist und nachdem die Bedenken auf diesem Gebiete stark zurückgetreten sind, bin ich bereit, in die Vorarbeiten zum Erlaß eines solchen Gesetzes einzutreten, und werde feinerzeit natürlich die Erledigung der Angelegenheit in Verbindung mit dem Landtage durchführen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Ziffer 1 derselben: Zweite Beratung über das provisorische Gesetz, die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit betr. (Drucksache Nr. 25, 25a und 25b) erhält das Wort:

Berichterstatter Abg. Strobel (Soz.):

Ich habe keine Bemerkung mehr zu machen.

In der Beratung meldet sich niemand zum Wort.

Bei der hierauf folgenden namentlichen Abstimmung wird das Gesetz mit den von der Kommission beantragten Änderungen mit 78 Stimmen angenommen.

Zu Ziffer 2 der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung über den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr. (Druckf. Nr. 16c), samt einschlägigen Petitionen, ferner Besprechung der Interpellation der Abgg. Dr. Schofer, Emil Maier und Gen. über die Frage der Reichseinkommensteuer und der reichseigenen Verwaltung aller Reichssteuern erhalten das Wort:

Abg. Köhler (Zentr.):

Zwei Fragen von grundlegender und entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes stehen zur Erörterung. Daß es zwei Finanzfragen sind, zeigt, welche maßgebenden Einfluß gerade die finanzielle Regelung auch für die politische Gestaltung unseres Landes und des Reiches hat. Es sind erstens die angestrebte Ordnung unserer badischen Finanzwirtschaft durch ein neues Steuergesetz und zweitens die Regelung unserer finanziellen Beziehungen zum Reiche.

Die neue Steuerborlage kann ich hinsichtlich ihres Inhaltes kurz behandeln nach dem ausgezeichneten und eingehenden Referat, das der Herr Berichterstatter uns hierüber gegeben hat. Der Werdegang der Vorlage ist ja ein etwas eigenartiger. Ich möchte von dem Geburtsfehler absehen, den sie in die Kommission mitgebracht hat und der zu einer Operation geführt hat. Ich sehe, daß sie auch sonst verschiedene Mängel hat, Mängel, auf die auch der Herr Abg. Dr. Stockner bereits hingewiesen hat. Es ist insbesondere der, daß die Steuererhebung sich aufbauen wird auf die Veranlagung vom Jahre 1918 und deshalb in der Hauptsache Einkommen und Vermögen in der Höhe erfassen wird, wie sie im Jahre

1917 vorhanden wären. Aber eine neue Veranlagung für die Durchführung unseres jetzigen Gesetzesvorwurfs vorzunehmen, das wäre eine Arbeit von vielen Monaten, und die konnten wir natürlich schon rein technisch unseren Steuerbeamten nicht zumuten. Ich bin auch fest überzeugt, daß die Ausführung des ganzen Gesetzes dadurch außerordentlich gefährdet worden wäre.

Die Vorlage ist sodann mit außerordentlich temperamentvollen Protesten begrüßt worden, als sie in die Öffentlichkeit getreten ist. Man sprach von einem „Attentat auf Handel und Industrie“, und wieder andere drückten sich geschmackvoll dahin aus, es sei eine Lehrlingsarbeit. Ich weiß nicht, ob die Herren nun anderer Auffassung sind, ob vielleicht aus diesem Lehrlingsstück nun doch noch ein Gesellenstück geworden ist, oder ob sie auf ihrer früheren Meinung beharren.

Der Entwurf hat in der Hand der Kommission verschiedene Veränderungen erfahren. Zunächst ist die Freigrenze auf alle Einkommen unter 6000 M. erhöht worden. Damit sind von den 443 000 Steuerpflichtigen, wie sie im Jahre 1918 festgesetzt worden sind, über 415 000 von diesem neuen Einkommensteuernzuschlag befreit, und nur 27 400 Einkommensteuerträger tragen auch die Last dieser neuen Einkommensteuerverhöhung. Das ist gewiß eine außerordentliche geringe Zahl. Aber m. E. zeigt sie uns auch, wie ungleich die Einkommen bei uns im Lande Baden und wahrscheinlich im deutschen Reich verteilt sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Es ist eine sozial außerordentlich wichtige und betrübliche Feststellung, daß wir im Jahre 1918 284 000 Einkommensteuerträger gehabt haben, die 2400 M. und weniger steuerpflichtiges Einkommen hatten und daß über 300 000 Steuerpflichtige ein Einkommen von unter 6000 M. hatten, während alle übrigen Einkommen sich in Baden auf 27 400 Personen verteilten. Mit dieser Feststellung ist die innere Berechtigung dafür gegeben, daß man die Einkommen bis zur Höhe von 6000 M. ganz freigelassen hat. Die Arbeiten, die wir im Lande und Reich jetzt auf den verschiedensten wirtschaftlichen Gebieten vollführen, müssen in der Hauptsache unter dem Gesichtspunkt der Ausgleichung der Einkommen betrachtet werden. Wir haben weiter dieser Erhöhung der Freigrenze deshalb zustimmen können, weil gerade die Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer, die im Jahre 1919 neu veranlagt worden sind, eine derartige Berücksichtigung außerordentlich notwendig macht. Zum weiteren aber würde das Geschäft der Erhebung dieser kleinen Steuerbeträge, die hier in Betracht kommen — es sind Beträge von 2—7 M. — eine derartige Aufgabe für unsere Steuerbeamten, für unsere Steuererhebungsbehörde sein, daß sie wirklich in keinem Verhältnis zu dem Aufkommen stünde, denn es wären Forderungszettel herauszugeben an über 100 000 Steuerpflichtige, die nur ein paar hunderttausend Mark einbringen würden, vorausgesetzt, daß keine Abgänge dabei entstünden.

Die zweite wesentliche Veränderung in der Vorlage besteht darin, daß die Höchstbelastung von insgesamt 300 Proz. auf insgesamt 500 Proz. erhöht worden ist. Das Mehrerträgnis beträgt 24,3 Millionen. Gewiß, was die Kommission hier vorgenommen hat, bedeutet für die einzelnen Einkommensteuerträger eine recht hohe Belastung. Aber wir waren der Auffassung, daß diese Belastung 1. erträglich ist und daß sie 2. durchaus notwendig ist, um in unseren Finanzen einigermaßen Ordnung zu halten. —

Bei der Vermögenssteuer ist zunächst der Kreis der Pflichtigen wesentlich eingengt worden. Die Vorlage, wie sie uns von der Regierung unterbreitet worden war, wollte sämtliche Vermögenssteuerpflichtige von einem bestimmten reinen Vermögensbetrage an herbeiziehen. Wir haben eine größere Anzahl, insbesondere die politischen Gemeinden, die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die Stiftungen, Fonds und eingetragenen Vereine ausgenommen. Wir haben außerdem zugelassen, daß das Grund- und Stammkapital bei den Aktiengesellschaften vom Vermögensbestande abgezogen werden kann. Das sind m. E. Verbesserungen, die beachtet werden müssen bei der Kritik, die an der Vorlage angebracht worden ist. Allerdings soll dieser neue einmalige Vermögenszuschlag schon bei Vermögen von 50 000 M. beginnen. Ich möchte aber meinen: Wenn ein Besitzer von 50 000 M. reinem Vermögen hiernach jetzt ganze 50 M. bezahlen muß, so kann man wirklich von einer fühlbaren Belastung nicht reden, insbesondere dann nicht, wenn man auf die Einschränkung hinweist, die darin besteht, daß alle Besitzer derartiger Vermögen in der Höhe von 50—100 000 M., die ein Einkommen von weniger als 6000 M. haben, von dieser verhältnismäßig geringen Belastung zudem noch freigelassen werden. Damit haben wir doch ganz sicher alle die kleinen Rentenbesitzer ohne weiteres herausgenommen. Allerdings haben wir uns wieder

einer großen Verfehlung dadurch schuldig gemacht, daß wir die Zuschläge von 2 M., wie sie festgesetzt waren, auf 2.50 M. und 3 M. v. S. bei Vermögen von 12,5 Millionen und mehr erhöht haben. Aber auch hier schien uns diese Erhöhung erträglich, und unsere Auffassung ist auch nicht wankend geworden durch die zum Teil recht energischen Proteste, die eingekommen sind. Wir haben die Proteste für durchaus verständlich erachtet, und sie haben gewiß auch manches Beachtenswerte enthalten, das wir dann aber auch berücksichtigt haben. Ich nehme es im übrigen jemanden, der jetzt zu Zahlungen in größerem Umfange veranlagt wird, garnicht übel, wenn er sich wehrt. Aber uns, dem Landtag, wird man eben das Recht zugestehen müssen, daß wir in einer kühlen Prüfung die einzelnen Gründe, die angeführt worden sind, würdigen. Und dabei sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß wir die Proteste ablehnen müssen. Wir sind der Auffassung, daß die Beträge, die nun vom Vermögen erhoben werden, auch vom Vermögen genommen werden sollen. Damit entfallen alle die Einkommungen, die uns gesagt haben, es sei nicht möglich, von dem aus dem Vermögen erwirtschafteten Einkommen diese neue Abgabe zu bezahlen. Wir sind weiter der Ansicht, daß gerade durch diese jetzt vorgesehene einmalige Vermögensbesteuerung auch ein Teil der Kriegsgewinne noch nachträglich erfaßt werden kann. Es wird eben jetzt manche Gesellschaft auf die Reserven und auf die Gewinne zurückgreifen müssen, die sie während der Kriegsjahre gemacht hat und die dort nicht so scharf erfaßt worden sind, wie wir es gewünscht hätten. Dabei ist weiter zu berücksichtigen, daß die Not unseres Vaterlandes in finanzieller Beziehung derartig gewaltig groß ist, daß wir zu außerordentlichen Mitteln greifen müssen. Ich komme immer mehr zu der Auffassung, daß ein großer Teil unseres Volkes unsere grauenhafte Lage noch lange nicht erkennt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Das ist mir auch bei diesen Protesten wieder zum Bewußtsein gekommen. Die Proteste gehen doch in vielen Fällen von der Voraussetzung aus, die Vermögensbestante müßten eben einfach erhalten werden (Sehr richtig! im Zentrum). Ja, mit dieser Anschauung müssen wir jetzt absolut brechen! Ich möchte nur wünschen, daß das, was über die finanzielle Lage von dem Herrn Finanzminister schon mehrfach ausgeführt worden ist, allüberall beachtet wird. Allerdings gar zu groß ist der Schaden nicht, wenn die Reden des Herrn Finanzministers z. Bt. nicht so eingehend studiert und gelesen werden. Es erscheint in den nächsten Wochen ja eine Ausgabe der Reden im Wesentaschenformat. Das werden die neuen Steuerzettel sein. Darin werden in ein paar Zahlen die Reden des Herrn Finanzministers ganz gut ausgedrückt sein, und es wird dann jedem zum Bewußtsein kommen, was der Herr Finanzminister mehrfach im badischen Landtage ausgeführt hat.

Die Träger der höheren Einkommen und Vermögen müssen jetzt scharf, aufs Schärfste herangezogen werden. So kann es nicht weitergehen wie in der Zeit vor dem 1. August 1914, wo man einerseits die Festbesoldeten bis zum letzten Pfennig veranlagt hat, aber bei den großen, in den freien Berufen und Gesellschaften erworbenen Vermögen und Einkommen oft doch recht nachsichtig war (Sehr gut! im Zentrum. — Abg. Marum: Auch die Bauern!). „In den freien Berufen erworbene Einkommen“, Herr Kollege Marum, da gehören die Rechtsanwälte und die Bauern dazu.

Unsere badischen Finanzen bedürfen der jetzigen Hilfe auf das Allerdringendste, und wir müssen eben auch hier vollständig neue Wege gehen, Wege, die es uns möglich machen, die großen Kapitalien und die erheblichen Einkommen reiflos zu erfassen. Der Vorschlag, eine Anleihepolitik zu betreiben, findet strikte Ablehnung durch meine Fraktion. Wir waren in besseren Zeiten des Staates keine Freunde der Anleihepolitik, wir würden sie jetzt für geradezu verhängnisvoll halten. Wenn unsere Finanzen relativ gesprochen, einigermaßen erträglich dastehen, so haben wir es den früheren guten Finanzgrundlagen zu verdanken, die darauf hinausgingen, keine Anleihepolitik zu treiben. Wir lehnen aus dieser Erwägung auch die demokratischen Anträge ab, wenigstens der größte Teil meiner Fraktion. Wenn wir jetzt mehr Steuern bewilligen, als die Regierungsvorlage vorgesehen hat, so trifft uns kein Vorwurf; es wäre höchstens der, den man einem sorglosen Hausvater machen würde. Wir wissen, daß das Defizit unter unseren Händen von Tag zu Tag wächst. Heute wird uns mitgeteilt, daß der VI. Nachtrag im Anzug sei, wenn er nicht schon vorgelegt ist, und schon erscheint am Steuerfirmament der VII. Nachtrag — wenn wir den Nachträgen nicht dadurch entgegen wollen, daß wir möglichst rasch den Landtag schließen. Den Schulden werden wir allerdings dadurch nicht entgegen. Ich

glaube, die Beträge, die heute an Steuern bewilligt werden, werden restlos aufgebraucht werden, und wir werden Ende 1919 immer noch eine Schuld in der allgemeinen Staatsverwaltung haben. Der Herr Finanzminister hat schon darauf hingewiesen, daß der Betrag von 17 Millionen, der angefordert werden wird, zur Senkung der Auslandslebensmittelpreise ein Tropfen sei auf einen heißen Stein. Ja, für diesen Zweck werden wahrscheinlich mehrmals 17 Millionen notwendig sein, und diese Forderung ist eine politische Forderung im wahren Sinne des Wortes, die bewilligt werden muß. Also keine Bewilligungslust oder gar Bewilligungswut ist es, sondern die Verantwortung, die uns nahegelegt hat, hier scharf zuzufassen; das Bewußtsein, daß es jetzt noch möglich ist, diese Einkommen und Vermögen entsprechend zu belasten zugunsten des badischen Staats.

Der von Mitgliedern aller Parteien eingebrachten Resolutionen stimmen wir zu, dahingehend, daß die Bestimmungen über den Kinderparagrafen ausgebaut und die Kriegsteilnehmer in dem Vermögenssteuergesetz und dem Einkommensteuergesetz besser berücksichtigt werden sollen. Ein Bedenken habe ich allerdings: Zur Durchführung der Resolution, soweit sie die Einkommensteuer betrifft, werden wir wohl in Baden nicht mehr kommen. Und damit komme ich zum zweiten Teil dessen, was ich ausführen wollte, zu den finanziellen Beziehungen Badens zum Reich.

Ich habe den Eindruck, als wäre es die *Ubschiedsstunde* der Selbständigkeit der Einzelstaaten, in der wir uns heute befinden. Es hat gar keinen Wert, hier hinter dem Berg zu halten: Wenn auch nur ein Teil der Maßnahmen durchgeführt wird, die in Aussicht gestellt sind, so bedeutet das die Aufhebung der Selbständigkeit der Einzelstaaten. Wir werden dann im Laufe der Zeit mehr oder weniger zu Reichsprovinzen herabsinken. Denn die Frage der Selbständigkeit der Einzelstaaten oder der „Länder“, wie sie jetzt genannt werden, wird tatsächlich entschieden nicht in politischen Diskussionen, sondern in Erörterungen und Beschlüssen auf finanziellem Gebiete. Es sind außerordentlich geringergiebige Steuerquellen, die nach den Ausführungen des Herrn Finanzministers uns noch verbleiben werden, wenn das durchgeführt wird, was das Reichsfinanzministerium beabsichtigt. Wir wissen Alle, daß ein starres Nein gegenüber diesen Reformplänen nicht am Platze ist, denn es ist die Not des Reiches, die dazu zwingt. Es geht um Leben und Sterben des Reiches, wie es in der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums mit Recht heißt. Auch meine Fraktion ist bereit, die Befehlsgebung über die Einkommenbesteuerung dem Reich zu Verfügung zu stellen. Ich habe bereits im vorigen Jahre diesen Gedanken ausgedrückt, weil ich damals schon davon überzeugt war, daß es selbst nach Beendigung eines siegreichen Krieges nicht möglich gewesen wäre, die riesigen Lasten, die uns verbleiben, schematisch allein in der Weise zu bedenken, wie es bisher geschah. Ein Teil der Mitglieder dieses hohen Hauses wird wissen, wie böse ich damals angekommen bin mit diesem Gedanken. Der frühere Finanzminister hat sich dem Sinne nach dahin ausgedrückt, daß, wenn er sich dagegen nicht bis zum Äußersten und mit aller Macht wehren würde, er verdiente, weggeschickt zu werden von dem Posten, auf dem er sich befindet. Ich habe mich gestreut, daß der jetzige Finanzminister ein herzhaftes Ja gegenüber der Forderung des Reiches ausgesprochen hat. Man komme mir nicht damit, zu sagen, im Februar 1918 seien die Verhältnisse auf finanziellem Gebiete noch wesentlich andere gewesen als jetzt. Wer klar geschaut hat, mußte sich dort schon sagen, daß die Lasten ungeheuer werden.

Wir hoffen, daß der Reichstag uns Zuschlüsse zu dieser Reichseinkommensteuer gestatten wird, Zuschlüsse für die Einzelstaaten und Zuschlüsse auch für die Gemeinden. Aber meine Hoffnung auf Gewährung ist außerordentlich gering. Nach dem, was ich aus dem Reich vernehme, nach der Forderung, daß sofort alle Steuern bis zum Höchsten und Äußersten angespannt werden müssen, um überhaupt durchzukommen, stehe ich der Erfüllung der Forderung auf Gewährung von Zuschlägen außerordentlich skeptisch gegenüber. Wir kennen auch die Folge — wir müssen ihr ins Auge sehen — die dadurch entsteht, daß wir die Einkommensteuer abgeben: das Rückgrat unserer ganzen Finanzwirtschaft ist uns dadurch gebrochen. Wir werden, ob wir wollen oder nicht, zum *Dotations-system* kommen, denn auch der Ausbau dessen, was uns noch übrig bleibt in den Einzelstaaten, wird keinen allzu erheblichen Betrag liefern, wenn ich allerdings auch der Auffassung bin, daß die Vergütungssteuer, die kommen soll und der Rest von Vermögenssteuer, den wir noch haben, sowie andere, die in Aussicht gestellt sind noch etwas einbringen werden.

Ich bin der Mahnung des Herrn Abg. Dr. Glodner zur Sparsamkeit mit Interesse gefolgt und möchte hoffen, daß diese Sparsamkeit auch wirklich überall durchgeführt wird. Ich glaube zwar, wir brauchen uns dieserhalb nicht so sehr zu bemühen. Die Beträge, die uns zur Verfügung stehen werden im nächsten Jahre und in zwei Jahren, werden uns sparen lehren. Da wird manche Maßnahme, um deren Erfüllung wir seit Jahren kämpfen, ohne weiteres erfüllt werden, weil die Not uns dazu zwingt, und wir werden nicht tagelang in der Budgetkommission darum handeln und markten müssen, ob dieser oder jener Bau notwendig ist, der nachher, wenn es einem Ministerium einfällt, doch nicht ausgeführt wird. Diese Dinge werden sich also zum großen Teil selbst regeln.

Eine einheitliche Veranlagung der direkten Reichsabgaben im ganzen Reich halten wir allerdings für durchaus erforderlich und wir treten den diesbezüglichen Wünschen des Reichsfinanzministeriums durchaus bei, denn so, wie es bisher war, kann es nicht weitergehen. Es ist in der Vergangenheit unbedingt das Reich alimentiert worden auf Kosten Süddeutschlands. Das ist die nackte Wahrheit. Dieser Zustand ist in der Gegenwart und für die Zukunft untraglich. Aber hier ist ein Gebiet, über das man jetzt erst offen reden darf. Wer es während der Kriegszeit unternommen hat, daran zu erinnern, daß man in vielen Teilen Preußens in der Praxis keine Veranlagung hat, die diesen Namen verdient, der wurde böß abgepußt. Ich habe den Abdruck einer Finanzministerrede vor mir liegen, in der gesagt ist: Wie das Land Preußen seine Steuern veranlagt, das ist eine Sache Preußens, in die wir uns nicht einmischen — trotzdem diese preußische „Veranlagung“ uns in Süddeutschland außerordentlich schwer geschädigt hat deshalb, weil sich die Erhebung verschiedener Reichssteuern auf diese preußische Veranlagung aufgebaut hat!

Wir wünschen eine einheitliche Veranlagung, wir wünschen aber die Durchführung dieser Veranlagung durch die einzelnen Staaten. Es ist nicht ein oder Partikularismus, der uns dazu treibt, sondern es ist vor allem das Bewußtsein, daß allein auf diesem Wege die Veranlagung auch richtig durchgeführt werden kann. Es ist ein Unterschied zwischen der Festsetzung der Zölle und der Festsetzung der Steuern. Die Zölle werden in Königsberg nach dem gleichen Tarif und den gleichen Vorschriften erhoben, wie in Süddeutschland; das geht ohne weiteres. Während die Veranlagung der direkten Steuern eine Arbeit ist, die nur dann erfolgreich geleistet werden kann, wenn die Steuerbeamten Land und Leute außerordentlich genau kennen, und wenn sie und ihre Arbeit getragen sind von dem Vertrauen der Bevölkerung. Wir müssen es deshalb ablehnen, daß die Veranlagung durch das Reich ausgeführt werden soll. Der Herr Finanzminister hat uns gestern gesagt, daß die Sache so gedacht sei, daß die badischen Beamten, die Württemberger usw. nach Preußen versetzt werden, um dort die Arbeit durchzuführen. Ich würde meine Kollegen, die dort hinauskämen, nicht beneiden, denn ich weiß, daß sie eine außerordentlich schwere und undankbare Aufgabe hätten. Ich denke vor allem an den Osten. Ich glaube, die Unterstützung, die ihnen dort von den staatlichen und kommunalen Organen zu Teil würde, wäre nicht besonders weit her, sie würden als Eindringlinge betrachtet werden, und ihre Arbeit wäre unfruchtbar und undankbar (Abg. Dr. Gothein: Das ist nicht so schlimm!) Es ist noch schlimmer, Herr Kollege Dr. Gothein, ich weiß es von den Herren, die jetzt in Norddeutschland tätig sind. Wenn Sie von Preußen reden, denken Sie gewöhnlich nur an das Rheinland. Es gibt aber auch noch andere Teile Preußens und in diesen Teilen würde man sich ganz energisch wehren, wenn ein Süddeutscher mit den scharfen Vorschriften und der scharfen und strengen Pflichtauffassung, die er hat, käme und die Veranlagung durchführen wollte. Denn das, was wir darüber wissen, wie es bisher in Ostdeutschland gemacht worden ist, läßt allerlei Schlüsse zu.

Aber, nun kommt noch die andere Sache, und da werde ich noch viel härter, die Tatsache nämlich, daß die badischen Beamten durch preußische ersetzt werden sollten. Das halte ich für noch schlimmer, Herr Kollege Dr. Gothein, nicht aus partikularistischen Erwägungen heraus, sondern weil ich überzeugt bin, daß das zu den größten Schwierigkeiten Anlaß geben würde (Abg. Dr. Gothein: Sie wollen ja preußische Kontrollbeamte haben!). Gewiß, aber die werden bei uns erlernen müssen, wie man Steuern veranlagt, denn bis jetzt bringen sie es nicht fertig, sie sind nicht so ausgebildet, wie unsere badischen Beamten. Ich werde nachher den Vorschlag machen, daß man dem Reichsfinanzministerium nahelegt, preu-

fische Beamte so rasch als möglich nach Baden und Württemberg zu schicken und sie unseren Steuerkommissären beizugeben. Denn wir sind überzeugt, daß die finanzielle Rettung nur durch Süddeutschland kommen kann, dadurch, daß süddeutscher Geist in die Veranlagungsbeamten im ganzen Reich hineingetragen wird. Wir aber in Baden würden uns bedanken, wenn auf dem Schwarzwald droben stadpreußische Beamte mit all ihrer negativen Liebeshwürdigkeit tätig wären. Ich bin überzeugt, wenn wir Landtagsabgeordnete dann einmal auf den Schwarzwald hinauf kämen, wir hätten nichts zu lachen, wenn uns die Leute sagen könnten: Ihr seid mitverantwortlich, daß es so gekommen ist! Ich habe schon gesagt, der Veranlagungsbeamte kann nur richtig und erfolgreich tätig sein, wenn er das Vertrauen der Leute genießt. Man muß Zeuge davon gewesen sein, wie die Bauern zu dem Steuerkommissär kommen und sich mit ihm aussprechen. Die beiden werden schließlich doch wieder einig miteinander. Man muß eben die Kirche im Dorf lassen (Abg. Straub: Da fehlt es am Kommendanten!). Es gibt auch bei uns Leute, die kommandieren (Baruf: Aber es sind Ausnahmen!). Ich darf sagen, wir sind alle gottfroh, daß die Militärkonvention nun eine überwundene Sache ist (Abg. Dr. Kraus: Noch lange nicht!). Noch lange nicht? Es wird aber rasch gehen, wir wollen alle unser Bestes tun, daß es gelingt. Und es ist schon vieles geschehen, mit, ohne und gegen die Soldatenräte (Heiterkeit). Ich will Ihnen ruhig sagen, die besten Leistungen sind erzielt worden, seitdem wir keine Soldatenräte mehr haben; denn je weniger Leute in eine Sache hineinreden, um so besser wird sie geregelt (Abg. Dr. Schofer: Da steht der Soldatenrat doch ratlos da!). Ich bin der Meinung, daß der Bevölkerung ein schlechter Dienst erwiesen wird, wenn an Stelle der Militärkonvention für unser badisches Land und Volk eine Steuerkonvention treten würde, die uns das, was uns früher zu Hunderten beschert war, zu Tausenden ins Land bringen würde. Das wollen wir nicht.

Eines möchte ich dabei der Zoll- und Steuerdirektion sagen. Es ist die erneute Feststellung, daß unser Veranlagungspersonal total erschöpft ist und fortgesetzt ausgenutzt wird bis zum äußersten. Diese Männer sind landauf und landab an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Trotzdem aber werden alle paar Monate wieder neue Reichsteuern auf ihre Schultern gelegt, und trotzdem werden immer wieder Erlasse hinausgegeben, daß die Termine scharf einzuhalten sind und derartige mehr. Was ist die Folge dieses Zustandes? Die Beamten müssen oberflächlich arbeiten, um überhaupt zu Streich zu kommen. Ich bin überzeugt, daß wir Millionen von Verlusten haben, weil wir nicht genügend Veranlagungspersonal haben. Gerade unsere Festbesoldeten und die Arbeiter müßten verlangen, daß für das Veranlagungsgeschäft genügend Personal zur Verfügung gestellt wird, damit den Beamten die Zeit verbleibt, die Veranlagung der Gesellschaften und freien Berufe in Ruhe nachzuprüfen. Wo diese Zeit gegeben würde, da sind bisher auch recht gute Erfolge erzielt worden. Ich halte es für durchaus notwendig, daß alsbald durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden, für die Verbesserung der Dienst- und Personalverhältnisse im Veranlagungsdienst. Auch das ist eine Forderung, die ich seit 6 Jahren immer wieder erhoben habe, und immer habe ich die Antwort bekommen: Die Vorarbeiten sind im Gange. Im vorigen Jahr ist mir gesagt worden: Die Vorschriften sind ausgearbeitet, durch die Kriegsverhältnisse haben sie aber nicht in Vollzug gesetzt werden können. Sie sind aber auch heute noch nicht in Vollzug gesetzt. Ich möchte wünschen, daß auch die Steuerdirektion endlich den Geist der Resignation und des Fatalismus abwirft, der sie auf diesem Gebiete anscheinend beherrscht. Erst in den letzten Monaten sind wieder Anträge der Steuerkommissärbeamten an die Steuerdirektion gerichtet worden; dort aber wird weiter erwogen. Inzwischen werden unsere Beamten gesundheitslich auf den Hund gebracht und hunderttausende von Mark gehen verloren durch die Erwägungen.

Ich möchte bitten, daß man genügend Personal einstellt, daß sämtliche Finanzsekretäre von allem mechanischen Schreibgeschäft entlastet und rein mit der Veranlagung beschäftigt werden. Wer sich in unserem Dienst auskennt, weiß, daß die Beamten, die für die Veranlagung ausgebildet sind, ein gut Teil ihrer Arbeitszeit ausfüllen müssen mit Schreibgeschäften, die ein Kanzleibeamter ebenso gut besorgen könnte. Das ist eine Kraftvergeudung. Hier muß alsbald nach dem Rechten gesehen werden. Wir können Hundert ausgebildete Veranlagungsbeamte sofort tatsächlich für das Veranlagungsgeschäft verwenden, wenn wir dafür sorgen, daß sie für dieses

Geschäft frei gemacht werden. Für die Schreibgeschäfte könnte man auf verschiedene Weise Kräfte gewinnen. Zunächst dadurch, daß man geeignete Kräfte aus dem Kreis der Unterbeamten heraushebt. Wir haben den § 11 der Verfassung. Aber wenn man verlangt, daß er endlich auch einmal angewandt werden soll, dann wackeln die Köpfe in allen Ministerien. Es muß endlich auch hier Schluß gemacht werden mit den Erwägungen. Gerade beim direkten Steuerwesen kann man sehr viele Unterbeamte in bessere Stellen hineinbringen. Sie sind dazu befähigt, man tut es nur nicht, warum, weiß ich nicht (Abg. Dr. Kraus: Siehe die neue Denkschrift der oberen Beamten!).

Ein weiteres Mittel wird sein, daß man so rasch wie möglich dafür sorgt, daß in größerem Umfange Anwärter für den mittleren Finanzdienst aufgenommen werden. Ich habe mich darüber gefreut, daß der Herr Finanzminister sich gestern von den „Erwägungen“ losgemacht hat und gesagt hat: Es sind Fehler begangen worden in der Vergangenheit. Seit langer Zeit hat man den Zugang zum mittleren Finanzdienst gesperrt und keinen einzigen Anwärter mehr aufgenommen. Warum? Ich weiß es nicht. Man wußte, daß im direkten Steuerdienst Hunderte von Beamten fehlen, daß es unmöglich ist, mit dem jetzigen Personal durchzukommen, daß uns Geld in Hülle und Fülle verloren geht, weil Personal fehlt. Aber irgend jemand war der Auffassung, es gehe nicht, weil gespart werden müsse, und so hat man dadurch gespart, daß man keine Beamten aufgenommen hat, anstatt daß man Beamte aufgenommen und ausgebildet hätte, die dann in der Steuererhebung verwendet worden wären und sich wahrhaftig reichlich rentiert hätten. In diesem Frühjahr noch hat man, wie man mir mitteilte, darüber Erwägungen angestellt, ob 24 Anwärter aufgenommen werden sollen oder 40; dabei brauchen wir aber mindestens Hundert, und die haben wir schon im Frühjahr gebraucht! Ich möchte also wirklich bitten, daß man hier energisch vorgeht. Jetzt, nachdem unsere höheren Schulen schließen, wird ja die Möglichkeit bestehen, weitere Kräfte zu erhalten.

Ich bin auch der Ansicht, daß manch einer von den arbeitslosen Kaufleuten ohne weiteres im direkten Steuerdienste verwendet werden kann, allerdings nicht als Aushilfe, sondern in einer Stellung, die für ihn eine dauernde ist. Wenn man zu letzterem System übergeht, wird man sehr rasch gute und brauchbare Beamte bekommen.

Dann noch ein Wort zur Ausbildung unserer Steuerbeamten. Der Reichsfinanzminister Erzberger hat sich bereits Sachverständige aus den Kreisen der Universitätsprofessoren kommen lassen — ich nehme an, daß auch praktische Steuerbeamte dabei sind — um mit ihnen durchzusprechen, auf welcher Grundlage künftig die Ausbildung der Steuerbeamten sich aufbauen soll. Daß man in Baden etwas derartiges getan hätte, haben wir bis jetzt nicht gehört. Man hat uns nur im Landtage mehrfach gesagt: Man sei an der Arbeit, man habe erwogen, man wolle diesen oder jenen Steuerbeamten auch einmal einem kaufmännischen Kurse zuführen. Man hat immer das Gefühl gehabt: Man will die Leute offenbar nicht zu sehr ausbilden, sonst werden sie zu anspruchsvoll! Und bei diesem Verfahren sind zweifellos Millionen von Steuern verloren gegangen! Auch hier hoffe ich, daß jetzt endlich einmal nach dem Rechten gesehen wird und neue Vorschriften nicht nur erlassen, sondern auch durchgeführt werden. Wenn nach diesen Grundsätzen verfahren wird, wird eine Veranlagung auch der Reichsteuern durch die Bundesstaaten außerordentlich hohe Erträge liefern. Das Problem bleibt allerdings immer das: Wie gelingt es, auch in Preußen eine derartige Veranlagung mit Erfolg durchzuführen? Wir glauben, das könnte dadurch geschehen, daß in der allernächsten Zeit preußische Beamte nach Süddeutschland abgeordnet würden, nach Württemberg, nach Baden und auch nach Hessen, also in die Staaten, die eine sehr scharfe Veranlagungsgesetzgebung und Ausführung haben. Das müßte in ein paar Wochen gelingen, es gelingt ja bei uns auch in Baden, in ein paar Wochen Leute auszubilden, die zur Leitung eines Steuerkommissärdienstes befähigt sind; also wird es auch mit den vorgebildeten preußischen Beamten gelingen.

Wir sind sodann bereit, dem Reiche das weitestgehende Kontrollrecht zugestehen, und zwar ein Kontrollrecht, aufgebaut auf ganz anderen Grundlagen, als das jetzige Recht dieser Art, das durch die Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern und durch die Stationskontrollreue ausgeübt wird. Dieses Kontrollrecht ist ja ein ziemlich beschränktes und, wenigstens in der Ausübung, nicht allüberall besonders wirksam.

Es gibt aber Möglichkeiten, die Kontrolle der Zukunft durchgreifend durchzuführen. Es ist dabei gar nicht notwendig, daß bei jedem Steuerkommissär gleich zwei preußische Kontrolleure sitzen. Wir sind auch für diesen Fall sehr gern bereit, badische Beamte zur Verfügung zu stellen, die nach Preußen abgeordnet werden. Ich möchte dann allerdings auch hoffen, daß nicht nur Kontrollbeamte in die preußischen Provinzen abgeordnet werden, sondern daß auch in größerem Umfange als das bis jetzt geschehen ist, badische Beamte in das Reichsfinanzministerium berufen werden. Wenn solche Berufungen kommen, dann möchte ich wünschen, daß man in Baden vor allem und in erster Linie auf Praktiker in der direkten Steuerveranlagung greift.

Wir lehnen also die Vorschläge des Reichsfinanzministers Erzberger durchaus nicht im gesamten ab. Wir begrüßen es, daß er in großzügiger Weise und, wie gesagt werden muß, mit außerordentlichem Mut hier endlich einmal zugegriffen hat. Ich muß sagen: Die Segnerschaft, die sich gegen ihn aufgetan hat, mutet einem eigentümlich an (Abg. Dr. Schäfer: Sehr richtig!); jetzt, wo einer endlich einmal den Mut hat, zuzugreifen und das durchzuführen, was monatelang im Reichsfinanzministerium liegen geblieben ist, was aus dem Stadium der Erwägungen nicht herausgekommen ist. Doch schauen wir uns die Herren und Gruppen an, die nun schreien. In vielen Fällen, in den allermeisten Fällen, ist es das Großkapital, ist es das Geld des Großkapitals, das in den Zeitungen arbeitet, in Plakaten und in mancher Rede, die gegen Erzberger und seine Pläne gehalten wird.

Ich habe deshalb auch mit der gebührenden Heiterkeit den Wunsch entgegengenommen, zu dessen Verbreitung sich die „Heidelberger Zeitung“ hergegeben hat, den Wunsch, der dahingehet, Herrn Erzberger an einem Laternenpfahl aufzuhängen. Das würde allerdings den Herrschaften so passen, wenn dieser Reichsfinanzminister, der endlich einmal energisch zuzugreifen und das Geld dort holen will, wo es zu haben ist, unschädlich gemacht würde. Man hat ja auch gelesen, mit welchem Behagen im Telegrammstil berichtet worden ist, Erzberger sei in die Schweiz geflohen. Er hat aber diesen frommen Wunsch nicht erfüllt, sondern er hat den Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer eingebracht!

Wir stimmen den Projekten Erzbergers im allgemeinen zu und sind der Überzeugung, daß, wenn er mit diesen Projekten Erfolg hat, er sich um das neue Deutsche Reich verdient gemacht hat als die ganze alldeutsche Hezgesellschaft in der Gegenwart und in der Vergangenheit! (Abg. M a h e r - Karlsruhe: Hört, hört!). Denn die haben uns ins Unglück hineingebracht (Abg. M a h e r - Karlsruhe: Hört, hört! Das ist nicht wahr!). Sie haben ja nachher Gelegenheit, ihren Protest des Näheren zu beweisen, Herr Kollege! Die Alldeutschen haben uns ins Unglück hineingebracht (Lebhafte Zustimmung links und beim Zentrum), und heute sind sie gerade diejenigen, die sich dagegen wehren, daß wir durch eine großzügige Reform des Finanzwesens die Trümmer, die uns geblieben sind, wenigstens wieder verwenden können zum Aufbau einer neuen Wirtschaft, die Trümmer, die durch ihre Arbeit entstanden sind (Abg. M a h e r - Karlsruhe: Das ist nicht wahr!). Wie man sagen kann „Das ist nicht wahr“, begreife ich nicht! (Abg. M a h e r - Karlsruhe: Sie begreifen manches nicht!). Ich befinde mich da in guter Gesellschaft. Ich bin allerdings kein ständiger Leser der „Süddeutschen Zeitung“, vielleicht wäre ich dann etwas „Allger“; kann sein, Herr Kollege; manchmal lese ich das Blatt, aber das genügt dann wieder für eine lange Zeit (Heiterkeit links und Zustimmung links und im Zentrum).

Wenn wir die Forderungen stellen, die ich vorhin angeführt habe, dann geschieht es nicht aus hartnäckigen partikularen Reigungen heraus, sondern gerade aus Sorge um den Bestand des Reiches. Wir wehren uns gegen die überstürzte Zentralisierung. Wir sind der Auffassung, daß diese überstürzte Arbeit zum Schaden unseres Volkes und unseres Landes sein würde. Wir sehen kulturelle und politische Gefahren in dieser übereilten Zentralisierung. Die „Berlinerer“ hat bei uns abgewirtschaftet, und wir wehren uns dagegen, daß das, was wir, so Gott will, in den nächsten Zeiten an Kriegsgesellschaften verlieren, uns auf anderem Wege und in anderer Form dadurch wieder gebracht werden soll, daß diese ganze Gesetzgebung und die Ausführung dieser Gesetzgebung wiederum in Berlin zentralisiert werden soll. Ich möchte wirklich hoffen, daß man in Weimar diese süddeutsche Stimmung für berechtigt erkennt. Die Stärke des Reiches liegt in der Kraft seiner Länder, und wenn meine Fraktion den weitgehenden Zentralisierungsbestrebungen entgegen-

tritt, so tut sie es aus Sorge um die Existenz des Reiches, und sie hofft, daß der Landtag wenigstens in seiner Mehrheit diese Sorge teilt und zu Beschlüssen kommt, die dem Reiche geben, was es in seiner graufigen Lage notwendig hat, die aber dem Bundesstaat auch noch die Möglichkeit geben, ein eigenes Leben zu führen (Lebhafte Beifall beim Zentrum).

Finanzminister Dr. Wirth:

Der Herr Abg. Köhler hat in einigen Andeutungen des kommenden VI. Nachtragsetats gedacht. Ich habe ihn bereits in der Mappe gehabt (Heiterkeit), um ihn am Ende der Sitzung dem Landtage vorzulegen. Ich will gern etwas zuvorkommend sein, um auch den nachfolgenden Herren Rednern vielleicht Gelegenheit zu geben, wenn sie wünschen, darauf einzugehen, sofern das überhaupt im Rahmen dieser Erörterung geht.

Im Namen des Staatsministeriums unterbreite ich zunächst den Gesetzentwurf, den Nachtrag zu dem Gesetz, die Feststellung des Staatshaushaltsetats für die Jahre 1918/19 betr. In diesem Finanzgesetz sind natürlich Zahlen eingesetzt, die erst endgültig festgestellt werden können, wenn die Kommission wie auch der Landtag die Beratungen über den Nachtrag und die Steuervorlage abgeschlossen haben werden.

Dann habe ich den Auftrag, den VI. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1918/19 zu unterbreiten. Hier ist insbesondere die Summe von 17 Millionen Mark, von denen ja auch der Herr Abg. Köhler gesprochen hat, die zur Senkung der Preise der ausländischen Lebensmittel eingesetzt sind. Dann ist in diesem Nachtrag enthalten die Forderung für das Murgwerk im Betrage von ungefähr 82 Millionen Mark.

Ich benütze diese Gelegenheit, um dabei noch auszuführen, daß selbstverständlich eine große Anzahl von Wünschen, die insbesondere in den Kreisen der Beamten gehegt worden sind, sich im Rahmen auch des VI. Nachtrages nicht erfüllen lassen. Ich muß einem Irrtum, der da und dort im Lande in Beamtenkreisen besteht, entgegenzutreten, als ob sich Gelegenheit geboten hätte, im Rahmen dieser Nachträge, des V. und VI. nun etwa so wie bei einem ordentlichen Budget die Beamtenwünsche erfüllen zu können. Es war die Meinung des gesamten Staatsministeriums, daß diese Wünsche erst in Erfüllung gehen können, soweit es überhaupt möglich ist, bei Aufstellung des ordentlichen Budgets für das Jahr 1920, und wir sind gerne bereit, da die Vorarbeiten ja jetzt beginnen, soweit nur irgendwie möglich den Wünschen der Beamten entgegenzukommen, so weit sich das überhaupt im Rahmen des finanziell Möglichen bewegt.

Ich will diese Gelegenheit benützen, um auch noch wenige Worte zu den Ausführungen des Herrn Abg. Köhler hinzuzufügen. Ich habe bereits gestern abend in meiner Rede, die ja wegen der vorgerückten Zeit für die vielen Fragen, welche dabei in Betracht kamen, verhältnismäßig kurz gewesen ist, zugesagt, daß wir weiter gehen wollen in der Aufnahme von Finanzgehilfen um der wirklich vorhandenen Not abzuhelfen, so weit dies irgendwie möglich und so weit das Angebot an guten Kräften geht. Ich bin auch bereit, bezüglich der Frage, ob aus den Kreisen der Kaufleute, die wir ja teilweise als Zuschilfe beschäftigt haben, etwa Kräfte dauernd verfügbar gemacht werden können, nicht nur Erwägungen anzustellen, sondern zu handeln (Zustimmung).

Herr Abg. Köhler hat dann darüber Ausführungen gemacht, ob wir uns der Frage der Ausbildung der Steuerbeamten gewidmet haben. Es wäre möglich gewesen, auch in Baden eine solche Konferenz über die Ausbildung der Steuerbeamten herbeizuführen. Ich wollte jedoch abwarten, bis die Konferenz in Weimar getagt hat, um ihr nicht vorzugreifen. Ich bin aber bereit, schon in der nächsten Woche auch in Baden eine solche Konferenz, auch mit Professoren der Universität, unter Beizug von Praktikern abzuhalten (Unruhe und Zurufe). Es wird sich dabei Gelegenheit bieten, auch mit den ordentlichen Professoren über diese Gebiete eingehende Verhandlungen zu pflegen. Ich nehme an, daß sich bei dieser Gelegenheit auch andere Mißverständnisse etwas aufklären werden.

Abg. Marum (Soz.):

Wenn man die Verhandlungen in der Kommission vergleicht mit den Verhandlungen, die in diesem Hause über die gegen-

wärtige Gesetzesvorlage stattfinden, so kann man einen erheblichen Unterschied feststellen. Es ist dieses Mal bei der Beratung erheblich ruhiger zugegangen als in der Kommission. Die Meinungen haben sich offenbar etwas abgeklärt, und insbesondere diejenigen, die als Gegner der Vorlage in der Kommission aufgetreten sind, haben sich im Plenum etwas zurückgehalten (Zuruf beim Zentrum: Wird schon noch kommen! — Heiterkeit). Ich vermisse insbesondere denjenigen, der als schärfster Gegner in der Kommission aufgetreten ist. Das deutet vielleicht doch darauf hin, daß die Herren ein Gefühl dafür gehabt haben, daß sie den Wünschen des Volkes ebenso wenig, wie den Wünschen der übergroßen Mehrheit dieses Hauses mit ihrer Stellungnahme entsprochen haben.

Man kann ja nie davon sprechen, daß Steuerentwürfen im allgemeinen populär seien. Aber das kann gesagt werden: Wenn einmal eine Steuerentwurf dem Volk in ihrer Ausgestaltung erwünscht gewesen ist, dann ist es diese Steuerentwurf so wie sie aus der Kommission herausgekommen ist und jetzt das Haus beschäftigt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Ich habe die Auffassung, wenn noch mehrere derartige Steuerentwürfen die Landtage der einzelnen Staaten des Deutschen Reiches und die Reichsnationalversammlung beschäftigen, so wirkt das viel mehr als die schönsten Auftritte, die wir an den Platskolumnen anschlagen lassen (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Das ist praktische Politik, die auf das Volk wirkt und die das Volk bei der Stange der Regierung hält. Das wirkt mehr als die schönsten Reden; denn hier sieht das Volk endlich, daß die Versprechungen, die in der Wahlagitatio zur deutschen und zur badischen Nationalversammlung gemacht worden sind, in die Tat umgesetzt werden. Damals hat man sehr oft die Redensart hören können, alle Kriegsgewinne, so weit sie einen bestimmten Betrag überschreiten, müssen eingezogen werden. Diese Vorlage ist ein Teil eines solchen Versprechens, und wir hoffen, auf dem Wege dieser Steuerentwürfe dazu zu kommen, daß diejenigen Einkommen und Gewinne, die während des Krieges gemacht worden sind, zu einem ganz erheblichen Teile dorthin gebracht werden, wohin sie gehören, nämlich in die Kassen des Staates.

Es hat bei der Beurteilung dieser Vorlage in der Kommission zwei Richtungen gegeben. Die einen waren der Auffassung, daß man grundsätzlich auf dem Wege der Besteuerung vorgehen müsse, so wie es in der Vorlage geschehen ist; die anderen vertraten die Meinung, der Staat habe zwar Bedürfnisse, und diese Bedürfnisse müssen vielleicht auch durch Steuern und direkte Einkommen- und Vermögenssteuern gedeckt werden, aber sie meinten, es solle ja nicht alles nur auf dem Wege der Steuer, sondern ein großer Teil müsse auf dem Wege der Anleihe gedeckt werden. Ich will hier ebenso, wie es von anderen Rednern schon geschehen ist, für meine Fraktion erklären . . . (Abg. Jürg: Ich nicht!). Gewiß, Sie haben's nicht gesagt, aber einmal ist es in der Kommission ausgeführt worden, und zwar von Ihrem Fraktionsvorsitzenden, und ich darf doch annehmen, daß Ihr Fraktionsvorsitzender nicht lediglich ein „Eingänger“ ist, sondern daß er einen großen Teil der Fraktion hinter sich hat (Lebhafte Unruhe und Zurufe bei den Demokraten: Nur für seine Person!). Aber wenn er nur für seine Person gesprochen hat, so spreche ich eben auch nur für meine Person und erlaube mir, gegen seine persönliche Auffassung auszuführen, daß ich diese Auffassung nicht teile. Im übrigen ist es nicht nur die Person des Herrn Abg. König, mit der wir uns zu beschäftigen haben, sondern wir haben uns mit der Meinung zu beschäftigen, die der Herr Abg. König vertreten hat und bei der er sich zum Sprachrohr solcher Kreise gemacht hat, die man bisher als die prominenten Kreise des Landes bezeichnet hat, die den lebhaftesten Widerspruch gegen diese Steuerentwurf erhoben haben, die in der Öffentlichkeit Lärm geschlagen haben, und gegen deren Auffassung auch hier in der Öffentlichkeit ein Wort gesagt werden muß (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Es ist deren Auffassung gewesen, um das zu wiederholen, daß wir einen Teil auf dem Wege der Anleihe flüssig machen sollen. Ich erkläre, wir lehnen das ab und zwar deswegen, weil wir der Meinung sind, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo man nicht mehr in höherem Umfange als es unbedingt notwendig den kommenden Generationen die Lasten auflegen darf, die durch den verlorenen Krieg dem Volk entstanden sind. Warum verlangen denn die Herren von der Industrie so sehr, daß jetzt auf dem Wege der Anleihe die Mittel flüssig gemacht werden? Ich habe immer das Gefühl, als ob bei den Herrschaften da ein gewisser Wunderglaube vorhanden sei, der Wunderglaube nämlich: Wenn man jetzt nur Anleihen aufnimmt und nun die

Steuer nicht erhebt, dann werden doch vielleicht einmal Zustände eintreten in dem Lande Baden und im Reich, bei denen eine andere politische Konstellation vorhanden ist, bei denen nicht mehr die Mehrheitsverhältnisse bestehen, wie sie jetzt vorhanden sind, und bei denen es dann gelingen wird, die Anleihe durch Steuern zu tilgen, die das Kapital, die Vermögen und die großen Einkommen nicht so belasten wie es jetzt der Fall ist. Es ist dieser Wunderglaube, den man bei Spekulanten manchmal finden kann, der Glaube daran, daß irgend ein Ereignis eintritt, das günstig wirkt, und daß man möglichst schieben und hinauschieben soll, um sich dieser Steuerpflichtung zu entziehen. Es ist das dieselbe Auffassung, die während des Krieges in der deutschen Steuerpolitik zutage getreten ist, als sie sich im wesentlichen auf Anleihen aufbaute, übrigens in ganz ähnlicher Weise, wie das in Frankreich geschehen ist; und es ist bezeichnend, daß man sich in der deutschen Steuerpolitik immer auf den Standpunkt gestellt hat: die Entente wird es bezahlen, während der französische Finanzminister in gleicher Weise immer gesagt hat: „L'Allemagne payera tout.“ Wir lehnen diese Politik ab, und wir sind der Meinung, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo im Wege der direkten Besteuerung, entsprechend dem Programm, das wir aufgestellt haben, die Mittel aufgebracht werden müssen, die notwendig sind. Wir haben die Verpflichtung, die badischen Finanzen jetzt womöglich so in Ordnung zu bringen, wie es nach den Umständen angängig ist.

Ich gestatte mir übrigens auch darauf hinzuweisen, daß die Vorlagen, die jetzt das Haus beschäftigen, in ihrer finanziellen Wirkung noch lange nicht so weit gehen, wie es der frühere badische Finanzminister, Herr Rheinboldt, in seiner Broschüre über die Reichsfinanzreform vorgeschlagen hat. Was hätte die Industrie erst gejammert, wenn wir dazu übergegangen wären, dem Vorschlage des Herrn Rheinboldt zu entsprechen und etwa dazu zu kommen, alle großen Vermögen zu kappen (Abg. Dr. G l o d n e r: Reichsvermögensabgabe!). Auch gegen die Reichsvermögensabgabe hätten dann Industrie und Handel noch lebhafteren Widerstand erhoben, man hätte gesagt, daß das Pfluschwerk, Lehrlingsarbeit sei, daß wir die Industrie verwüsten, das Betriebskapital kaputt machen, die Arbeiterschaft schädigen und was alles derartige Vorwürfe noch sind. Uns haben diese Vorwürfe, die uns gemacht worden sind, dieser Sturm von Telegrammen — ich will es offen sagen — nicht imponieren können, um so weniger, als zu bemerken war, daß es ja immer wieder dieselben Herren gewesen sind, lediglich in verschiedener Bekleidung, die uns diese Telegramme geschickt haben. Ob sie jetzt unter der Firma Badischer Hansabund, Badischer Handelsklub, Handelskammer Mannheim, Fabrikantenverein auftraten, es waren immer dieselben Herren, die sich lediglich eine andere Kappe aufgesetzt haben. Sie waren aber auch sachlich mit ihren Angriffen gegen diese Steuerreform nicht im Recht. Sie haben uns gesagt: Die Industrie wird verwüstet, wird gelähmt, der Zusammenbruch wird für Baden kommen. Wir wollen es einmal abwarten, ob der Zusammenbruch kommt. Ich habe eher die Meinung, daß die Ordnung bei uns in Baden kommt und daß es für den Bestand des Landes Baden, für den Kredit des Landes Baden vorteilhafter ist, wenn wir jetzt auf dem Wege der direkten Besteuerung Ordnung in unsere Finanzen bringen und wenn wir auch Abgaben erheben, die hoch sind, als wenn wir weiter Schulden machen. Ich glaube auch nicht daran, daß Handel und Industrie verwüstet werden. In all diesen Eingaben ist ein gewisses Taschenspielerkunststück versucht worden, in dem man uns hat beweisen wollen, daß durch diese Besteuerung mehr von den Gesellschaften erhoben werde, als sie im Jahre verdienten. Die Herren haben gar nicht daran gedacht oder nicht daran denken wollen, daß die Abgaben, die sie leisten sollen, nicht aus dem Ertrage des Vermögens, sondern aus der Substanz des Vermögens von ihnen gezahlt werden sollen. Das ist unsere Auffassung, und wenn man daran denkt, daß es sich um eine einmalige Wegnahme aus der Substanz des Vermögens handelt, dann wird sehr wohl die Abgabe auch für die großen Kapitalien und für die großen Betriebe, die erhebliche Reserven aufgespeichert haben, erträglich werden. Es muß aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen dazu geschritten werden, jetzt im Wege der Besteuerung die großen Einkommen zu vermindern. Je mehr wir die ganz großen Einkommen vermindern, desto eher werden wir nach unserer Auffassung dazu kommen, einen Abbau der Kreise überhaupt herbeizuführen (Sehr richtig! bei den So-

zialdemokraten). Denn wenn die großen Einkommen nicht mehr ins Vollen wirtschaften können, wenn die Mittel nicht mehr da sind, aus denen die Millionäre einfach alles bezahlen, nur um ihnen beliebige Nahrungs- und Gebrauchs- und Luxusgegenstände zu erhalten, so würden wir sehr wohl dazu kommen, Preise zu erzielen, die auch für die anderen erschwinglich sind. Ich will das im einzelnen nicht weiter ausführen. Das wird auch durch das Lachen des Herrn Abg. Vogel nicht berührt.

Es ist auch zweifellos, daß durch die großen Abgaben, die im Reich wie in den einzelnen Ländern des Reichs geplant sind, etwas kommen muß, was für die zukünftige Volkswirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist. Wenn wir durch große Abgaben die großen Einkommen und die Vermögen herabsetzen, so werden wir dadurch der Verwässerung des Geldes ganz zweifellos begegnen. Es wird der Wert des Geldes durch diese Verminderung des Geldes sich zweifellos heben. Das hat natürlich mit dem internationalen Gesichtspunkt hinsichtlich der Hebung unserer Valuta nichts zu tun. Aber es ist zweifellos von Bedeutung für den Wert des Geldes im Reich, und man mag von diesem Gesichtspunkt aus auch vielleicht einmal Stellung nehmen zu der Gestaltung des Reichsnotopfers. Es ist notwendig, daß auch hierüber ein Wort gesagt werde. Wir sind im allgemeinen durchaus damit einverstanden, daß das Reich von dem Vermögen ganz erhebliche Abgaben einzieht. Ich kann aber hier schon erklären, und ich hoffe, daß die Fraktion der Deutschen Nationalversammlung, die unserer Partei angehört, in diesem Sinne verfahren wird. Ich hoffe, daß die Sache, die dort von Herrn Erzberger vorgeschlagen sind, ganz erheblich erhöht werden, und ich hoffe insbesondere auch und möchte das hier namens meiner Freunde erklären, daß man die Verteilung der Zahlung des Reichsnotopfers auf 30 Jahre nicht beibehält, sondern daß man dazu übergeht, jetzt nicht eine Rente, sondern wirklich eine Abgabe vom Vermögen im Reich zu erheben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Und nun noch einige Bemerkungen zu der Steuervorlage im besonderen, wie sie uns vorliegt. Sie ist in der Kommission gegenüber dem Entwurf der Regierung erheblich verbessert worden. Wir sind mit der Vorlage, so wie sie aus der Kommission herausgekommen ist, einverstanden. Wir sind insbesondere damit einverstanden — auf unsern Antrag ist das ja mit eingefügt worden — daß die kleineren Einkommen bis zu 6000 Mark von der Erhöhung der Einkommensteuer freigelassen werden. Es wird zwar gesagt, daß man auch von 2400 Mark an die kleinen Einkommen zu der Erhöhung der Steuer heranziehen solle, deshalb weil es erzieherisch wirke, wenn auch diese Einkommensklassen an den erhöhten Ausgaben des Staates mitzahlen. Das ist gewiß richtig. Aber man muß auf der andern Seite doch bedenken, daß diejenigen, welche bis zu 6000 Mark Einkommen haben, sich lediglich an der Grenze des sogenannten Existenzminimums bewegen. Wir haben jetzt für die Beamten in den großen Städten das Existenzminimum auf 5100 Mark festgesetzt, und es ist ein berechtigter Gedanke, zu sagen: Wenn man auf der einen Seite das Existenzminimum auf 5100 Mark festsetzt, so geht es auf der andern Seite nicht an, von denjenigen, die etwa gar noch unter diesem Existenzminimum verdienen, neue erhöhte Steuern zu verlangen. Es kommt aber auch noch folgendes in Betracht. Man denkt gar nicht daran, welche Beträge diejenigen, die bis zu 6000 M. Einkommen haben, heute schon an Staats- und Gemeindesteuern zu bezahlen haben. Gewiß, die Erhöhung nach der Regierungsvorlage hätte verhältnismäßig wenig ausgemacht. Aber einer, der heute 3000 Mark Einkommen hat, zahlt gegenwärtig schon an Reichs-, Staats- und Kirchensteuern insgesamt 160 Mark im Jahre, immerhin ein annehmbarer Betrag. In Karlsruhe! In anderen Städten womöglich noch mehr, und bei 5000 Mark Einkommen zahlt in Karlsruhe heute schon ein Bürger Abgaben von 355 M. Das ist für direkte Steuern allein schon erheblich, und wenn man daran denkt, daß die indirekten Abgaben gerade diese Bevölkerungskreise in hohem Maße belasten, wird man sagen müssen, es ist sehr wohl begründet, daß diese von der neuen Steuererhöhung befreit bleiben. Wir haben insbesondere an die Kriegsteilnehmer gedacht, die jetzt aus dem Felde zurückgekehrt sind, die in den letzten Jahren kein Einkommen gehabt haben, und die jetzt veranlagt sind nach den gegenwärtigen, infolge der Teuerungsverhältnisse erhöhten Einkommen und infolgedessen ganz erheblich mehr an Steuern bezahlen müssen, als sonst der Fall gewesen wäre, und die deshalb Anspruch auf besondere Schonung haben. Wir sind aber insbesondere der Meinung, daß die Änderungen der Vorlage, welche an der Obergrenze vorgenommen worden sind, aufrecht erhalten bleiben müssen, und wir werden deshalb die Änderungsanträge, die seitens des Herrn Kollegen Dr. Glöckner

und seiner Freunde gestellt worden sind, ablehnen, umso mehr als die Änderungsanträge in ihrem finanziellen Effekt auf die einzelnen Vermögen gar nicht so erheblich sind, daß sie nicht getragen werden können. Ich will das an zwei Beispielen zeigen.

Wenn wir die Vorlage so lassen, wie sie jetzt aus der Kommission herausgekommen ist, dann hat einer, der ein Einkommen von einer Million hat, 300 000 M. Einkommensteuer im Jahr zu bezahlen. Wenn wir nach dem Antrag Dr. Glöckner gingen, hätte er 250 000 M. zu bezahlen. Jetzt hat er nämlich den Grundbetrag von 50 000 M. plus 500 Proz. Zuschlag zu bezahlen, also 300 000 M.; nach dem Antrag Dr. Glöckner hätte er 50 000 plus 400 Proz. Zuschlag, also 250 000 M. zu bezahlen. Nun sind wir der Meinung, für jemanden, der eine Million Einkommen hat, spielt es keine so große Rolle, ob er 250 000 oder 300 000 M. als Einkommensteuer zu bezahlen hat. Man kann es also sehr wohl bei diesen ganz großen Einkommen bei dem Zuschlag von 500 Proz. belassen. Ähnlich ist es bei der Vermögenssteuer. Bei einem Vermögen von 20 Millionen, also dem Maße, der der höchsten Progression nach der Vorlage entspricht, beträgt der Zuschlag 300 Pf. Die Steuer summe beträgt 626 000 Mark bei einem reinen Vermögen von 20 Millionen. Nach dem Antrag der Demokraten sollte der Zuschlag 200 Pf. betragen, die Steuer also 426 000 M., es handelt sich also um einen Unterschied von 200 000 M. Auch hier sind wir der Auffassung, wer ein reines Vermögen von 20 Millionen hat, ist in der Lage, an diesem einmaligen Zuschlag zur Vermögenssteuer sehr wohl 600 000 M. statt 400 000 M. zu bezahlen. Wir werden also gegen diese Anträge der Demokraten stimmen und sind dafür, daß die Anträge der Kommission angenommen werden. Wir sind auch dafür, daß den Resolutionen, die die Kommission zu diesem Gesetzentwurf vorgeschlagen hat, zugestimmt wird, und ich hoffe, daß nicht die Befürchtung des Herrn Abg. Köhler wahr wird, daß diese Resolutionen nicht mehr zu gesetzgeberischen Aktionen führen. Ich bin der Auffassung, auch wenn wir in Baden etwa nicht mehr dazu kommen sollten, die Einkommensteuer dementsprechend zu gestalten, ist es doch unbedingt notwendig, daß diese sozialen Rücksichten bei der künftigen Erörterung der Einkommensteuer in Rechnung gezogen werden und demgemäß die Reichseinkommensteuer ihre Ausgestaltung erfährt.

Und nun komme ich damit noch mit einigen Bemerkungen zu den allgemeinen Reichsfinanzfragen. Es ist ein großes Projekt, das hier dem Reich vorliegt, ein Plan, der nicht nur für das Reich, sondern auch für die einzelnen Gliedstaaten von außerordentlicher Tragweite ist, und dessen Tragweite wohl von niemand hier im Hause bekannt wird. Es handelt sich in Wirklichkeit jetzt darum, ob die Bundesstaaten des Reiches in ihrem bisherigen Bestande bestehen bleiben oder ob und inwieweit wir auf dem Wege zu dem Einheitsstaat marschieren. Das ist die Frage, um die es sich hier handelt, und da kann nach meiner Auffassung und der Auffassung meiner Freunde die Antwort nur so lauten, daß wir vorwärts marschieren auf dem Wege zum Einheitsstaat, zu der bestmöglichen Organisation des Reiches überhaupt. Ich will aber dabei gleich erklären, daß wir nicht etwa wütende Unitarier sind, sondern ich möchte sagen, wir sind gemäßigte Unitarier. Wir sind der Meinung, daß man nicht in allem und jedem zentralisieren soll, sondern daß es gewisse Dinge gibt, die lediglich in den Ländern des Reiches geregelt werden können, Aufgaben auf dem Gebiete der Kultur, der Schule und ähnliche Dinge, die nicht nur vom zentralistischen Gesichtspunkt aus lediglich geregelt werden können, sondern die unbedingt den bisherigen Bundesstaaten überlassen werden müssen. Aber prinzipiell sind wir der Meinung, daß die Macht des Reiches zu stärken ist, und daß wir zu einer möglichst guten und erspriesslichen Organisation des Reiches kommen sollen. Ein Schritt auf diesem Wege ist bereits die Einkommensteuer, und da ist es interessant zu sehen, welche Stellung meine Partei schon vor dem Kriege dazu eingenommen hat. Ich habe in den letzten Tagen zufällig eine Rede in die Hand bekommen, die der verstorbene Abg. Dr. Franke schon im Jahre 1914, vor dem Kriege hier gehalten hat, und in der er sich geäußert hat: „Es mag die Übernahme der direkten Steuern auf das Reich bedauerlich sein, aber dies läßt sich nicht ändern. Ich glaube, daß die Entwicklung nicht eine partikularistische, sondern eine unitarische sein wird.“ Das Reich wird die Grundlage für die Steuern bilden, die Einzelstaaten und die Gemeinden werden Zuschläge machen. Der jetzige Zustand hat sich überlebt. Die heutige Form der Steuern wird jedoch erst dann eine andere werden, wenn die politische Gestaltung eine andere sein wird.“ Es sind im gewissen Sinne

prophetische Worte, die da gesprochen worden sind; ich fürchte nur, daß sie in einem Punkt nicht wahr werden, nämlich insofern, als es uns nicht möglich sein wird, Zuschläge für die Einzelstaaten und Gemeinden zu den Reichseinkommensteuern zu erheben, sondern daß das Reich eben genötigt sein wird, durch die ungeheure Finanznot, alles von der Einkommensteuer an sich zu ziehen. Und in der Tat, es handelt sich jetzt um die Existenz des Reiches, und wir sind verpflichtet, dem Reiche, um es lebensfähig zu erhalten, jetzt diese große Steuerquelle zu überlassen. Einerlei also wie man sich zur Frage des Unitarismus oder Föderalismus stellt, muß die Frage der Übertragung der Einkommensteuer an das Reich gelöst werden in dem Sinne, daß das Reich diese Einkommensteuerquelle erhält. Aber ich möchte gleich eines sagen: Es ist nicht damit getan, daß die Einkommensteuer den einzelnen Gliedstaaten genommen und dem Reiche übertragen wird, das wäre lediglich eine Verschiebung des Bedarfs, und das hieße lediglich so gehandelt wie der Spekulant es tut, der ein Loch auf macht, um ein anderes zuzudecken. Wenn wir lediglich die Einkommensteuer dem Reich übertragen und den Bundesstaaten sie nehmen, so wird damit das gesamte Finanzbedürfnis von Reich und Bundesstaaten nicht befriedigt, sondern es ist gar kein Zweifel, daß die bisherigen Sätze der Einkommensteuer nicht aufrecht erhalten werden können, daß wir zu erheblich höheren Sätzen kommen müssen, als es bisher der Fall gewesen ist.

Darüber besteht heute in diesem Hause kein Streit mehr, daß die Reichseinkommensteuer in ihrem Ertrag dem Reiche übertragen werden soll, es besteht auch darüber kein Streit mehr, daß die Veranlagung in allen Teilen des Reiches in gleicher Weise erfolgen soll; lediglich darüber sind die Meinungen noch geteilt, ob die Verwaltung dieser Reichseinkommensteuer und die Verwaltung der direkten Reichsteuern überhaupt dem Reich übertragen werden soll, oder ob sie bei den Bundesstaaten unter Kontrolle des Reiches bleiben soll. In diesem Punkte unterscheiden wir uns von den anderen Parteien des Hauses. Wir sind der Meinung, daß die Kontrolle der Reichsteuern durch das Reich nicht genügt. Ich möchte auch die Auffassung aussprechen, daß man sich hinsichtlich der Befürwortung der Kontrolle einer gewissen Täuschung hingibt. Warum wird von allen die Kontrolle des Reiches verlangt und davon abgeraten, die Verwaltung dem Reiche zu übertragen? Deshalb weil sie sagen, sie wollen die Finanzhoheit der einzelnen Bundesstaaten möglichst aufrecht erhalten. Das ist aber eine falsche Meinung. Die Finanzhoheit der einzelnen Bundesstaaten wird nicht berührt durch die Kontrolle, sondern durch die Übertragung der Einkommensteuer auf das Reich. Dadurch wird zwar ganz erheblich die Finanzhoheit der Bundesstaaten beeinträchtigt, nicht aber durch die Übertragung der Kontrolle. Wie steht es mit der Kontrolle? Wenn sie wirksam ist — und sie soll wirksam sein —, dann wird die Hoheit der Einzelstaaten eine Scheinhoheit, dann herrscht doch der Reichskontrolleur und die badischen Beamten müssen nach seinen Weisungen handeln. Ist sie aber nicht wirksam, dann ist sie zwecklos, dann haben wir eine Scheinkontrolle, und das wünschen wir nicht, bei uns in Baden nicht und noch weniger in anderen Teilen des deutschen Reiches. Wir sind auch der Meinung, daß die Einführung einer Kontrolle eine doppelte Kostenlast für das Reich schaffen und die Verwaltung erschweren würde und daß es im Interesse einer zweckmäßigen Verwaltung gelegen ist, die Steuern durch das Reich und durch Reichsbeamte verwalten zu lassen, um so mehr als nach dem Entwurf der Reichsverfassung in dem Artikel 83 die indirekten Steuern in die Verwaltung des Reiches übergegangen sind. Unsere Auffassung ist also die: Wir sind damit einverstanden, daß die direkte Einkommensteuer und die direkten Steuern überhaupt dem Reich übertragen werden; wir sind auch der Meinung, daß eine Kontrolle des Reiches nicht genügt, sondern daß auch die Verwaltung dem Reich übertragen werden soll. Wir knüpfen daran nur einen Vorbehalt, nämlich den: Wir wollen nicht nur für uns allein die Übertragung an das Reich hinsichtlich der Verwaltung vornehmen, sondern wir sind der Meinung, daß das von allen Gliedstaaten geschehen soll, und daß insbesondere diese Gemeinwirtschaft erst dann eintreten soll, wenn für die Veranlagung allgemein die schärferen, in Baden, Württemberg und Hessen geltenden Grundsätze angewendet werden können. Wann das sein wird, läßt sich heute noch nicht sagen, wir hoffen aber, daß es in Bälde sein wird. Ob es der Termin sein kann, den der Reichsfinanzminister vorgeschlagen hat, der 1. Oktober 1919, scheint uns sehr zweifelhaft zu sein. Aber es wird das nur gemacht werden können, die ganze Reform wird nur durchgeführt werden können, wenn tatsächlich, wie es hier schon besprochen worden ist, die Be-

amten aus Süddeutschland mit dazu gebraucht werden, in Norddeutschland diese Reform durchzuführen. Es wird das nichts schaden, denn wir sind auch der Meinung, daß es gut ist, wenn in der preussischen Verwaltung süddeutscher Geist herrscht. Wir sind keine Preußenhasser, wir wissen, was die Preußen Großes für Deutschland geleistet haben (Zuruf rechts: Hörr! Hörr!); aber wir sind der Meinung, daß es gar nichts schadet, wenn, sagen wir einmal, ein Schuß süddeutschen Geistes jedem Preußen eingepflegt wird.

Wir kommen mit diesen Gesetzen, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, auf den Weg zum Einheitsstaat. Dieser Einheitsstaat wird kommen nach unserer Überzeugung, ob man will oder nicht, und es ist nach unserer Meinung besser, wenn man sich dem, was kommt, nicht entgegenstemmt, sondern wenn man mitmacht und mithilft. Man wird da eher Einfluß gewinnen auf die Gestaltung der Dinge. Wie in Zukunft im Einzelnen die Organisation des Reiches sein wird, läßt sich heute natürlich noch nicht entscheiden, und insbesondere läßt sich die Frage nicht entscheiden, die im Vorübergehen hier gestreift worden ist, die Frage der Neuorganisation Preußens. Wir haben uns damit nicht zu beschäftigen und wollen den Preußen gewiß nicht hineinreden. Aber es ist gar kein Zweifel, daß die Grenzpfähle, wie sie zwischen den Gliedstaaten des Reiches bestehen, nicht etwas ewig Unabänderliches sind, ebensomenig wie die Gliedstaaten selber etwas ewig Unabänderliches sind. Wir wollen Preußen nicht zerschlagen; aber der Gedanke hat doch etwas Verführerisches, daß man Preußen nicht etwa badisch macht, aber daß man Preußen deutsch und Baden deutsch macht und alle Gliedstaaten in einem einzigen deutschen Staat aufgehen. Das braucht nicht dazu zu führen, daß die „Berlinerer“ in Deutschland herrschen wird. Es läßt sich denken, daß die Gesetzgebung zentral, die Verwaltung aber dezentral sein wird. Mit einer derartigen Neuorganisation werden vielleicht auch diejenigen, die Gegner eines unitarischen Reiches sind, sich einverstanden erklären können. Im November ist es eigentlich so gewesen, daß wir nicht eine deutsche Revolution, sondern 26 bundesstaatliche Revolutionen gehabt haben. Und es ist einer der größten und stärksten Gedanken, die seither in Deutschland erwogen und bearbeitet worden sind, wie man aus den einzelnen Gliedstaaten und aus den Schwierigkeiten, die aus der Kleinstaaterei, will ich einmal sagen, heute noch in der deutschen Republik vorhanden sind, herauskommt. Es ist kein Zweifel, daß die beste Organisation die sein wird, daß wir zu einem einzigen Reich, zu einem Einheitsreich kommen, bei dem die einzelnen Reichsprovinzen, mag man sie Staaten oder nur Provinzen nennen, im Rahmen ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit leben können. Wir wollen alle das Beste des Reiches. Wir wollen alle miteinander, daß das Reich gestärkt wird und wir sind alle miteinander auf dem gleichen Weg; nur nennen sich die einen vielleicht scharfe Föderalisten und die anderen gemäßigtere Unitarier. Das Tempo ist vielleicht verschieden. Aber darüber sind wir uns klar und einig, daß der Weg, den wir gehen müssen, dahin führen muß, die Macht des Reiches zu stärken, nicht auf Kosten der Gliedstaaten, sondern zugleich die Kraft und das Leben der einzelnen Völker und Länder zu erhalten (Lebhafte Beifall).

Abg. Dr. Gothein (D. Dem. P.):

Für den Ernst der Lage ist es wohl ganz besonders bezeichnend, daß wir mitten in die Beratung einer badischen Steuervorlage eine viel eingehendere Debatte über die allgemeinen Verhältnisse der Finanzen von Reich und Einzelstaaten hineingeworfen haben. Darin spricht sich aus, daß es sich tatsächlich nicht nur um die finanzielle Existenz der Einzelstaaten, sondern überhaupt um ihre Existenz als Sonderglieder, und nicht nur um die Einzelstaaten, sondern um alle Selbstverwaltungskörper, um die Städteverwaltungen ebenso handelt. Denn das eine ist ganz klar: Fällt der letzte Rest von finanzieller Selbstverwaltung dahin, dann sind die Einzelstaaten überhaupt erledigt. Das hat niemand deutlicher anerkannt, als Herr Abg. Köhler. So können wir denn sagen, daß die Vorlage, über die wir zunächst unmittelbar beraten, noch eben vor Ausschluß gekommen ist, und daß in Zukunft uns aller Wahrscheinlichkeit nach Beratungen darüber, wie wir Steuern veranlagern wollen und wie wir die Steuerquellen im einzelnen zuziehen wollen, leider völlig erspart bleiben. Unser badischer Staat ist in der gegenwärtigen Steuervorlage ungefähr in der Lage des ungerächten Pauschalters im Evangelium, der noch gerade, ehe er Rechenschaft abzugeben hat

vor seinem Herrn, seine Procura ausnützt. Nun, in dieser schwer auszuliegenden Parabel wird der ungerechte Haushalter gelobt um seines Verhaltens willen, und so mögen wir den badischen Staat auch loben, daß er zuguterletzt noch einiges für sich herauszuschlagen sucht. Dagegen hat auch unsere Partei nichts einzuwenden gehabt. Unser Bedenken gegen viele Einzelheiten in der Steuervorlage richten sich, wie der Herr Berichterstatter Abg. Goehring und Herr Abg. Dr. Glöckner gestern auseinandergesetzt haben, nicht gegen die Vorlage als solche, sondern gegen gewisse Fehler, ich möchte sie beinahe Schönheitsfehler nennen, gegen bedenkliche Konstruktionsmängel, wie Herr Abg. Dr. Glöckner sie gestern dargestellt hat. Denn wenn Herr Abg. Röhl die Überschuldwirtschaft, die wir mit dieser Vorlage treiben, damit entschuldigt hat, daß wir sie als sorgsame Haushalter nicht als ungerechte Haushalter treiben, so möchte ich sagen: Hier zeigt sich der größte Unterschied zwischen einem privaten Haushalter und einem Staatshaushalter. Es bleibt nach wie vor Grundsatze eines sorgsamsten Staatshaushaltes, daß er nicht Steuern auf Vorrat bewilligt, daß er mit den Steuern nicht hinaus geht über die vorliegenden Bedürfnisse.

Gewundert hat es mich, daß der Herr Abg. Marum die Gelegenheit nicht hat vorübergehen lassen, der demokratischen Partei einen unbilligen Schutz der Kapitalinteressen zum Vorkurf zu machen. Denn es ist das so entschieden von den Herrn Kollegen Goehring und Dr. Glöckner abgelehnt worden, daß wir das ohne weiteres gar nicht auf uns sitzen lassen können.

Es ist ganz besonders betont worden, daß wir höchstens das Bedenken haben — ich werde das im Laufe meiner Rede an anderer Stelle noch ausführen — daß das werdende Kapital, das für unsere nationale Wirtschaft in Zukunft notwendig ist, nicht zu sehr in seiner Wirksamkeit eingeschränkt werde. Wir haben auch ausdrücklich betont: Auf diese Steuer und auf diesen Steuerbetrag selbst legen wir gegenüber den Forderungen, die das Reich bald erheben wird, gar keinen besonderen Nachdruck. Aber die ganze Art und Weise der Konstruktion, dieses Zurückgreifens, wie Herr Abg. Marum auch ausdrücklich gesagt hat, auf die Substanz als solche in solchem Umfange erscheint uns bedenklich.

Nun hat der Herr Kollege Dr. Glöckner gestern unsere Stellung zu dieser unmittelbar vorliegenden Steuervorlage so ausführlich auseinandergesetzt, daß ich von ihr jetzt absehe. Ich glaube, die andere Frage ist umso wichtiger, und wir sind es der Rede des Herrn Finanzministers mit ihren eingehenden Darlegungen gestern schuldig, daß wir über die zukünftigen Verhältnisse von Reich und Einzelstaaten und von Reichs- und Staatsverwaltung in Stadt und Gemeinde in finanzieller Beziehung uns hier etwas näher aussprechen. Da hat sich ja heute in den Neben des Herrn Kollegen Röhl sowohl wie des Herrn Kollegen Marum, eines herausgestellt: heutzutage sind ja wohl offenbar alle Unitarier, mehr oder minder energisch. Und ich erinnere mich mit vieler Freude daran, daß der Herr Kollege Röhl früher mir den „Unitarier“ besonders vorgebrückt hat und sich demgegenüber als eine Art Partikularisten bezeichnet hat. Heute hat sich die Welt ja beinahe gewandelt, obgleich Herr Röhl auch diesmal wieder auf den „Preußen“ — ich sage von meinem Standpunkte auf die Legende von Preußen — und auf die Gefahr, die Preußen mit sich bringt, einige Steine recht kräftig geworfen hat, so ist er doch so unitarisch gewesen, daß ich ihm gegenüber heute sogar etwas stärker partikularistisch reden werde. Und wenn diese Dinge überhaupt etwas Humor noch aufkommen ließen, dann würde der Humor der Sache darin liegen, daß es ausgerechnet Herr Matthias Erzberger ist, der diese Vorlage dem Reiche bringt, der als der energischste aller Unitarier auftritt und als solcher denn auch die Bestimmung von Herrn Röhl gefunden hat. Und ganz im Hintergrunde meines Herzens denke ich: Ja, wenn das ein preukischer Demokrat gewesen wäre, würde er dann auch das Loblied auf diese neue Steuerreform so energisch gesungen haben? (Abg. Stodinger: Die haben's nicht getan!). Herr Erzberger hat die Sache auch nicht allein gemacht, sondern Herr Erzberger ist in dasjenige eingetreten, was von seinen Vorgängern vorbereitet war. Sagen wir nur einfach: Es handelt sich hier um eine allgemeine Übereinstimmung, wie sie in der Reichsregierung hervorgerufen ist, eine Übereinstimmung, gegen die aufzutreten im Interesse der Einzelstaaten und der Selbstverwaltung ja in der Tat schwierig ist. Trotzdem aber müssen wir sagen: Wir müssen suchen unter diesen Umständen zu retten, was sich noch von Landesverwaltung und Selbstverwaltung der Städte irgendwie retten läßt.

Freilich, das versteht sich für uns und für meine Partei ganz von selbst: zu einer Liquidation des Reiches dürfen wir es nie kommen lassen. Selbstverständlich gehen die Forderungen des Reiches allen anderen Forderungen voran, und der badische Staat und jeder andere Einzelstaat ist nur eine Schaluppe, die an das große Schiff des Reiches angehängt ist, und eine solche Schaluppe kann nicht, wenn das Schiff untergeht, zum Rettungsboot werden. So liegt aber jetzt die Sache, daß die Frage nicht mehr die ist: Was können wir dem Reiche übertragen und was für uns behalten?, sondern umgekehrt: Was läßt uns das Reich übrig?

Da hat nun meine Fraktion zu dieser wichtigen Frage eine Resolution abgefaßt, die ich mir zunächst die Ehre gebe, Ihnen vorzulegen, ehe ich sie im Einzelnen erläutere:

„Wir erkennen an, daß es notwendig ist, die finanzielle Lage, und damit den Bestand des Reiches sicherzustellen. Die Erhaltung des Reiches ist für uns das oberste Gesetz; ihm sind alle Einrichtungen in den Einzelstaaten unterzuordnen. Die Reichseinkommensteuer ist notwendig, eine einheitliche Veranlagung und gleichmäßige Durchführung dieses und der übrigen Steuergesetze ist unter der Kontrolle des Reiches sicher zu stellen. Bei der Abmessung und Verteilung des den Bundesstaaten und den Gemeinden gebührenden Anteils an dem Ertrag der Reichsteuern ist die Verschiedenheit ihrer wirtschaftlichen Bedingungen zu Grunde zu legen. Gegen die völlige Beseitigung der finanziellen Selbstverwaltung in Staat und Gemeinde haben wir ernste Bedenken, insbesondere sollen in der Verwendung der Mittel Staat und Gemeinde freie Hand behalten. Eine spätere Rückkehr soll offen bleiben zu einer freieren Gestaltung der finanziellen Selbstverwaltung.“

Sie sehen, wir treten zunächst unbedingt gerade so wie der Herr Finanzminister ein für die Einheitlichkeit nicht nur der Steuerfassung, sondern auch der Veranlagung. Wir wissen sehr wohl, daß es in Preußen nicht ebenso zugegangen ist, wie in anderen, wie in süddeutschen Staaten. Aber ich möchte doch sofort sagen: Sie können auch hier Preußen nicht als einen einheitlichen Begriff auffassen. Es ist im ganzen Westen Preußens, in der Rheinprovinz, in Westfalen usw., also gerade in den hochindustriellen Gebieten, es ist auch in meiner Heimat Schlesien durchaus mit rechten Dingen zugegangen; es sind einzig und allein großagrarisches Interesse gewesen und Landräte, die diesen in zu starkem Maße Rechnung getragen haben, welche eine Ungleichmäßigkeit in der Steuerverwaltung verschuldet haben. Gleich im Anfang bei der Einführung der preussischen Einkommensteuer durch Miquel hat es ein Führer des Bundes der Landwirte zwar fertig gebracht, sich in eine ganz tiefe Steuerstufe und in die dritte Wählerklasse einschreiben zu lassen, aber zu gleicher Zeit einen Extrazug bei der Verheiratung seiner Tochter für die Hochzeitsgäste zu bestellen. Solche Fälle sind vorgekommen. Jedoch auch hier wollen wir etwas gerecht sein. Wenn es sich um rein bäuerliche, wesentlich naturwirtschaftliche Verhältnisse handelt, ist es wirklich mit der Steuerveranlagung eine recht schwierige Sache. Denn einem Bauern wird es niemals recht eingehen, daß dasjenige, was er selbst verbraucht in seiner eigenen Hauswirtschaft, auch ohne weiteres als ein reines Einkommen betrachtet und im vollen Umfange versteuert werden muß. Da werden sich also gewisse Schwierigkeiten auch später ergeben. Auf die bäuerlichen und landwirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt haben auch wir Rücksicht genommen, aber wir haben in einer legalen Weise getan. Im übrigen werden ja diese Rücksichten auf die besonderen landwirtschaftlichen Einkommen oder die landwirtschaftlichen Vermögen in Zukunft sich auch nicht halten lassen, weder im Reiche noch auch in Baden.

Diese Vereinheitlichung der Steuerveranlagung wird allerdings — und da weiche ich von dem Herrn Finanzminister ab — nicht ohne weiteres eine völlige Gleichheit in den Steuern überall mit sich bringen. Er hat gemeint, in Zukunft dürfe nicht mehr ein Wohnplatz vor dem anderen begünstigt sein, dürfe es nicht mehr vorkommen, wie heutzutage beispielsweise in Berlin, wo die Bewohner der eleganten Villenkolonie Grunewald wenig Steuern bezahlen und deswegen der Aufenthalt dort begehrenswert ist, während in anderen Vororten die höchsten Steuern bezahlt werden; ich glaube, eine derartige Gleichmachung ist nicht möglich, denn dann würde es eben bedeuten, daß auch Zuschläge, die er ja wünscht, seitens der einzelnen Kommunen gar nicht mehr möglich wären. Eine absolute Gleichheit würde hier tatsächlich zu einer Ungleichheit führen. Für uns ist gerade auch das wünschenswert, daß je nach den wirtschaftlichen Sonderbedingungen auch bezüglich der Steuern und Steuerzuschläge Verschiedenheit in den einzelnen Gemeinden in Zukunft stattfindet. Der eigenen

Steuererhebung seitens der einzelnen Staaten stehen wir entschieden sympathisch gegenüber aus den Gründen, wie sie der Herr Finanzminister und zum Teil auch der Herr Abg. Köhler ausgeführt hat. Es ist nur die große Frage, ob sie in Zukunft noch durchaus möglich sein wird. Ich persönlich bin etwas skeptisch dagegen, ob, wie der Herr Finanzminister meint, die Steuerverwaltung der Einzelstaaten auch billiger kommt. Die bisherige Erfahrung zeigt wenigstens überall, daß, je größer ein Steuererhebungsbezirk ist, wie das ja im Wesen eines Großbetriebes liegt, wo so viel Generalunkosten gespart werden, die Verwaltung um so billiger zu stehen kommt. Das hat sich in der Zollverwaltung gezeigt, wie es zu dem Zollverein geführt hat. Aus dem Gesichtspunkte der Verbilligung des Steuerwesens würde ich nicht folgern, daß wir die einzelstaatliche Verwaltung beibehalten, sondern ich glaube, sie wird eher etwas teurer, aber sie ist unseres Erachtens politisch das unzweifelhaft Wünschenswertere, und darin weichen wir von der Auffassung der Herren von der linken Seite des Hauses ganz entschieden ab. Wir glauben, daß in der Tat hier die bisherige organische Verteilung, auf der das alte Reich in seiner geistvollen Konstruktion durch Bismarck beruhte, keineswegs antiquiert ist, sondern daß hier eine derartig organische Mannigfaltigkeit, in der die einzelnen Glieder dem Ganzen dienen, indem sie vom Ganzen auch wieder ihr Leben empfangen, nach wie vor das Angezeigte ist. Wir sind auch gerade da von dem Bewußtsein erfüllt, daß wir eine richtige, eine trefflichste Einrichtung des alten Reiches in den neuen Volksstaat mit hinübernehmen wollen.

Dabei handelt es sich nun allerdings auch, wenn wir die einzelstaatliche Steuererhebung begünstigen, doch sehr wesentlich um die wechselseitige Kontrolle. Die erscheinen den Herren von der Sozialdemokratie, wie Herr Abg. Marum sich ausdrückte, nicht genügend. Sie erscheint uns aber geradezu als eine unbedingte Notwendigkeit. Das ist seinerzeit die große Entdeckung beim Zollverein gewesen, durch die der Zollverein vom Jahre 1835 an sich bewährt hat, und sie hat regelmäßig gut funktioniert. Und so, wie der Herr Abg. Köhler es darstellt, daß nun der Preuze sich absolut nicht in süddeutsche Verhältnisse hereinfindet, liegt doch die Sache wahrhaft nicht. Gerade diese Kontrolle auf dem Gebiete der Zollverwaltung hat doch recht wohl gezeigt, daß es ein gegenseitiges Vertrauen gibt und nicht bloß gegenseitiges Mißtrauen (Zustimmung). Herr Abg. Köhler hat es zwar gewünscht, daß Norddeutsche hierher kommen, um in Süddeutschland zu lernen, er hat es aber als ganz unmöglich abgelehnt, daß nun ein Badener auch einmal nach Norddeutschland käme und sich dort umsehe. Was dem einen recht ist, das ist dem anderen billig, Herr Abg. Köhler, und zwischen Kontrolle und Verwaltung ist kein großer Unterschied. Und wenn er immer wieder gesprochen hat davon, daß die Preußen nur unter dem Zeichen „negativer Höflichkeit“ in Süddeutschland auftreten, so möchte ich ihn wirklich auffordern, einmal in meine liebe schlesische Heimat zu kommen und zu hören, daß wirklich ein rechter Schlesier ein ganz umgänglicher, höflicher und freundlicher Mann ist, während ich doch so manchmal bei aller Hoch- und Wertschätzung der Schwarzwälder und Schwaben nicht gerade gesunde habe, daß ihre erste Tugend die Höflichkeit und das Entgegenkommen gegen die Fremden ist (Geiterkeit und Zustimmung).

Die Ausbildung der Steuerbeamten ist gestreift worden. Ich habe mich außerordentlich gefreut, daß der Herr Finanzminister in seiner kurzen Zwischenrede in Aussicht gestellt hat, daß wir auch gefragt werden sollen, die Universitätsprofessoren und andere, das wird sehr wünschenswert sein. Ich möchte dabei besonders betonen: Wir Nationalökonomien bedauern es außerordentlich und haben es im Laufe der Zeit bedauern gelernt, das die alte Ausbildung der Kameralisten zugunsten einer einseitigen juristischen Ausbildung aufgehoben worden ist (Sehr richtig! bei den Demokraten), und wir wünschen ganz entschieden, daß sie wieder eingeführt wird. Auf eine finanzielle Ausbildung werden wir den höchsten Wert legen. Selbstverständlich können wir unsere Studenten nicht in Dinge einführen, die wir selbst nicht verstehen und in denen ich sehr gern bei Herrn Abg. Köhler in die Lehre ginge, nämlich die Buchführung und die Veranlagungstätigkeit im Einzelnen. Aber was wir zeigen können, sind die Begriffe und die Entwicklung der Steuersysteme, nicht nur der deutschen Steuersysteme, sondern auch der fremdländischen Steuersysteme, als Grundlagen eines allgemeineren Verständnisses; ich glaube, daß das unseren Finanzbeamten sehr wünschenswert wäre und daß hier auch eine seminaristische Ausbildung und nicht bloß die Ausbildung in den Vorlesungen gerade für

die Beamten in der Kameralverwaltung in Zukunft wünschenswert sei.

Die Frage nun, ob es möglich sein wird, diese Wünsche einer Beibehaltung einer einheimischen Steuerverwaltung, die dem Reiche dient, zu erfüllen. Dies wird ja nun natürlich sehr stark abhängen von dem Inhalte dieser Steuern selber, und das ist ja schließlich die Hauptsache. Alles andere ist doch nur eine formelle Frage. Können wir — darum handelt es sich — eine Selbständigkeit unserer badischen Finanzen gegenüber den Anforderungen des Reiches in Zukunft noch in Aussicht nehmen? Der Herr Finanzminister hat es ja beweglich dargestellt, daß das Reich so gut wie alle Steuerquellen in Beschlag nehmen wird und in einem so ungeheuren Maße, daß für die anderen nur wenig übrig bleibt. Was soll uns überhaupt übrig bleiben? Die Ertragssteuern! Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir zu den Ertragssteuern von Seiten des Landes wieder zurückkehren können. Die Ertragssteuern haben sich überall herausgestellt als eine bloße Vorstufe für die Personalsteuern, insbesondere für eine Vermögenssteuer. Ist erst eine Vermögenssteuer ausgebildet, wird sie in dem ungeheuren Maße, wie es Herr Finanzminister angedeutet hat, als Kapitalertragssteuer erhoben, dann ist für Ertragssteuern schlechterdings kein Platz mehr übrig.

Etwas anders wird es vielleicht bei den Gemeinden sein. So völlig aussichtslos für die Zukunft halte ich es auch jetzt noch nicht, daß die Gedanken auf denen die Steuerreform Miquels beruht, die Ertragssteuern den Gemeinden zu überweisen, wenigstens in Zukunft nicht wieder Gültigkeit haben können, weil eben die Gemeinden zu diesen Steuerquellen eine ganz andere Beziehung haben, wie die großen Länder. Einstweilen wird auch das kaum möglich sein. Die Gemeinden werden sich wohl auf Beiträge wie bisher und zu gleicher Zeit selbstverständlich auf ihre eigenen Erwerbseinnahmen verlassen müssen. Dadurch, daß sie wenigstens auf solche Weise auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bürger eingehen, können sie ja immer noch einen Rest von Selbstverwaltung sich wahren.

Zu übrigen ist eigentlich von den anderen Steuerquellen, die uns noch bleiben, die viel gerühmte Vergnügungssteuer fast die einzige. Bei der Vergnügungssteuer, wie sie leider im Augenblick unser Volk beherrscht, dürften die Ertragssteuern nicht ganz niedrig sein. Aber die Vergnügungssteuer, die nur psychologisch als ein Rückschlag gegen die lange Spannung der Kriegszeit auf ihre eigenen Erwerbseinnahmen verlassen müssen. Dadurch, daß sie wenigstens auf solche Weise auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bürger eingehen, können sie ja immer noch einen Rest von Selbstverwaltung sich wahren.

Zu übrigen ist eigentlich von den anderen Steuerquellen, die uns noch bleiben, die viel gerühmte Vergnügungssteuer fast die einzige. Bei der Vergnügungssteuer, wie sie leider im Augenblick unser Volk beherrscht, dürften die Ertragssteuern nicht ganz niedrig sein. Aber die Vergnügungssteuer, die nur psychologisch als ein Rückschlag gegen die lange Spannung der Kriegszeit auf ihre eigenen Erwerbseinnahmen verlassen müssen. Dadurch, daß sie wenigstens auf solche Weise auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bürger eingehen, können sie ja immer noch einen Rest von Selbstverwaltung sich wahren.

Zu übrigen ist eigentlich von den anderen Steuerquellen, die uns noch bleiben, die viel gerühmte Vergnügungssteuer fast die einzige. Bei der Vergnügungssteuer, wie sie leider im Augenblick unser Volk beherrscht, dürften die Ertragssteuern nicht ganz niedrig sein. Aber die Vergnügungssteuer, die nur psychologisch als ein Rückschlag gegen die lange Spannung der Kriegszeit auf ihre eigenen Erwerbseinnahmen verlassen müssen. Dadurch, daß sie wenigstens auf solche Weise auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bürger eingehen, können sie ja immer noch einen Rest von Selbstverwaltung sich wahren.

Zu übrigen ist eigentlich von den anderen Steuerquellen, die uns noch bleiben, die viel gerühmte Vergnügungssteuer fast die einzige. Bei der Vergnügungssteuer, wie sie leider im Augenblick unser Volk beherrscht, dürften die Ertragssteuern nicht ganz niedrig sein. Aber die Vergnügungssteuer, die nur psychologisch als ein Rückschlag gegen die lange Spannung der Kriegszeit auf ihre eigenen Erwerbseinnahmen verlassen müssen. Dadurch, daß sie wenigstens auf solche Weise auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bürger eingehen, können sie ja immer noch einen Rest von Selbstverwaltung sich wahren.

Was der Herr Finanzminister mit vollem Recht besonders betont hat ist, daß die Beweglichkeit unseres Finanzsystems später wohl so gut wie vollständig aufgehört haben wird. Eine solche Beweglichkeit ließe sich ja überhaupt nur dadurch erreichen, daß wir noch Zuschläge zu den Reichsteuern, speziell zu der Reichseinkommensteuer erheben dürfen, und das scheint bei den Reichseinkommensteuern, so wie das Reich die Reichseinkommensteuer, die ja eine Vermögens- oder Kapitalertragssteuer in sich einschließen wird, anspannen wird, tatsächlich so gut wie ausgeschlossen. Es scheint jedenfalls zunächst als ausgeschlossen, daß man zu beträchtlichen Zuschlägen kommt. Aber hier — und das liegt auch in unserer Resolution — müssen wir doch immer wieder betonen: Wir hoffen, zu diesem Zustand wieder einmal zurückzukommen; es wird doch einmal, wenn auch noch geraume Zeit darüber hingehen wird, die Epoche wieder kommen, wo wir

diese eigentliche Grundlage der Selbstverwaltung, wo wir diese Anpassung der Bedürfnisse an die Erträge wieder einmal durchführen können. Zu einer vollständig selbständigen Steuergebarung wollen wir aber nicht wieder zurück. Wir betrachten es als einen großen Vorteil, daß die Steuererhebung durch das ganze Reich in Zukunft einheitlich sein wird, und zwar durch die Steuerveranlagung.

Ganz und gar unmöglich aber erscheint es, und das haben wir in unserer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß die Verwendungsart der Steuern, der Überweisungen, die wir etwa aus den Reichserträgen bekommen, auch noch gebunden wird, daß hier nicht nur eine Kontingentierung sondern auch noch eine ängstliche Kontrolle im einzelnen stattfindet. Der Herr Finanzminister hat es auch gesagt. Er hat vor allem die politischen Schwierigkeiten einer derartigen Kontrolle hervorgehoben. Nun, diese würde ich gar nicht einmal so hoch anschlagen. Ich würde es noch viel höher tagieren, daß eben jegliche Selbstachtung, daß jegliche Freude der Selbsttätigkeit, daß kurzum alles dasjenige, was die Selbstverwaltung unserer Städte groß gemacht hat, dadurch von vornherein verleugnet, von vornherein im Keime erstickt würde. Wahnsinnig, Stadtverwaltungen sind nicht wie kleine Kinder, die der Mama darüber Rechnung ablegen sollen, wie sie ihr Taschengeld verwendet, ob sie sich etwa Bonbons dafür gekauft haben. Um Überweisungen aber würde es sich handeln. Auch Herr Röhlert hat anerkannt, daß es doch schließlich auf eine Dotationspolitik im starken Maße hinauskommen werde, und da freut es mich, daß der Herr Finanzminister ganz besonders betont hat, daß bei einer solchen Dotation des Reiches die Unversität bedacht werden sollen. Ich schließe mich seiner Begründung vollständig an. Er hat auf die große Bedeutung der naturwissenschaftlichen Institute, speziell z. B. — es ist nur ein Beispiel — der Chemie hingewiesen. Aber ich möchte es viel allgemeiner fassen. Wir in Baden haben die drei Hochschulen nicht für uns, wir haben sie für Deutschland. Sie brauchen sich bloß die Zahlen der immatrikulierten Studierenden anzuschauen, um zu sehen, daß die Badener eine sehr kleine Minderzahl sind, die um ein Vielfaches durch die anderen deutschen Studenten übertroffen wird. Das macht die Größe und Eigentümlichkeit unserer badischen Hochschulen aus, und dabei soll es auch in Zukunft bleiben. Auf diese Weise arbeiten wir für ganz Deutschland. Wir wollen keine Provinzialuniversitäten sein. Meine alte Universität Bonn war viel größer als Heidelberg, und trotzdem trägt Bonn den rein provinziellen Charakter der Rheinprovinz. Heidelberg und Freiburg haben einen viel größeren Zugang und infolgedessen einen freieren Zug wissenschaftlichen Lebens durch diese Art und Weise der Zusammensetzung der Studentenschaft. Arbeiten wir aber so für das Reich, dann ist es auch recht und billig, daß das Reich für uns zahlt und daß auf solche Weise dem badischen Staat diese schwere Aufgabe von seinen des Reichs erleichtert wird, und ich hoffe, daß der Herr Finanzminister recht eifrig bei den Finanzministerkonferenzen diesen Gesichtspunkt auch in Zukunft unterstreicht.

Wenn wir nun aber sehr stark zu Dotationen kommen, dann festhalten wir darauf, daß der Schlüssel der Verteilung desjenigen, was das Reich uns etwa überweist, nicht mechanisch nach der Kopfzahl der Bevölkerung gestaltet wird — das wäre von vornherein widersinnig — aber auch nicht nach dem Steuerantrag, auch das wäre nicht ausreichend, sondern hier müssen wir unbedingt erwarten und verlangen, daß die wirtschaftliche Lage, die sämtlichen wirtschaftlichen Bedingungen der Einzelstaaten und der Kommunen, welche Überweisungen, welche Dotationen erhalten, zugrunde gelegt werden. Ich weiß sehr wohl, daß das eine große, vielleicht im einzelnen unlösliche Aufgabe sein wird. Aber ich halte das für ganz und gar unerlässlich, unerlässlich auch namentlich unter dem Gesichtspunkt, daß hier wirklich das eine Glied dem andern zu Hilfe kommen muß und daß auf solche Weise nicht der Einzelne auch gar zu ängstlich rechnen darf, was er erhält und was er gibt.

Und so sind denn die volkswirtschaftlichen Wirkungen, die diese neue, diese große vom Reich ausgehende absorbierende Steuererhebung ausüben soll, doch schließlich überall das wichtigste.

Der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen, was für uns alle wohl selbstverständlich ist, daß die Anspannung der direkten Steuern vor allem auch darum notwendig ist, weil die indirekten Steuern, die Verbrauchsabgaben in großem Maße angespannt werden müssen. Diese Verbindung der beiden Steuerarten ist eben eine unbedingte Notwendigkeit. Ja, ich könnte sagen: Wir sollten uns allemal auf den sozialen Standpunkt stellen, daß die Verbrauchsabgaben nur dadurch ge-

rechtfertigt sind, weil sie ein Erfah, weil sie eine Kompensation für direkte Steuern sind, für direkte Steuern, mit denen wir zu den unteren Steuerstufen nicht gelangen können. Deswegen weiche ich hier von mehreren Mitgliedern meiner eigenen Fraktion ab, obgleich ich deren Intentionen durchaus anerkenne und billige. Auch im Haushaltsausschuß ist ja des öfteren davon die Rede gewesen, es sind viele Herren lebhaft dafür eingetreten — einstweilen einmal bei dieser Steuer, es gilt aber für alle direkten Steuern — daß auch in die kleinen Einkommen hinuntergestiegen werde, daß man ein möglichst niedriges Existenzminimum, womöglich gar kein Existenzminimum freilasse, die Absicht dieser Herren ist nicht etwa eine antisoziale, das liegt ihnen fern, sondern ihr Gedanke ist, daß die direkte Steuer eine Erziehung des Volkes zu politischer Verantwortlichkeit sei. Man weist dabei so gern auf die Schweiz hin. Ich muß sagen, ich halte von dieser vermeintlichen Steuererziehung nichts, schon aus dem einfachen fiskalischen Grunde, den Herr Abg. Röhlert auch angeführt hat, weil diese kleinen Steuerbeiträge unsinnige Verwaltungskosten verursachen, die in der Tat ihren Ertrag fast illusorisch erscheinen lassen. Sodann aber erscheint mir der Steuererzähler, der hier ganz unvermeidlich ist, als der schlechteste Pädagoge zur Erziehung zur Staatsgewinnung. Ich stehe vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es wünschenswert ist, das Existenzminimum nicht zu niedrig zu fassen, selbstverständlich nicht mehr in der alten Weise von 8—100 M. Das gegenwärtige ist aber natürlich zu hoch. Bei 5100 M. werden wir in Zukunft nicht bleiben können, es wird sich eben auch wieder an die Preisgestaltung der Zukunft halten. Wir werden allemal sehen müssen, daß wir mit indirekten Steuern, in denen ja auch eine Freiwilligkeit des Konsumenten selber liegt, daß wir damit die Notwendigkeit, in die tieferen Steuerstufen herabzusteigen, vermeiden. Auf die Schweiz kann man sich nicht berufen; sie hat die indirekten Steuern nicht ausgebildet und kann sie nicht ausbilden, ganz abgesehen davon, daß das Schweizer Volk eine bessere Staatsbürgerziehung genossen hat, als bisher noch das deutsche Volk sie erhalten hat. Die allein ausgebildete Verbrauchsabgabe, das Branntwein-Monopol wird dort so behandelt, daß der Bund ängstlich darauf steht, daß er dieselbe sofort wieder in die Hände der Kantone und diese sie wieder in die Hände der Gemeinden zur Aufbesserung von allen möglichen Zwecken zurückleiten. Bei uns liegen die Verhältnisse anders, und auf die Schweiz, die uns in manch anderen Dingen ein Vorbild sein kann, können wir schlechterdings nicht Rücksicht nehmen. Also nach unten hin wollen wir tatsächlich eine starke Entlastung auf dem Gebiete der direkten Steuern, weil wir wissen, daß es unumgänglich notwendig ist, den breiten Konsum der Massen in anderer Weise als bisher heranzuziehen. Aber die Frage ist ebenso dringend, wie es mit der Abmessung nach oben geschehen soll. Da betone ich noch einmal: Uns liegt wahrhaftig alle und jegliche Rücksicht auf das Großkapital vollständig fern. Ziehen Sie die Kriegsgewinner und Schieber bis auf den letzten Mann bei, niemand kann es erwünschter sein als uns; aber die Frage ist ganz anders mit demjenigen Kapital, welches in der Volkswirtschaft steckt zu werbenden Zwecken, mit dem produktiven Kapital, und diese Frage ist sehr ernst, und gerade die Herren von der linken Seite dieses Hauses sollten sich immer wieder im Interesse der Arbeiter die Frage vorlegen, ob hier durch zu starkes Experimentieren, zu große Schmälerung des produktiven Kapitals die Möglichkeit der neuen Kapitalanmlung, die wir höchst notwendig haben, so ganz unterbunden werden soll. Da kann ich mit demjenigen, was der Herr Abg. Marum ausgeführt hat, nicht im geringsten übereinstimmen, ganz abgesehen von der verwunderlichen Ansicht, daß es ein Vorteil für die Volkswirtschaft sein werde, wenn man die großen Vermögen der reichen Leute beseitigt, weil dann alles billiger werden würde. Das ist eine volkswirtschaftliche Konsequenz, die ich nicht so recht begreifen kann.

Die Opfer, die unserem produktiven Kapital in Zukunft zugemutet werden, sind ungeheuer groß. Das Notopfer, welches zunächst gebracht werden soll, bringt ja schon eine ungeheure Schmälerung mit sich. Sie haben gehört, in welcher Weise in Zukunft das Kapital — bis zu 30 Proz. des Ertrags — beizugezogen werden soll und zwar alles Kapital, nicht nur das Rentkapital. Gerade das Rentkapital, der Rentenbezug wird durch die neue Steuerreform am allerwenigsten betroffen, das gebe ich immer und immer wieder zur Erwägung. Worauf beruhen die ungeheuren Ausgaben des Reiches? Darauf, daß wir an unsere eigenen Rentenbezieher, an unsere eigenen Zinsenbezieher enorme Summen zahlen müssen. Wir sind alle von der Notwendigkeit überzeugt, daß wir die großen Kriegsanleihen aufrecht erhalten müssen, weil nicht nur die Existenz des Staates, sondern auch die Existenz weiter Kreise

unseres Volkes darauf beruht; aber das wollen wir uns klar machen: Unser Volk ist verarmt, aber die Anzahl der Rentenempfänger seitens des Staates ist enorm angeschwollen, in demselben Maße, wie wir mit unserer Verarmung auf der einen Seite und mit der Aufnahme der Schulden auf der anderen Seite vorgegangen sind. Das investierte Privatkapital wird also in Zukunft ungeheuer in Anspruch genommen werden, und da möchte ich einen schwierigen Punkt hervorheben; er ist so vielfach bei dieser Steuervorlage hervorgetreten: Die Aktiengesellschaften können nicht so behandelt werden, wie das private Kapital. Es hat sich eben gezeigt, daß wir das Aktienkapital zur Vermögenssteuer als solches nicht beiziehen können. Auch das große Opfer, das schon sowieso den Aktienbesitzern zugemutet wird, kann nicht noch einmal dem Aktienkapital zugemutet werden. Was geht daraus hervor? Daß der private Fabrikant, der mit seinem eigenen Vermögen seine Fabrik betreiben muß, in seinem Betriebskapital ungeheuer geschmälert wird, dagegen die Aktiengesellschaft ihr Betriebskapital auf dem Gebiete der Produktion ganz außerordentlich erschwert und zu Gunsten der Aktiengesellschaften verschoben wird. Das ist unvermeidlich, und gewiß, ich halte diese Stufe einer gewissen Sozialisierung, die hier vorliegt, für günstig; aber trotzdem ist und bleibt es eine Gefahr, daß der intelligente Einzelkapitalbesitzer, auf den alles einströmt, der volkswirtschaftlich so notwendig ist, so stark beeinträchtigt wird. Was wird die Folge sein? Wir werden eben im weitesten Maße stunden müssen. Wir können das in der eigentlichen Produktion stehende Kapital nicht ohne weiteres kassieren. Nicht daß wir es bloß dezimieren, nicht einmal halbieren, es wird über die Hälfte hinausgehen, was in solcher Weise von den größeren Kapitalisten eingezogen werden soll. Dabei könnte gar keine Produktion bestehen, wenn nicht das Reich hier stundet, kreditiert, wie es selbst bei der Siedelungsgesetzgebung in der gegenwärtigen Reichsvorlage schon in Aussicht genommen ist. Das ist der einfachste Weg zur Sozialisierung in berechtigter Weise. Auf diesem Wege wird der Staat eine Art Teilhaber an dem Privatkapital, an den Privatunternehmungen, und wir können also hier wünschen, daß unsere produktive Tätigkeit mit Hilfe des Staates und bei richtiger Berücksichtigung der einzelnen Verhältnisse doch im Gange bleibt.

Es sind ungeheure Opfer, die wir bringen müssen, und es ist von allen Seiten betont worden, wir müssen trotzdem bei einer gewissen Steuerfreudigkeit bleiben. Die Mahnung des Herrn Finanzministers war eine sehr lebhaft, und er hat auf die Vergangenheit zurückgeblickt und gemeint, diese Bewilligungsfreudigkeit habe früher gefehlt, es wäre manches besser gewesen, wenn sie früher vorhanden gewesen wäre. Nun ich glaube, die Kulturaufgaben im alten Reich haben nicht eigentlich Schaden gelitten, und eine richtige Sparsamkeit in der Statistierung ist damals gerade so wünschenswert gewesen, wie sie es in der Zukunft bleiben sollte. Aber der Fehler im alten Reich ist gewesen, daß wir organisch das ganze Finanzwesen nicht richtig ausgebaut haben, daß wir uns gescheut haben, die Quellen zu eröffnen, daß wir uns in eine Schuldenwirtschaft gestürzt haben. Diese falsche Politik, in der Blütezeit des Reiches sich in Schulden einzulassen, ist verkehrt gewesen. Ich möchte nicht alte Schmerzen aufrühren, aber nur das eine sagen und daran erinnern: Das kapitalistische Interesse der viel angeschuldigten und bescholtenen Demokratie, also der liberalen Parteien ist es nicht gewesen, die die Schuld daran getragen hat; wenn der Herr Finanzminister rückwärts blickend die Mahnung hat ergehen lassen, so möchte ich die andere Erinnerung auffrischen: Woran ist die größte Finanzreform mit der Ausbildung der Erbschaftsteuer gescheitert? Bekanntermachen am Zentrum, das damals wohl 500 Millionen Konsumtionssteuern bewilligt hat, aber nicht dazu zu bringen war, die Erbschaftsteuer zu bewilligen.

Lassen wir das Vergangene vergangen sein. Ich bin der Ansicht, daß wir einmal unter die Vergangenheit einen Strich machen sollen; aber völlig vergessen wollen wir in der Tat frühere Fehler nicht. Umso besser, wenn heutzutage auf allen Seiten und ich betone ganz besonders auch auf unserer Seite, weil man sich der Notwendigkeit des Reiches nicht entziehen will, eine gewisse Steuerfreudigkeit eintreten wird.

Die Mahnung zur Sparsamkeit ist von allen Seiten erfolgt. Ob aber die Sozialisierung gerade zur Sparsamkeit beitragen wird, ist mir nach allem stark zweifelhaft, welches auch sonst ihre Vorteile sein mögen. Das parlamentarische Regime hat alle möglichen Vorzüge, aber bilden wir uns doch nicht ein, daß es den Vorzug der Billigkeit haben wird, ich glaube eher das Gegenteil. Ich sehe es auch jetzt schon, daß fortwährend die Beamten vermehrt statt verringert werden.

Und wenn die Sozialisierung kommt, dann ist eins ganz sicher, daß die Bürokratisierung unserer Volkswirtschaft noch ganz beträchtliche Fortschritte macht, daß wir eine ganz große weitere Serie von Beamten bekommen. Ich bin für die Hunderte von Studenten, die gegenwärtig Volkswirtschaft studieren, es recht zufrieden, daß sie auf diese Weise unterkommen werden, aber für den Staat ist es in Zukunft eine weiteres Bedenken. Also Sparsamkeit werden wir uns fortwährend als Muster vorhalten haben, aber ich vermute stark, daß sie sich nicht gar zu sehr geltend machen wird in den Ausgaben. Jetzt heißt es, alles was der Krieg vernichtet hat, wiederherstellen. Heute morgen in der Haushaltskommission ist uns von einem Herrn Regierungsvertreter sehr beweglich vorgetragen worden, was die Eisenbahnen wieder alles herzustellen haben und wie infolge dessen wir auf viele, viele Jahre hinaus mit größten Defizits der Eisenbahnen und mit fortwährenden ungeheuren Millionen von Zuschüssen zu rechnen haben werden.

Da ist aber vor allem eines notwendig: Wir müssen von diesem Leichtsinne, in dem das Volk sich bisher bewegt, herunterkommen. Denn gegenwärtig steht es tatsächlich doch so, daß unser Volk und zwar in allen Kreisen darauf loslebt. Wir sind zwar noch nicht bankrott, aber von unserem Volk kann man es wirklich sagen, es treibt das Leben des Bankrotteurs. Es gibt allerdings noch Geld, aber es wird immer schlechter, wird immer weniger wert. Aber das kümmert das Volk nicht und zwar keineswegs nur die kapitalschwachen Schichten, sondern leider geht es auch in die kapitalkräftigen Schichten hinein. Es kommt hinzu, daß fortwährend notwendige Forderungen an den Staat gestellt werden. Ich gebe zu, notwendige Forderungen. Er muß fortwährend neue Anleihen aufnehmen, nein, nicht nur das, er muß die schwebende Schuld fortwährend vergrößern. Und die schwebende Schuld, sie schwebt wirklich wie ein Damoklesschwert über uns, und immer schwieriger wird die Möglichkeit, die kurzfristigen Schatzwechsel einzulösen, man muß prolongieren und schließlich doch zu einer fundierten Schuld umwandeln. Namentlich aber werden durch die schwebende Schuld neue Umlaufmittel in unsere Volkswirtschaft hineingepumpt, ich kann nur sagen, wie Wasser hineingepumpt. Und darauf, nicht auf der Leistungsfähigkeit und Kaufkraft der reichen Leute, wie Herr Abg. Marum gemeint hat, darauf beruht vor allem die ungeheure Verwässerung unserer Volkswirtschaft, eine Verwässerung bei der uns nachgerade jeder Begriff einer normalen Preisbildung abhanden gekommen ist. Darum wird es die wichtigste Aufgabe sein, daß wir nicht in den elenden Verhältnissen der schwebenden Schuld in unserer Volkswirtschaft und den Zahlungsmitteln hinauskommen. Ich hoffe, daß die Vermögensschiebung und das große Reichsnotopfer, vor allem auch diesem Zwecke dienen wird.

Der Herr Minister sagt, es ist Zeit, mit dem Verstedenspielen in Finanzdingen zu brechen und ich unterschreibe das in vollstem Maße. Aber wer treibt eigentlich das Verstedenspiel? Wir hier nicht, und in den Kommissionen noch weniger. Nennen wir das Kind beim rechten Namen: Es ist recht eigentlich unser Volk, das dieses Verstedenspiel treibt wie in der alten Fabel vom Vogel Strauß, der den Kopf unter die Flügel steckt, um die Gefahr nicht zu sehen. Darum ist unsere erste Pflicht, die Aufklärung über die Gefahren unserer Volkswirtschaft und die traurige Finanzlage auf alle Weise zu verbreiten, wo und wie wir können, durch Schrift und Wort. Wir müssen uns erst einmal klar werden, was alles im Schutt liegt. Wissen wir das, dann mögen wir auf dem unendlichen Schutt wieder zum Neuaufbau schreiten (Beifall bei den Demokraten).

Finanzminister Dr. Witth:

Ich freue mich, daß die Politik der Regierung durch den Herrn Abg. Dr. Gothein eine im gewissen Sinne wohlwollende Beurteilung gefunden hat. Nur in dem vermag ich ihm nicht zuzustimmen, daß er unsere Steuervorlage damit kritisieren will, daß er ausführte, wir trieben eine Steuerpolitik auf Vorschau. Gewiß mag, wie ich gestern schon habe sagen können, — ich will es wiederholen —, momentan ein Überschuss herausgerechnet werden. Aber der Herr Abg. Dr. Gothein hat eben mit Recht hinzugefügt, wir treiben diese Vocihupolitik wie er sie charakterisiert hat, noch kurz vor Torreschlus. Ich freue mich, daß wir vor Torreschlus noch zugegriffen haben, daß wir nicht gemartet haben, wie man im Volksmund sagt, bis die Kuh aus dem Stall heraus ist. Der Herr Abg. Dr. Gothein übersieht auch noch folgendes. Wir hätten mit einer solchen Steuervorlage ja warten können, bis zum nächsten Winter, hätten aber dann die Türe zugefunden aus

anderen Gründen. Es ist mir und Herrn Abg. Dr. Gothein nicht verborgen, wie die, die Kriegsgewinne gemacht haben und über große Einkommen verfügen, mit diesem Einkommen und diesen Gewinnen leben. Und wenn der Luxusverbrauch, wie er draußen zu konstatieren ist, noch ein halbes Jahr weitergeführt wird, hat der Steuerbeamte schließlich nichts mehr zu holen. Ich meine, wenn die Vorlage mit ihren hohen Sätzen, die von der Kommission noch erhöht worden sind, einen sozialen Charakter hat, dann hat sie den, daß sie der Verschwendungssucht vielleicht in einigen Kreisen Einhalt gebieten könnte.

Ich freue mich, daß der Herr Abg. Dr. Gothein meine Ausführungen über die Erhaltung und den Ausbau der Universitäten, besonders in ihrem naturwissenschaftlichen Teil begrüßt hat, auch wenn etwa Dotationen dazu notwendig sind. Ich freue mich umso mehr über die Ausführungen, als in Kreisen der Universität für diese unsere Auffassung, von der ich glaube, daß sie im ganzen Haus geteilt wird, noch nicht viel Verständnis vorhanden ist. Es liegt vor mir eine Kundgebung des Senates der Universität Freiburg, die, glaube ich, das verkennet, was wir in diesem Hause als Auffassung wohl alle uns fest gebildet haben. Es heißt da: „Die badischen Hochschulen verdanken ihre hohe Blüte dem verständnisvollen Wohlwollen, das ihnen nicht nur von der früheren Regierung, sondern auch vom Landtag stets entgegengebracht wurde“. Es liegt eine kleine, ich will in Anführungszeichen sagen, „Vosheit“ darin, daß man das so ausgeführt hat. Nicht nur die frühere Regierung hat Verständnis, auch die jetzige Regierung hat erst recht Verständnis für die Erhaltung und die Blüte der Hochschulen. Wenn es dann aber weiter heißt: „Wenn jetzt aus den Reden mehrerer Abgeordneter eine Geringschätzung der Wissenschaft und eine ganz ungewöhnliche Vereiztheit herauslingt, so geht es darauf hinaus, daß diese Herren ohne direkte Kenntnis der Universitätsverhältnisse lediglich durch einseitige Mitteilungen informiert wurden und alles ihnen Zugetragene ohne nähere Prüfung für glaubwürdig halten und verallgemeinert haben“ (Zuruf: Das Gleiche steht in der „Süddeutschen Zeitung“!). Ich habe an diesen Debatten damals teilgenommen und ich lehne es ab, wenn gesagt wird, daß aus den Reden der Abgeordneten, die sich geäußert haben, eine Geringschätzung herausgelingen habe. Nein, wenn es sich damals darum gehandelt hat, auch die Hochschulen zu entkapitalisieren, dann ist das keine Geringschätzung der Wissenschaft, sondern nur der Versuch, die Kapitalbildung in einigen Universitätskreisen etwas mehr zu beschneiden, als das bisher der Fall gewesen ist. Der Kampf gegen den Kapitalismus in Universitätskreisen ist niemals ein Kampf gegen die Wissenschaft. Ich wollte ads bei der Gelegenheit nur feststellen, um auch der Freundlichkeit des Herrn Abg. Dr. Gothein — er ist ja Universitätsprofessor — mit einer ähnlichen Freundlichkeit zu erwidern (Geisterkeit). Wir sind mit ihm einig, daß die Erhaltung der Wissenschaft nicht nur eine Tat für die deutsche Kultur ist, sondern daß sie auch für uns die Unterlage bildet, um die entsetzlichen Friedensbedingungen, die uns der Gewaltfriede von Versailles aufgenötigt hat, zu erfüllen.

Der Herr Abg. Dr. Gothein hat sich in seiner Rede sehr warm für die Zusätze eingesetzt, die wir in Gemeinde und Bundesstaat erheben sollen, auch wenn das Reich dazu kommen sollte, die Einkommensteuer und andere Steuern völlig für sich in Anspruch zu nehmen (Abg. Dr. Gothein: Für später!). Ja, Herr Abg. Dr. Gothein, gerade wollte ich sagen: Sie haben eine Einschränkung hinzugesetzt: „Für später“. Da habe ich nun große Befürchtungen. Was man einmal aus der Hand gegeben und in die große Hand des Reiches hineingelegt hat, das ist später sehr schwer wieder herauszuholen. Wir in Baden, einem verhältnismäßig kleinen Lande, haben Mittel, das, was wir dem Reich einmal gegeben haben, wieder herauszuholen, kaum in der Hand. Wir haben ja im Kriege gesehen bei der Kriegswirtschaft, als wir zugestimmt haben, daß die Zentralisation in Berlin in derartig unerhörter Form sich überhaupt erst einmal einrichten konnte. Alle unsere Proteste hier im Landtage und im deutschen Reichstage waren völlig vergebens. Ist die Bürokratie einmal zentralisiert, dann ist es ein Kampf gegen Windmühlen, die Zentralisation wieder rückgängig machen zu wollen. Insofern habe ich von diesem „für später“, das Herr Abg. Dr. Gothein einschränkend seinen Ausführungen hinzugesetzt hat, keine große Hoffnungen.

Der Herr Abg. Dr. Gothein hat sich dann der Sozialisierungsfrage zugewandt. Ich will heute keine Debatte über

die Sozialisierungsfrage eröffnen. Aber das scheint mir wohl auch Ihr Verständnis zu finden, wenn ich bemerke: Der beste Sozialisierungsminister und der berufenste Sozialisierungsminister ist der Minister, der Steuern machen muß. Das ist die Sozialisierung, die zur Zeit möglich ist. Wie die übrige sich entwickelt, das weiß ich nicht. Ich bin aber mit dem Herrn Abg. Dr. Gothein der Auffassung, wenn die Sozialisierung uns ein neues Beamtenheer zu dem bereits vorhandenen bringen sollte, eine neue umfassende Bürokratie, über das ganze Reich ausgedehnt, dann würde ich auf diese Sozialisierung verzichten.

Die Vergesellschaftung, die die Arbeiterwelt im Auge hat, ist etwas ganz anderes als die Bürokratisierung unseres ganzen Wirtschaftslebens (Sehr richtig!), und ich meine, darin werden wir zunächst einmal die Entwicklung an uns heran kommen lassen. Wir werden sehen, was aus den Sozialisierungsproblemen, die ja jetzt in lebhafter Erörterung stehen, herauskommen soll. Ich bin der Auffassung wie der Herr Abg. Dr. Gothein, daß die Steuergesetzgebung uns nicht allein helfen wird, aus dem Elend herauszukommen. Denn dieses bedenkliche Schöpfen aus den Quellen, insbesondere des wachsenden Kapitals hat bald ein Ende. Was uns aus den Finanznöten herausheilen kann, das ist nur die positive, die ehrliche, die feste Arbeit, die nicht nur wenige Tage andauert, die wieder auf Jahrzehnte hinaus den Geist des deutschen Volkes voll erfassen und beleben muß.

Der Herr Abg. Dr. Gothein hat sich dann den Finanzfragen im einzelnen zugewandt. Er hat Herrn Erzberger insofern vielleicht etwas in den Schatten stellen wollen, als er gesagt hat, Herr Erzberger habe nur das gemacht, was seine Vorgänger vorbereitet hatten. Da ist Herr Abg. Dr. Gothein aber in einem großen Irrtum befangen. Ich glaube nicht, daß es so schnell gegangen wäre mit der Vorbereitung des Reichsnotopfers, wenn nicht ein Wechsel im Reichsfinanzministerium eingetreten wäre. Und wenn der Herr Abg. Dr. Gothein sich erkundigen will, welche Pläne die vergangenen Reichsfinanzminister gehabt haben, dann wird er hören, daß der Gedanke des Reichsnotopfers gar nicht so lebhaft dort empfunden worden ist.

Ich verstehe deshalb nicht, daß gerade in den Kreisen der Demokratie jetzt eine so lebhaftige Opposition teilweise gegen den Gedanken des Reichsnotopfers gepflegt wird (Lebhafter Widerspruch bei den Demokraten und Zurufe: Wo?). Lesen Sie nur einmal Ihre eigenen Zeitungen! (Abg. Straub: Die „Radolfzeller Zeitung“! — Große Geisterkeit — Abg. Straub: Und das hiesige „Tagblatt“!). Die demokratische Fraktion hat ja soeben durch den Mund ihres Sprechers, des Herrn Abg. Dr. Gothein, auf eine spätere Rückkehr zu Grundfragen, die wir jetzt haben, wieder abgezielt. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß wir mit dem Gedanken der späteren Rückkehr zur Selbstverwaltung und zur eigenen Steuerhoheit nicht operieren; das werden wir nicht mehr erleben! Bis wir den Friedensvertrag erfüllen können, wie er jetzt vor uns liegt, muß eine Arbeit von 30 und noch mehr Jahren an uns vorbeigehen, bis wir zu dieser „Rückkehr“ auch nur in Gedanken kommen können. Es ist meine Hoffnung und meine Überzeugung, daß der Tag der Befreiung aus diesen Klauen des imperialistischen Kapitalismus für uns einmal kommen wird. Allerdings habe ich die Überzeugung und spreche sie offen aus, daß ich mir nur die Befreiung denken kann, aus einer Kulturbewegung, die aus der Arbeiterwelt aller Länder hervorgehen wird, nur die kann uns in absehbarer Zeit die Befreiung aus dieser entsetzlichen Gewalt des Imperialismus und des imperialistischen Kapitalismus bringen (Lebhaftige Zustimmung).

Der Herr Abg. Dr. Gothein hat mich mißverstanden, wenn er gemeint hat, ich wolle es etwa so weit bringen, daß auch eine gemeindliche Verschiedenheit in der steuerlichen Erfassung nicht mehr vorhanden ist. So habe ich das nicht aufgefaßt. Die Länderverschiedenheit der steuerlichen Leistung muß im wesentlichen aufgehoben werden, wobei ich dem Gedanken der Zusätze immer noch den nötigen Raum verleihe.

Der Herr Abg. Dr. Gothein hat sich dann der Vermögenssteuer zugewandt. Ich bin mit ihm der Auffassung und würde meine Hand niemals dazu bieten, daß bei einer Vermögenssteuer irgendwie die Entwicklung der Kunst gehemmt würde. Nein, ich meine, gerade wenn der Schand im Vermögen besteuert wird, der mit der Kunst gar nichts zu tun hat, kann man damit sogar der Kunst dienen. Wenn wir etwa dem Gedanken der Kommunalisierung oder der

Sozialisierung der Kinos näher treten können, ich glaube, damit könnten wir der Kunst nur dienen (Zustimmung rechts und beim Zentrum), der hohen, der edlen Kunst, die in den nächsten Jahren belebend und segenspendend durch unser deutsches Land gehen muß. Also da bin ich mit dem Herrn Abg. Dr. Gothein durchaus derselben Auffassung.

Es liegen bereits Nachrichten vor über die in Weimar unter dem Vorsitz des Herrn Reichsfinanzministers Erzberger zusammengetretene Konferenz, wo die Universitätsprofessoren Deutschlands beteiligt gewesen sind. Ich mache Sie besonders darauf aufmerksam, daß der Gedanke, bereits im Spätjahr eine Reichssteuerverwaltung einzuführen, lebendig geworden ist. Es heißt da in einem Zeitungsbericht: „Die Reichsfinanzämter sollen bereits am 1. Oktober 1919 in Tätigkeit treten. Aufgabe der Hochschulen soll es sein, so schnell wie möglich das vorhandene Beamtenmaterial entsprechend fortzubilden, die neuen Beamtenanwärter in besonderen Kursen zu erziehen und auszubilden.“ Sie sehen, wie der Universität hier eine gewaltige Aufgabe in verhältnismäßig kurzer Zeit zugewiesen wird. Und nun, beachten Sie die Ausführungen auf dieser Konferenz, was alles gepflegt werden soll. Es heißt da: „Dabei wird Wert auf besondere Kenntnis der Finanzwissenschaft, des Finanzrechtes, der Steuerpsychologie und der Steuermoral sowie der Volkswirtschaft gelegt werden.“ Sie sehen, auch hier wieder das Ethos, die Forderung der Steuermoral. Wir werden also auch von der Seite der Universität Unterstützung brauchen, wir werden Leute brauchen, die auch steuerlich „die sündige Seele aususchellen“ haben.“

Ich schließe mit einer Mitteilung, die aus dem Friedensvertrage geschöpft werden kann, die aber noch einmal ins Land hinausgehen soll. Wir müssen daran denken, daß wir bis zum 1. Mai 1921, also innerhalb von 2 Jahren, 20 Milliarden Goldmark der Entente zu zahlen haben. Und diese 20 Milliarden Goldmark bedeuten, wenn wir nicht durch Arbeit, durch kluge Finanzpolitik unser Steuerwesen und damit unser Geldwesen in den nächsten zwei Jahren verbessern können, eine Leistung des deutschen Volkes nach heutiger Valuta von 66 Milliarden.

Wir brechen zusammen, wenn wir nicht innerhalb 2 Jahren unser Geldwesen auf neue feste Grundlagen stellen können. Es wäre mir sehr angenehm, und ich glaube auch dem verehrten Herrn Vorredner, wenn es uns möglich wäre, in verhältnismäßig kurzer Zeit durch solide ehrliche Arbeit nach dem Ausland die Zahlungsmittel schaffen. Wir wären gerettet, wenn unser Wirtschaftsleben nicht dauernd von diesem Fieberwahnsinn des Streiks erschüttert würde. Wenn es uns nicht gelingt, hier Besserung herbeizuführen, können wir diese unerhörte Leistung von 20 Milliarden Goldmark nicht leisten. Denn 66 Milliarden nach heutigem Geldwert können wir überhaupt in 2 Jahren niemals leisten.

Sie sehen, wie notwendig es ist, daß wir Aufklärung in unser Volk hineintragen und daß wir unseren Staat schützen und stärken und ihm die Macht verleihen, die es ihm letzten Endes allein ermöglichen wird, diese nächsten 2 Jahre des Schreckens überwinden zu können. Wenn das gelingen könnte, daß wir aus dem Rentnerwesen möglichst schnell herauskommen könnten, so soll es niemand mehr freuen als mich, der ich zur Zeit dieses Amt des Finanzministers verwalte. Ja, wir könnten daran denken, vielleicht auch einen Teil der Kriegsanleihen durch Ausgabe von Noten herauszunehmen. Das wäre später möglich. Aber in nächster Zeit eine neue Inflation unserer Zahlungsmittel herbeizuführen, das wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Sie sehen, daß wir auch in diesen Fragen in weiten Strecken nebeneinander hergehen können, und die Ausführungen, die der Herr Abg. M a r u m vorhin gemacht hat, haben mich in der Auffassung nicht erschüttert, die ich gestern hier zum Vortrage gebracht habe. Ich bin der Meinung, daß auch für uns in Baden die Erhaltung einer gewissen Selbstständigkeit eine politische Notwendigkeit ist. Ich möchte in den nächsten 2 Jahren nicht vor unser Volk treten und bekennen: Wir haben ohne äußerste Notwendigkeit das Opfer unserer Finanzhoheit gebracht. In der Verwaltung wollen wir noch eine möglichst lange Zeit hinaus Herr in unserem eigenen Hause bleiben (Beifall im Zentrum).

Abg. M a y e r - Karlsruhe (D.-Natl. Sp.):

Ich habe nicht die Absicht, mich mit dem Herrn Kollegen R ö h l e r auseinander zu setzen, bezüglich dessen ich überhaupt den Eindruck habe, daß er wenigstens im großen Teil an seiner

Rede die Zuhörerchaft verwechselt und geglaubt hat, er sei vor einer Volksversammlung und nicht im Landtag. Ganz klar ist es mir übrigens bei ihm nicht geworden, was er will, ob Dezentralisation oder Zentralisation. Das hat so hinüber und herüber geschwankt, daß ich wenigstens zu keinem Schluß kommen konnte.

Ebensowenig beabsichtige ich, mich gegen Herrn Erzberger zu ereifern, wie sich der Herr Abg. R ö h l e r für ihn ereifert hat. Das Urteil über den derzeitigen Reichsfinanzminister wird eines Tages auch an die Öffentlichkeit treten. Aber das Geschickliche von dem Agrarier, der sich in die dritte Wählerklasse eintragen ließ, wohl aber einen Extrazug für seine Hochzeitsgäste übrig hatte, möchte ich doch kurz richtig stellen. Es ist zwar gedruckt, aber ebenso ist die sofortige Widerlegung dieses durchaus erfundenen Geschicklichen gedruckt, und ich bin der Überzeugung, es wird in diesen Räumen nicht mehr verwendet werden, nachdem ich diese Feststellung gemacht habe.

Der Gesehntwurf, der uns hier beschäftigt, ist geboren aus dem wirtschaftlichen Elend, in dem wir uns befinden. Unendliche Verpflichtungen, unendlich im schlimmsten und bestimmtesten Sinne des Wortes und riesengroße, täglich noch wachsende Ausgaben auf der einen Seite und auf der anderen Schulden und nicht einmal lauter hypothetisch gesicherte, das ist die Lage, in der wir uns befinden. Und nun sucht man dem Anschwellen der Schuldenlawine wenigstens einigermaßen durch diesen Gesehntwurf Einhalt zu gebieten.

Auch wir, meine Gruppe steht dem Gesehntwurf nicht ohne Bedenken gegenüber. Bedenklich erscheint uns das scharfe Anziehen der Steuerschraube. Es ist vielleicht weniger die Gefahr, daß das Kapital verschneit werde, — dem könnte man wohl begegnen — als die größere, daß das Kapital gefesselt und daß es unkräftig wird, seiner großen wirtschaftlichen Aufgabe zu genügen. Aber darüber muß dann doch die Erwägung weghelfen, daß einem Manne, der, sagen wir einmal, 20 000 M. Einkommen hat, eine große Abgabe leichter zu tragen fällt, als einem anderen mit dem fünften Teil des Einkommens auch nur den 10. oder 20. Teil dieser Abgabe.

Bedenklich macht uns allerdings auch ferner der Mehrertrag, der aus dem Zuschlag herauskommen soll und der über die Anforderungen des Herrn Finanzministers hinausgeht. Aber dazu hat gestern der Herr Finanzminister, wie wir glauben, das Nötige und Durchschlagende schon gesagt. Wir brauchen für die nächste Zeit, bis die Verhältnisse zur Ruhe gekommen sind, ein Betriebskapital.

Das Hauptbedenken übrigens, das der Herr Finanzminister gegen das große Erträgnis gehabt hat, war ja der Zugriff, den das Reich sich etwa herausnehmen könnte, daß es uns verhindert, diese Steuern überhaupt zu erheben, weil sie der von ihm beabsichtigten Steuererhebung vorgeife. Du lieber Gott, das Reich! Was kann denn heute das Reich überhaupt noch tun, wenn man ihm mit drohender Miene entgegentritt? Daran glaube ich nicht, und dieses Bedenken ist dadurch für uns hinfällig. Ich persönlich, ich unterstreiche das Wort „persönlich“, habe ein anderes Bedenken: Der Entwurf leidet an einer menschlichen Schwäche, in dem er auf einige untere Steuerstufen, die meines Erachtens wohl hätten mit zur Steuer herangezogen werden können, Rücksicht nimmt und sie ausläßt. Ich weiß wohl, was dagegen eingewendet wird. Zunächst sind es steuerrechtliche Bedenken, die dagegen sprechen, solche kleinen Beträge einzuziehen, weil sie den Verwaltungsaufwand nicht lohnen, und dann sind es wirtschaftliche Einwände, weil man sagt: Diese schwachen Kräfte muß man schonen, diesen schwachen Kräften fällt es schwer, auch nur ein paar Pfennige zu geben, und vorhin haben wir gehört, man soll sie nicht durch den Gerichtsvollzieher behelligen. Das wünsche ich auch nicht. Diesem Bedenken könnte man aber durch eine größere Abstufung Rechnung tragen, und was das steuerrechtliche betrifft, so meine ich, daß es zurücktreten muß hinter dem Gesichtspunkt, den ich doch noch einmal mit Nachdruck betonen möchte und den ich als den erzieherischen, den staatsbürgerlichen bezeichnen kann. Dieser staatsbürgerliche Gesichtspunkt scheint mir über alles wertvoll zu sein, daß nämlich immer mehr den Menschen eingeprägt werde, daß, wer Rechte im Staat hat, gegenüber dem Staat nun auch Pflichten habe und an diese Pflichten immer wieder erinnert werde. Die Pflicht, die wir im Staate und gegenüber dem Staate haben, wird nicht dadurch erfüllt, daß man seine Arbeit tut. Denn, wie man von Naturrechten zu reden pflegt, so kann man wohl auch von Naturpflichten reden, und die Arbeit, die wir tun, ist eine Naturpflicht; die hat jeder Einzelne ohne weiteres, abgesehen von der Umgebung, den Verhältnissen, in denen er sich befindet.

zu erfüllen. Die Staatspflicht wird erfüllt erst durch ganz besondere Leistungen, und zu diesen besonderen Leistungen gehört in erster Linie allerdings auch das Steuern.

Dieser Bedenken ungeachtet, wird man dem Entwurf, wie ich glaube, die Zustimmung nicht versagen dürfen, nachdem andere Wege nicht gefunden oder nicht für gangbar erkannt worden sind. Ich glaube, man kann dem Entwurf die Zustimmung umsoweniger entziehen, als das Steueraufbringen ja zur Deckung solcher laufenden Ausgaben dienen soll, die zu einem großen Teil schon gemacht sind. Die Vorlage hat den Verdacht erweckt, daß die Abgabe keine einmalige sein, sondern daß sie innerhalb gewisser Zeiträume ein- oder zwei- oder viermal wiederholt werden. Man ist diesem Verdacht begegnet, indem man in dem Betreff ausdrücklich betont hat, daß es sich um einen außerordentlichen Zuschlag für dieses Steuerjahr 1919 handle. Aber der Verdacht ist ja allerdings nur zu begründet, darum weil jeder Einsichtige sich sagt, daß das Finanzelend, in dem wir uns befinden, zu groß ist, als daß ihm durch eine einmalige Steuervorlage und gerade noch durch eine Vorlage betreffs direkter Steuern abgeholfen werden könnte. Wir werden die indirekten Steuern garnicht entbehren können und, was muß ebenfalls mit einem bevorzogenen Nachdruck betont werden gegenüber allerlei täuschenden Meinungen, die in die Welt gesetzt werden und der näheren Prüfung nicht im geringsten standhalten können: wir werden dahin kommen, daß alles und jedes, ja, alles und jedes, das dem Verbrauch dient, zur indirekten Steuer wird herangezogen werden müssen, sofern es nur irgend einen Ertrag verspricht, der sich lohnt, ihn einzuziehen. Diese indirekten Steuern werden vielleicht eine andere Form annehmen, als bisher die indirekten Steuern gestaltet waren. Es ist möglich, daß der schlechte Stand unserer Valuta den oder jenen Schutzoll, aus dem schließlich doch auch ein Ertrag herausgekommen ist, der dem Staate willkommen war und den man eingestellt hat in die Rechnung des Staates, überflüssig macht. Es werden statt dessen die Monopole, ein Monopol ums andere kommen. Jedenfalls werden wir die indirekten Steuern in Zukunft in Hülle und Fülle haben. Diese indirekten Steuern gehören natürlich dem Reich, und das Reich wird nicht genug an indirekten Steuern und Einnahmen aus derselben bekommen können. Es wird unerlässlich sein. Da möchte ich auf einen Gegenstand hinweisen, auf dessen Belastung wir in der Zukunft und, wie ich glaube, nicht nur in einer nächsten, sondern in einer sehr weitgehenden Zukunft werden garnicht verzichten können. Das ist, wenn ich so sagen soll, die indirekte Besteuerung der Arbeit selber, ich meine, der Arbeitskraft. Wir haben den Achtstundentag, und ich für mein Teil gönne jedem meiner Volksgenossen, daß er täglich Zeit übrig behält, in der er sich mit sich selber, mit seinen eigenen Angelegenheiten, vor allem auch mit der Bildung seines Geistes und Gemüts, mit seiner Familie, mit Weib und Kindern beschäftigen kann. Das gönne ich jedem von Herzen. Aber wir werden für die nächste Zeit auch in den Arbeiter- und Beamtenkreisen mit dem Achtstundentag nicht durchkommen, sondern wir werden eine Auflage machen müssen, von einer oder vielleicht zwei Stunden, weil wir eben mehr arbeiten müssen (Zurufe von den Sozialdemokraten). Ebenso werden wir auch wieder zu der Akkordarbeit zurückkommen und die Akkordarbeit für eine ganz notwendige und für eine gestattete Einrichtung erklären müssen, damit wieder der Fleiß angeregt und das Geschick zur Arbeit, die Freude an der Arbeit, die Lust zur Arbeit und der Sinn, etwas zu erwerben und zu verdienen, herausgelockt werde (Sehr richtig! rechts). Es ist besser, wir sagen uns das selber, als daß eines Tages unsere Feinde, Gegner und Herren kommen und uns das befehlen (Sehr wahr! rechts).

Was die Sparfameit der Verwaltung betrifft, so wird von dieser immer wieder geredet, und es ist auch gefast und heute davon geredet worden, und immer, wenn diese Lösung erklingt, man müsse in der Verwaltung sparen, man müsse weniger Beamtenstellen machen, dann kann man in den Angelegenheiten der Kündigen, das bekannte Augurenlächeln beobachten, denn sie wissen ganz genau, daß dabei nichts oder das Gegenteil herauskommt. Das ist auch schon Rede im Volksmunde geworden, so oft von der Ersparnis im Verwaltungswesen gesprochen werde, so sei die Folge, daß es nachher so oder soviel Beamte mehr gibt. Und wie vorher schon bemerkt worden ist, was ich aber ausdrücklich noch einmal hervorheben möchte: vor allem der sozialistische ja, sagen wir es recht deutlich: der sozialdemokratische Staat bietet gar keine Aussicht auf die Verminderung des Beamtenwesens, sondern er malt uns einen Staat mit einer recht großen Bürokratie, namentlich mit einer recht großen Kontrollbürokratie vor die Augen (Leb-

hafter Widerspruch links). Wir haben ja ein Vorispiel dafür in den Zwangswirtschaften. Sehen Sie doch einmal die Zwangswirtschaft, die Kriegswirtschaft an, wie wir da ungezählte Beamte, einen ungeheuer großen, schwerfälligen und kostspieligen Beamtenkörper haben (Zurufe von den Sozialdemokraten), durch den nicht von Jahr zu Jahr, nicht von Monat zu Monat, sondern berehrter Herr Kollege Stodinger, von Tag zu Tag Millionen und Abermillionen ausgegeben, sagen wir es ruhig: verpulvert, vergeudet und verschleudert werden (Sehr richtig! rechts — Widerspruch der Sozialdemokraten). Sie haben mir nicht deutlich zugehört, berehrter Herr Kollege. Ich habe gesagt: wir haben da ein Vorispiel des sozialdemokratischen Staates. Das ist ohne weiteres richtig (Zurufe von den Sozialdemokraten). Ohne daß Sie es gewollt haben, — das will ich zugeben — ist hier ein Vorispiel gekommen, das sehr lehrreich ist (Abg. Stodinger: Dafür sind wir doch nicht verantwortlich!) Von der Verantwortung habe ich jetzt garnicht geredet. Wenn Sie mir widersprechen wollen, so machen Sie doch wenigstens Ihre Ohren auf (Unruhe bei den Sozialdemokraten).

Dieser Tage ist durch die Zeitungen eine Notiz über eine dieser Kriegszwangsgesellschaften gegangen, ich glaube, es war die für Ole, Fette und dergl. Sie hat über 1000, ich weiß nicht mehr genau, wieviele Kontrolleure, die Gehälter über 10 000 M. jeder Einzelne haben. Stellen wir uns vor, was da, ich wiederhole noch einmal: nicht im Jahre, nicht monatweise, nicht wochenweise, sondern was da Tag für Tag an Vermögen, an Geld, an Werten zur Unlust der Bevölkerung ausgegeben, verpulvert wird! (Sehr richtig! rechts). Überhaupt mache man einmal ein gründliches Ende mit dieser und mit jeglicher Zwangswirtschaft. Warum liegt denn auf unserem öffentlichen Leben, auf unserm Erwerbs- und Wirtschaftsleben eine solche Unlust, ein solches Mißvergnügen wie ein giftiger Mehltau? Warum ist auch die Ungerechtigkeit so groß, das Schiebentum, der Wuchergeist, die Kapitalflucht ins Ausland? Es ist garnicht schwer, zu zeigen, wie das alles mit dieser Zwangswirtschaft zusammenhängt (Sehr richtig! rechts). Je mehr Gesetze man macht, das liegt nun einmal in der Art des Menschen, umso mehr Hintertürchen werden gemacht. Die Menschen müßten keine Menschen sein, wenn sie das nicht täten. Und bekanntlich tadelt man das Öffnen des Hintertürchens immer nur, wenn der Andere es benutzt. Aberhaupt aber will es mir scheinen, daß mit Steuergesetzen jetzt für eine großzügige Finanzpolitik, sei es im Reich, sei es im Bundesstaat, noch garnicht die Zeit ist. Wenn ich den Herrn Minister heute, aber auch gestern recht verstanden habe, so hat er mit dem Hinweis, daß wir noch einige Jahre warten müssen, bis wir die Verhältnisse recht überschauen, das eigentlich auch andeuten wollen. Und warum? weil man, um einen klaren Finanzplan aufstellen zu können, doch jedenfalls das eine wissen muß, wie groß die Ausgaben sind, die man decken muß. An dem Punkt aber bewegen wir uns noch in vollständiger Unklarheit, weil wir ja noch gar nicht wissen, wie weit unsere Gegner gegen uns die Expansionschraube zudrehen werden, und davon wird es ja mehr oder weniger abhängen, inwieweit wir die Steuerchraube gebrauchen müssen. Ja, die Lage ist noch eine viel schlimmere, denn, wenn wir irgendwie glauben, eine Bewegungsfreiheit zu haben, eine Leistungsmöglichkeit zu finden, gerade dann laufen wir Gefahr, von Seiten unserer Gegner wieder eingeschnürt zu werden. Viel wichtiger darum als irgendwelches finanzielle ist jetzt das politische Unternehmen, nämlich daß wir unseren Gegnern das erforderliche „Schach“ bieten und sehen, wie wir die drohende Gefahr eindämmen. Ein „Schach“ dem „Gegner“ muß es auf politischem Gebiet heißen!

Man redet so viel davon, daß wir die Verträge loyal erfüllen müssen, als ob es erzwungenen Verträgen gegenüber irgend eine Loyalität geben könnte, suchen wir vielmehr uns klar zu werden über die Grenzen, die jeder Macht gezogen sind, jeder irdischen und menschlichen Kraft, die Grenzen, wo es heißt: Bis hierher und nicht weiter! Ich glaube nicht an die menschliche Gerechtigkeit, auch nicht an die des Völkerbunds, auch nicht an die der internationalen Sozialdemokratie, an die, wie ich zu meinem Bedauern vorher gehört habe, der Herr Finanzminister offenbar zu glauben scheint; aber an die Grenze der Kraft, der menschlichen Kraft, an die glaube ich, und gerade an die Grenze der Kraft der Bosheit, der Rachgier und der Profitgier. Darauf sollten wir uns wohl besinnen. Das größte Aufbringen ist immer nicht das steuerliche, sondern das charakterliche, und jetzt besonders in der Lage, in der wir uns befinden, handelt es sich darum, daß wir den rechten Charakter aufbringen, jedenfalls nicht eines ohne das andere, sondern Steuer und Charakter.

Damit komme ich auf den Plan der Reichsfinanzverfassung, der neuerdings uns vorliegt von Weimar her. Der Herr Minister hat uns das Ziel der Entwicklung mit aller Deutlichkeit vorgeführt, sodaß ich darauf mich beziehen kann. Es handelt sich in der Tat darum, daß die Finanzgesetzgebung und die Finanzverwaltung vollständig in die Hand des Reiches übergeht, nicht nur das eine oder das andere, sondern beides miteinander, Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete der Finanzen, und es wird das die Folge haben, daß die Bundesstaaten und daß die einzelnen Gemeinden bis herunter zum kleinsten Dörflein, wie richtig gesagt worden ist, kontingentiert und rationiert werden und wir auf dem Gebiete eine Reichs-Zwangs- und Hungerwirtschaft haben werden. Wo bei dieser Finanzwirtschaft — das möchte ich wenigstens nebenbei einwerfen — die Kirchen bleiben, die auch große und mit Staat und Volk aufs Engste in Fühlung stehende Organismen sind, steht vollständig dahin. Das nur nebenbei. Die Ausführung dieser Reichsfinanzverfassung würde die Folge haben, daß die kleinen und kleinsten Kraftzentren, an denen wir bisher in Deutschland und auch bei uns in Baden so reich waren, nämlich in den Staaten und in den Gemeinden, daß diese kleinen und kleinsten und so wertvollen Kraftzentren vollständig zerstört würden.

Auf die materiellen Folgen dieser Reichsfinanzverfassung, die uns droht, wollen wir hier nicht eingehen: darauf ist im Verlauf der Verhandlungen schon hingewiesen worden. Im übrigen kann sich das jedermann selber sagen, was das für einen Zustand gibt, wenn jede Gemeinde, Dörfer wie Städte, und jeder Bundesstaat im Hinblick auf die großen kulturellen Aufgaben fortwährend an der Hungerrippe gehalten wird. Ich stelle diese materiellen Folgen vollständig zurück. Wir sind ein armes, elendes Volk geworden und werden, je mehr wir in den Jahren vorwärts gehen, umso mehr sparen müssen. Wir werden das schon noch lernen. Aber umso nachdrücklicher möchte ich betonen die Folgen, die eine solche Reichsfinanzverfassung hätte auf dem Gebiete des Gemüts- und des Gefühlslebens. Wir wären bis in den kleinsten Teil unseres Volkes, bis in das entlegenste Dörflein unbefriedigt, mißtrauisch, unselbständig, und das Reich läme uns vor, als Exekutor und Gerichtsvollzieher, und wenn man schon früher von Reichsverdroffenheit geredet hat, so würde man künftig bei einer solchen Finanzverfassung, erst recht von einer Reichsverdroffenheit zu reden Veranlassung haben und bald würde alle Welt davon voll sein.

Überschätzen wir doch den Wert der Organisation nicht! Begehen wir nicht den Fehler, daß wir irgend etwas, das außerhalb und anderswo vorhanden ist, nur auf unser Wesen ohne weiteres anwenden, mit anderen Worten, daß wir etwas, das außerhalb von uns lebend sein mag, zur Schablone machen, und unser eigenes Leben dahineinpressen. Aber noch eines möchte ich hier nicht ungesagt sein lassen. Dieser Verfassungsplan ist zu einem guten Teil — das weiß jeder, der seine Entstehung und Propagierung verfolgt hat — diktiert von einer Abneigung gegen Preußen. Auch ich glaube, daß die Veranlagungsweise, die wir in Baden, auch in Württemberg, in Bayern und Hessen haben, wesentlich besser ist als die Veranlagungsweise, wie sie in einem großen Teile des preussischen Staates heutzutage noch besteht, und es ist wohl nur gerecht, zu fordern, daß in ganz Deutschland die Steuerveranlagung nach denselben Grundsätzen und Gesichtspunkten, in derselben Weise vorgenommen werde. Aber, hüten wir uns doch vor der Übertreibung. Man hat davon geredet, daß die badischen Beamten meinetwegen mit Hinzunahme der württembergischen, bayerischen und hessischen Beamten die Veranlagung in Preußen durchzuführen sollen. Dieser Vorschlag übersteigt, glaube ich, daß Preußen um etwas größer ist als Baden, auch als Baden und Württemberg usw. miteinander, und wenn wir unsere sämtlichen badischen und anderen Steuerbeamten loslassen würden auf Preußen und bei uns die Steuerveranlagung dem guten Willen der Betreffenden anheim geben, so würden wir mit der Steuerveranlagung in Preußen doch nicht fertig werden. Das läßt sich auf diese Weise nicht machen, und es ist nicht einzusehen, wie badische und württembergische Beamte, die auf einmal nach Preußen versetzt werden, in ihnen vollkommen unbekannte Verhältnisse, fertig werden sollen mit der Steuerveranlagung, wo jeder Fachmann weiß, daß der Steuerkommissar gerade so viel erreicht, als er eben die Verhältnisse in seinem Bezirk oder die Bevölkerung desselben kennt. Aber außerdem ist noch zu betonen, daß auch Preußen, wie jeder Sachkundige weiß, begabte und wissenschaftlich und praktisch sehr hochstehende Steuerveranlagungsbeamte hat. Ich darf hier erinnern an die Forderung, die der letzte preussische

Finanzminister — es ist derselbe Mann, der zur Zeit Führer meiner Fraktion in der Nationalversammlung in Weimar ist — aufgestellt hat. Das ist ja der Mangel, den wir mit Recht tadeln an der preussischen Steuerveranlagung, daß noch in einem Teil des Staates die Arbeit übertragen ist den politischen, das heißt den Verwaltungsbeamten, und daß nur in einem Teil des preussischen Staates die Steuerveranlagungskommission eine selbständige Behörde darstellt, wie das bei uns durchgeführt ist. Es ist aber gerade Erzellenz Hergt gewesen, der vor dem Umsturz nachdrücklich betont hat, daß man in Preußen auf dem Wege fortfahren wolle und werde, die Steuerveranlagung im ganzen Staate durchaus loszulösen von der Verwaltung und besondere Steuerbeamte einzusetzen. Ja er hat mit besonderem Nachdruck noch einen Gesichtspunkt hervorgehoben, bezüglich dessen man heute schon in Preußen uns voraus ist, nämlich daß man für die Steuerbeamten, die die Steuer zu veranlagern haben, ausgesprochen nur akademische, wissenschaftlich gebildete Beamte nimmt, weil man überzeugt ist, daß die dies Geschäft am besten und für den Staat am erfolgreichsten werden durchführen können, eine Überzeugung, der man auch in unserer Finanzverwaltung, soviel ich weiß, huldigt. Das Nächste, was man neben der gleichen Veranlagung zu fordern hätte, das wäre die genügende und ausgedehnte Kontrolle, die die Bundesstaaten gegenseitig untereinander üben, zu der auch jetzt schon ein Anfang da ist. Denn es ist Ihnen bekannt, daß wir Badener einen Kontrollbeamten in Magdeburg, in Köln, und wenn ich nicht irre, auch in Posen haben; ebenso hat Württemberg Kontrollbeamte in Preußen und umgekehrt. Jeder Mann weiß auch, worin die Kontrolltätigkeit besteht, und daß sie sich bisher sehr gut bewährt hat, allerdings, wie mir ein sachkundiger Mann gesagt hat, auf dem Hintergrund der Integrität unseres Beamtenstandes, dessen wir uns bisher erfreut haben, und von dem nur zu wünschen ist, daß sie unserem Beamtenstand auch künftighin erhalten bleibe.

Diese Dinge wären allerdings zu fordern, die gleichmäßige Veranlagung und die Durchführung einer genügenden Kontrolle. Die Reichsregierung hätte sich also nicht den Kopf zu zerbrechen über alle möglichen neuen Pläne, sondern sie hätte nur die durch den Umsturz abgerissenen Fäden wieder anzuknüpfen.

Es war ja zu befürchten, daß durch den Umsturz auch der kunstvolle Reichsbau des Fürsten Bismarck umgestürzt werde. Gatten doch seine Verwalter und seine Bewohner sich schon lange nicht mehr die erforderliche Mühe gegeben, diesen Bau zu erhalten und den Zeiterfordernissen gemäß auszugestalten. Nun liegen die Trümmer da, und man muß natürlich auf den Trümmern und aus den Trümmern neu aufbauen. Da liegt es nahe, das liegt in der Natur des menschlichen Wesens, daß der Mensch von der einen Art weggeht und hinübergreift zu der anderen Art und einmal den Versuch mit etwas neuem machen will. Mit anderen Worten, an Stelle des Föderalismus, den Fürst Bismarck als den Leitgedanken seines großartigen Reichsbauwerks gehabt hat, wird jetzt der Unitarismus gewählt. Aber wir sind der Meinung, daß damit ein Fehlschritt gemacht wird, wir sind der Meinung, daß das Deutsche Reich, wenn es auch in Zukunft Bestand haben soll, wie bisher auf föderativer Grundlage aufgebaut werden müßte, und daß dieser föderale Grundlage nur immer wieder genügend ausgebaut und den Zeiterfordernissen angepaßt werden sollte. Man sorge nur dafür, daß die Reibungsflächen beseitigt werden und die verschiedenen Räder richtig ineinander eingreifen.

Die Gefinnung muß es machen! Machen wir endlich einmal ein Ende mit dem unseligen und manchmal idiotenhaft anmutenden Partikularismus, der in Süddeutschland gegen Norddeutschland herrscht und wahrscheinlich auch in Norddeutschland gegen Süddeutschland, von dem ich dort allerdings weniger entdeckt habe, obgleich meine Bekanntschaft dort ziemlich groß ist. Pflegen wir das Vertrauen gegeneinander. Es ist doch ein seltsamer Widerspruch. Jetzt eben wird das größte unitarische Verfahren angeregt auf dem Gebiet der Finanzverwaltung, und es ist noch gar nicht lange her, daß wir auf dem Gebiet des Militärwesens, auf einem Gebiet, auf dem ein Staat gewiß einig sein muß, jedes Land und jeder Gau seine Selbständigkeit haben gewahrt sehen wollen. Wir reden immer davon, daß wir von Fesseln frei sein wollen, und jetzt wird uns zugemutet, daß eine sehr umfassende Reichsbürokratie wahrscheinlich der unangenehmsten Art geschaffen werde.

Dem Reich jeden Pfennig und alle Kraft, ganz gewiß. Aber man mache aus dem Reiche kein Holzgerüst oder keinen Kasten, in den man nun das deutsche Volk einsperrt, sondern man

lasse das Reich getragen und zusammengehalten sein, vor allem auch durch die sittlichen Kräfte, durch die Liebe zum Reich und durch die Einsicht, daß wir das Reich brauchen (Weisfall rechts).

Abg. Spengler (Zentr.):

Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend die Erhebung eines Steuerzuschlags soll etwa 140 Millionen erbringen. Es ist höchste Zeit, daß auf dem Wege der Ordnung der badischen Finanzen einmal Ernst gemacht wird. Bisher hatte man bei der Genehmigung der großen Ausgaben so das Empfinden, als sei man kein rechter Haushalter, als spiele man die Rolle eines Schuldenmachers, der, wenn er Privatperson wäre, mit dem Staatsanwalt zu schaffen bekommen könnte. Man hatte auch das Empfinden, wenn so weiter gewirtschaftet wird, sei man in der Rolle eines Heereslenkers, der wegen Unkenntnis der inneren Verhältnisse weiter wurfelt, bis er über Nacht seine Ohnmacht eingestehen muß. Der Herr Finanzminister hat seit längerer Zeit schon darauf hingewiesen, daß die Leistungsfähigkeit des Staates schon längst überschritten sei, daß wir auf Kosten der Vermögen wirtschaften, und daß wenn die Ansprüche so weiter gehen, diese Ansprüche den Staat aufessen werden. Es ist daher anzuerkennen, daß, wie vorhin schon gesagt, jetzt Ernst gemacht werden soll. Es bestand die Befürchtung, daß diese großen Ansprüche noch weiter hervortreten werden, und diese Befürchtung hat sich durch die Erklärungen vorhin auch bestätigt, und der Zustand wird auch weiterhin der Regierung und dem Landtag Sorgen bereiten.

Wie soll nun aber diesem Wahnzustand Halt geboten und entgegen gearbeitet werden? Ich meine, zunächst müßte Halt geboten werden dem Weitergehen der Forderungen, es müßte Halt geboten werden den ungeheuerlichen Ansprüchen an den Staat. Es müßte zweitens der Ruf ergehen an jedermann: Auf zur Arbeit! Es müßten drittens ein größerer Opferwille dem Staat gegenüber betätigt werden, um ihm zu geben, was er zu seiner Existenz notwendig hat. Wir alle wissen ja, während des Krieges ist das gesamte Wirtschaftsleben, wenn man so sagen darf, umgestülpt worden, alles reguläre Erwerben wurde umgestoßen, und ganz neue Bahnen haben sich geöffnet. Es wurde möglich, daß durch die Begleitererscheinungen des Krieges ungeheure Vermögen einzustreden waren, nicht verdient durch ehrliche Arbeit, sondern vielfach nur durch Zufälle, durch Telefongespräche, wie man sich überzeugt hat, und nach diesen müssen wir selbstverständlich greifen. Wir haben während des Krieges bei der Werbearbeit für unsere Kriegsanleihen unserem Volk oft sagen müssen, daß unser Nationalvermögen ein großes ist, daß wir gut stehen, und daß die vielen Millionen und Milliarden, die wir aufnehmen, ja nicht in das Ausland wandern, daß wir damit nicht geschwächt werden, sondern daß sie nur einen Kreislauf im Innern des Reiches vornehmen. Nun, wenn das jetzt zugetroffen hat, dann sind die vielen Milliarden im Lande vorhanden, dann müssen wir eben unser Augenmerk dahin wenden, wo sie liegen, und müssen diese Milliarden aufgreifen und für das Reich und seine Bedürfnisse verwerten. Es wurde vorhin schon von einem der Herren Medner darauf hingewiesen, daß gerade das Vorhandensein von zu viel Geld einen erheblichen Teil der Schuld an der großen Teuerung trägt. Aus eigener Anschauung kann ich sagen, daß man sein vieles Geld eben aufwenden will; man laßt, was zu haben ist, nur um Geld loszukriegen, um es auszugeben. Das sind Tatsachen, die nicht aus der Welt geschafft werden können. Also zu viel Geld ist vorhanden, und das muß ersaft werden.

Dabei soll, wie wiederholt schon ausgeführt, für Baden gesorgt werden. Wir sind alle für ein einiges, starkes Deutsches Reich, aber wir wünschen, daß nicht zugewartet wird, bis die ergiebigen Quellen ausgeschöpft sind. Wir wollen für unser engeres badisches Land zuerst sorgen. Gerade jetzt nach Unterzeichnung des Friedensvertrages wird es nicht anzunehmen sein, daß in fernerer Zeit das Volk sich große, unerträgliche Lasten durch Verkehrs- und Verbrauchssteuern aufbürden läßt. Nein, hier muß auf anderem Wege ernst gemacht werden!

Bisher hat festgestanden, daß die Regierungen einen gewissen Mangel an Energie gezeigt haben. Das hing mit der Lage der Verhältnisse zusammen. Denn, solange die Regierungen es den großen Schiebern und Wucherern noch ermöglichen, daß sie für Hunderttausende übernommenes Heeresgerät mit Reichskriegsanleihe zum Kurse von 100 bezahlen dürfen, während es andererseits nicht möglich war, dieselben Werte der Witwen und Waisen und Kinder und Dienstboten zu stützen und der Kurs einmal bis auf 72 herunterfallen konnte, so lange solche Erscheinungen hervortreten, kann ich

mich von einer wirksamen Energie der Regierungen nicht überzeugen.

Man hat schon viel von der Abwanderung des Kapitals ins Ausland gesprochen. Auch da mangelt es sehr an Energie. Am 6. Juni ist vom Wolffschen Bureau gemeldet worden, daß man Prämien bezahlen wolle, den Steuerbehörden und Zollbehörden, wenn sie dazu beitragen, daß das Kapital im Inland mehr festgehalten werde. Ich kann mich mit solchen Prämien nicht befreunden. Ich möchte ein Gesetz verlangen, daß derjenige, der es versucht oder unternimmt, das in Deutschland in der Not des Vaterlandes zusammengegescharrte Geld ins Ausland zu tragen und seine Lebensgefährten hier in der Not sitzen zu lassen, nicht durch Prämien von anderer Seite aus bekämpft werden soll, sondern als ein gemeiner Verbrecher gestempelt wird (Abg. Hertle: Sehr richtig!), daß ihm andere Begriffe von Ehrenhaftigkeit beigebracht werden sollten, und daß vor allen Dingen, wenn ein solcher Mensch erwischt wird, seine ganze Habe zu Gunsten des Reiches für verfallen erklärt werden müßte (Sehr richtig!).

Um kurz ein Beispiel anzuführen, wo der Mangel an Energie schon vor Jahren uns sehr zu Schaden brachte, darf ich nur mit einem Wort auf das Geschäftsgewaren hinweisen, das die Daimler-Werke s. B. eingeschlagen haben. Bekanntlich hat diese Gesellschaft 35 Proz. Dividende verteilt, nebenher noch einen Extrabonus von 1000 M. gegeben, und was bei den Millionengewinnen noch sonst in Form von Trinkgeldern in die Tasche der Aktionäre fließt, entzieht sich unserer Kenntnis. Diese Gesellschaft hat trotz der ungeheueren Gewinne an die Heeresverwaltung das Ansehen gestellt, ihr für ihre Erzeugnisse einen Preisausschlag zu bewilligen, und hat, nachdem die Heeresverwaltung dem nicht willfahren konnte, mit Streik gedroht, mit Einstellung der Nachschichten. Sie hat also in der größten Not des Vaterlandes einen Streik angekündigt, sie hat im Gegensatz zu den großen Leistungen des Heeres das Vaterland im Stich lassen wollen. Dort hätte man erwarten müssen, daß die Militärverwaltung ohne Besinnen von diesem Betriebe Besitz ergriffen hätte. Was aber hat man erlebt? Nur zögernd hat sie zugegriffen, nur zögernd ist verfahren worden, bis man schließlich Offiziere hingeschickt hat und militärische Leutnants und den Betrieb unter militärische Aufsicht gestellt hat. Die Sache ist ganz ruhig ausgelaufen, gewiß. Aber die Massen des Volkes hätten es gerne gesehen und hätten einen besseren Begriff von dem guten Willen zu Gunsten des Vaterlandes erhalten, wenn man bei so krassen Vorfällen etwas Energie zur rechten Zeit gezeigt hätte. Nach unserem Wehrgesetz war jeder wehrfähige Mann vom 17. bis 45. Jahre verpflichtet, bei Kriegsausbruch, wenn das Vaterland in Not gerät, seine ganze Kraft, sein ganzes Ich und sein Leben zu stellen und in die Schanzen zu werfen. Daraus möchte ich folgern, nach Vernunft und Gewissen, daß eigentlich jeder andere Reichsbürger die Pflicht hätte, auch seine ganze Arbeitskraft, sein ganzes Können, in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Was haben wir statt dessen erleben müssen? Daß nur ein Rennen und Jagen einsetzte, auf wucherische Weise Gewinne einzuheimen, statt Pflichten zu erfüllen. Woher hat eigentlich nur ein Teil des Volkes das moralische Recht, während der Not des Vaterlandes Gewinne einzuheimen, während der kommandierende General Hunderttausende zur Rettung des Vaterlandes in der Tod schiden muß? Woher hat der andere Teil das moralische Recht, diese Gelder einzusacken und dann schließlich noch über die Grenze zu bringen? Ich sage: Die Leistungen unserer Gelden draußen und die Leistungen aller braven, ehrlichen Vaterlandsfreunde im Innern, verglichen mit dem Tun und Treiben der geschilderten Gesellschaftskreise, ergibt eine so tiefe Kluft, daß sie mir unüberbrückbar erscheint!

Es hat aber wahrhaftig nicht an Warnungen gefehlt, die zur rechten Zeit ergangen waren. Schon im Jahre 1915 hat ein Abgeordneter in einem Parlament über die Kriegsgesellschaften den Ausdruck getan, daß sie Ausraubgesellschaften seien und sich auf Kosten des Volkes zum Schaden des Reichsganges die Taschen füllen. Am 16. März 1916 hat ein anderer Abgeordneter ausgerufen, daß die internationale Verfassung des Kapitals an dem Weltkrieg schuld sei und daß weite Kreise die Vorkommnisse in Serajewo als ein Geschenk begrüßt hätten. Am 26. November 1916 trat Herr Professor Abel aus dem Beirat des Kriegsernährungsamts aus und begründete seinen Austritt etwa damit, daß händlerische Gaunerei und agrarische Habsucht das Volk in unerträglicher Weise auspowern, bis es zu einer gewaltsamen Entladung zum Schaden des Reichsganges kommen werde, weil die Erbitterung sich so weit steigern müßte. Am 13. Juni v. J. hat hier in diesem Hause in der 59. Sitzung der Herr Abg. Spang bei Schild-

zung der Tätigkeit der Kriegslebergesellschaften den Ausdruck getan, daß unsere ganze Kriegswirtschaft in Berlin nichts anderes sei als ein organisierter Schwindel und Wucher unter dem Schutze der höchsten Kreise (lebhaft Zustimmung). In derselben Sitzung hat der Abg. Stockinger eben solche Verhältnisse vorgetragen und Zustände geschildert, die ehrlichen Menschen nur ein Kopfschütteln abringen konnten. Er zitierte dort Auslassungen der „Adlischen Zeitung“, die sehr zu bedenken gewesen wären. Man durfte natürlich in jener Zeit nichts sagen!

Man spricht jetzt viel vom Abbau der Preise, von Aufhebung der Zwangswirtschaft. Von einer totalen Aufhebung kann zur Zeit nach Kenntnis der Verhältnisse nicht gesprochen werden. Aber ein Stillstand muß geboten werden, ein Stillstand der Preisbewegung nach aufwärts muß gefordert werden. Jeder Versuch zur Erhöhung der Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände muß unterdrückt werden. Jede Mehrforderung für Arbeit, sei es geistige oder körperliche, muß auch zurückgewiesen werden. Es muß Halt geboten werden in der Bewegung nach aufwärts. Zuerst muß die endlose Schraube einmal stillgelegt werden; dann erst können wir an einen Abbau, an ein Zurückgehen herantreten.

Wir werden zu einem offenen Kampf gegen den inneren Feind gedrängt, gegen den Wucher, gegen die Ausbeuter, aber auch zum Kampf gegen die Verweigerer der Arbeit. Es wurde von Regierungseite bei Behandlung dieser Frage schon der Ausdruck gemacht, man müsse Geduld und Demut üben. Nun ja, das ist ganz richtig, aber wer in dieser fürchterlichen Zeit es noch wagt, seine Mitmenschen, seine Leidensgefährten auszuwuchern, der gehörte ebenso, wie derjenige, der zur Arbeitsverweigerung auffordert, gebrandmarkt in der Weise, wie ich es vorhin geschildert habe; die strengsten Maßnahmen gehören dagegen ergriffen. Unsere verzweifelte Lage verlangt mit eiserner Strenge, mit unbeugbarer Wucht den ehrlichen Willen zur Mitarbeit. Jeder auf seinem Posten, jeder in dem Rahmen, in den das Geschick ihn gestellt hat! Pflichterfüllung kann in Zukunft nicht mit Wimmern erbetelt werden, Pflichterfüllung muß gefordert werden. Alle müssen erkennen, daß eine neue Zeit auch neue Grundsätze erfordert. Es hat aufgehört, wie wir uns sagen lassen müssen, daß der Arbeiter fernerhin sich als Lohnslave wird verwenden lassen. Er wird Anspruch erheben auf einen gerechten Teil des Erfolges der Arbeit, des Aufschwungs der Industrie und des Erfolges alles Weltbewegens, um auch im Rahmen des Möglichen seinen Verhältnissen entsprechend ein auskömmliches Dasein fristen zu können. Es hat aber auch aufgehört, möchte ich sagen, daß der Landwirt, der kleine Bauer besonders, sich fernerhin plagt und schindet über Maschinen, ich möchte fast sagen, schindet wie ein Vieh, um dann seine Erzeugnisse billig auf den Markt zu werfen, um es weiten Kreisen zu ermöglichen, ein Schmelgerleben zu führen und sich auf Kosten des Schweißes der Arbeitenden zu mästen. Ich kann hier an dieser Stelle sagen nach eigenen Wahrnehmungen, daß man in diesen Kreisen den Willen hat, das weiterhin nicht zu tun, daß man nicht zusehen will, den Zuständen, dem Schmelgerleben in den Wabestädten und in den Bügen, in denen man zur Zeit berkehrt — es wurde schon von der Regierungsbank aus darauf hingewiesen, wenn die bodenlosen Koffer aufgemacht werden, die strotzen von teuersten Lebensmitteln, da sieht das arbeitende Volk nicht mehr ruhig zu, es erhebt Anspruch auf entsprechende Entlohnung seiner Leistung. Wenn Demokratie und Erfolg der Revolution einen Sinn haben sollen, dann gilt zuerst als oberster Grundsatz die Pflicht eines jeden zur Arbeit.

Ich kann hier aussprechen, daß zurzeit schon in entfernten Teilen des Landes viele Leute mit kostbaren Automobilen herumfahren, sogenannte Kriegsgewinnler, Leute im jugendlichen Alter, denen es eben ermöglicht war, große Summen einzuheimsen; welcher Art, ist mir nicht bekannt, nur weiß man genau, daß es nicht auf dem Wege ehrlicher Arbeit geschehen kann, das liegt außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Diese Leute pflanzen keinen guten Sinn im Volke draußen. Ich muß offen sagen, es erregt Argernis, wenn andere im Schweiß ihres Angesichts arbeiten sollen und müssen, was wir verlangen, und diese betätigen nur den einen Willen, ihr unbegrenztes Geld mit Schaufeln hinauszumwerfen und das Kostbarste, was nur immer zu haben ist, aufzukaufen. Solche finden Sie in den entferntesten Bezirken des Landes, das sind ungünstige Erscheinungen (Zurufe). Nicht nur Schieber, die geschäftlich die Sache ausbeuten, sondern solche, die für ihr eigenes Geld nur ein schönes Leben führen.

Es darf noch mit einem Wort zur Charakterisierung unseres Volkswesens auf das Vorhandensein eines Simulanten-

tu m s hingewiesen werden. Es wurde noch vor kurzem darauf abgehoben. Ich muß sagen aus eigener Kenntnis und eigenem Erleben, daß unsere so viel gepriesenen sozialen Gesetze, die doch offenbar finanziell segensbringend gewirkt haben, auf der anderen Seite aber ein Simulantum gezüchtet haben, welches mir ganz bedenklich erscheint. Die Geltendmachung der Ansprüche all der Berechtigten an diesen Versicherungen, der Grund oder der Willen zur Erreichung einer Rente wird größtenteils begründet unter Abweichungen von wirklicher Wahrscheinlichkeit. Es werden, was ich aus eigenem Erleben sagen kann, viele unwahre Behauptungen gemacht und Protokolle abgegeben, nur um das hier Gebotene aus diesen Versicherungen herauszuschlagen. Dadurch wird die alte so hoch gewertete Wahrscheinlichkeit beeinträchtigt und es greift eine gewisse Verderbtheit in dem Rechtsempfinden um sich. Das Bestreben, nur herauszuholen zu wollen, dehnt sich dann so weit aus, daß auch vor weiteren Zugriffen nicht mehr zurückgeschreckt wird und daß die Grenze zwischen mein und dein, zwischen dem Eigentum bedenklich verwischt wird. Also ein Simulantum, das schon bedenkliche Folgen gezeitigt hat, hat unser Volk erfasst, und diesem entgegenzuwirken wird auch eine Aufgabe der berufenen Personen in Zukunft sein.

Dieses Zusammenwirken vieler verderblicher Erscheinungen brachte eben ein Abflauen des guten Willens, eine Demoralisierung, und draußen im Kriege wirkte das viele dort gesehene Unrecht auf die Stimmung niederdrückend. Der einfachste Mann, der einfachste Landstürmer wollte letzten Endes auch noch ein bißchen Gelegenheit haben, an den Beutezügen, an den Möglichkeiten sich zu bereichern, teilzunehmen und an den Waren, die nicht nur postpaket- und listenweise heimgeschickt wurden, sondern die waggonweise ins Land fuhren. Dadurch entstand eine allgemeine Unzufriedenheit. Die Stimmung flaute ab, und wir mußten Zustände erleben, wie wir sie vor Augen sehen. Als 1918 Herr Staatssekretär Kühmann meinte, der Krieg könnte mit Waffen nicht beendet werden, da war es mir schon lange klar, daß wir seit Eintritt Amerikas in den Weltkrieg für unerreichbare Ziele bluten mußten. Meine Wahrnehmungen aus eigenem Erleben bezeugten mir diese Meinung.

Ich kann Ihnen sagen: Die Ursachen und die Folgen der Zustände, die wir jetzt mit unserm Geldbeutel ausgleichen müssen, hängen auch mit den Steuerverpflichtungen zusammen. Ich kann Ihnen sagen, daß die Äußerungen der Urlaubler schon längere Monate vor unserm Zusammenbruch nicht sehr hoffnungsvoll waren, daß man nur Ungünstiges gehört hat und daß man nach Aussagen verschiedener Ortsbehörden und wie ich aus eigenem Erleben weiß, bedenkliche Zustände mit ansehen mußte, daß in der letzten Zeit, als der Krieg noch tobte, die Depeschen nur so auf die Tische geflogen sind, in denen nach Urlaubern gefragt wurde, die nicht rechtzeitig zum Truppenteil zurückgekehrt seien. Das war für uns ein bedenkliches Zeichen der Lockerung der Disziplin. Daraus mußte das entsehen, was wir erlebt haben. Ich werde Sie nicht langweilen (Zurufe). Es wird nichts schaden, wenn Sie die Wahrnehmungen und Meinungen eines einfachen Mannes vom Lande entgegennehmen. Es kann Ihnen keinen Schaden bringen. Ich habe vor einem Jahr auf dem Bahnhof Lauda erstmals einen Lazarett- oder Sanitätszug gesehen. Ich hatte mir noch kein Bild von derartigen Einrichtungen machen können. Ich betrachtete die reihenweise aufgeschichteten Insassen dieser Wagen. Ihre Gesichter hatten ungefähr das Aussehen wie das der Figuren in einem Wachsplastikum. So abgehärmt sahen sie aus. Zu gleicher Zeit sah ich die Reisenden und Kurgäste hinwandern nach Mergentheim, in die bekannte Tauberstadt. Das waren große Gegensätze. Ich mußte zusehen, wie diese armen Verwundeten stundenlang in der Blut der Julisonne auf dem Bahnhof standen, und niemand konnte ergründen, was der Zweck dieses Stilliegens sei. Endlich wurde ihnen eine Suppe und ein Stück Brot gereicht. Nun war mir klar, was der Zweck des Aufenthalts des Zuges war. Man hat nun gewußt, daß solche Leute, wenn sie auch wieder genesen sind, niemals mehr eine Welt von Feinden niederringen werden. Man war sich damals schon darüber klar, was für ein Ende es nehmen mußte.

Präsident Kopp (unterbrechend):

Herr Kollege Spengler! Diese Ausführungen stehen aber doch in gar keinem Zusammenhang mit dem Steuer-gesetz (Sehr richtig!). Ich muß Sie auffordern, zur Sache zu sprechen.

Hg. Spengler (Fortfahrend):

Ich werde mich den Anordnungen fügen. Ein Wort darf ich vielleicht noch sagen über den großen Unwillen, der dadurch hervorgerufen wurde, daß in unserer Ernährung nicht alles geklappt hat. Das ist eine Sache, die uns alle bewegt. Es darf nicht außer Auge gelassen werden, daß wir eben nur einmal ein Doppelsystem haben, daß wir die gesetzliche Regelung und eine Versorgung hintenherum haben. Das können wir nicht mehr aus der Welt schaffen. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. Wir hoffen, daß durch die Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen den Völkern, durch die Aufhebung der Blockade jetzt eine Besserung in der Preisbewegung der Lebensmittel eintritt und dadurch auch die Ernährung eine Verbesserung erfahren kann.

Zum Schluß muß ich sagen, daß der Steuerzuschlag genehmigt werden soll. Ich bin zwar der Meinung, daß man die Freigrenze etwas weiter hätte erniedrigen können, weil ich meine, daß alle Klassen des Volkes dazu beitragen müßten, die Staatsfinanzen zu verbessern. Ich bin überzeugt, daß in den Kreisen der Leute mit kleinerem Einkommen sich sehr viele leistungsfähige Steuerpflichtige befinden und daß dem ganzen Volke klar gemacht werden müßte, daß alle Kreise Opfer zu bringen haben, daß alle Kreise mittragen müssen an dem Schicksal des Vaterlandes. Es ist auch nicht unbedeutend, daß man durch zu starke Wegnahme der Vermögen nach oben die Möglichkeit einer Lähmung des Erwerbslebens heraufbeschwört.

Es muß gefordert werden, daß die Erfolge fleißiger, ehrlicher Arbeit bei den Steuermaßnahmen geschützt werden. Der Landwirtstand, besonders der kleinere Landwirt, der sich mit jählicher Arbeit, mit unermüdlichem Fleiß etwas verdient hat, sollte keinen rücksichtslosen Zugriff erfahren. Man sollte den Fleiß durch Schonung anerkennen und sollte dadurch zum Weiterstreben aneignen. Also Schutz ehrlicher, fleißiger Arbeit auch bei den steuerlichen Maßnahmen!

Um aus diesem trostlosen Zustande herauszukommen, um den Knäuel von Wirrnissen zu lösen, muß zum Schluß gefordert werden restlose Pflichterfüllung jedes einzelnen, Verantwortlichkeitsgefühl für das Staatsganze, Unterwerfung unter die Gesetze, Unterwerfung aber auch unter die göttliche Autorität. Das muß jedem eine Gemeinheitspflicht sein. Als die natürliche Folge der Unterwerfung unter eine göttliche Weltordnung ergibt sich von selbst die Anerkennung des Nächsten und die Achtung des Nebenmenschen als gleichberechtigtes Glied der menschlichen Gesellschaft. Auf dieser Grundlage wollen wir den Aufbau beginnen (Weisfall im Zentrum).

Während obiger Ausführungen hat H. Vizepräsident Muser auf kurze Zeit die Leitung der Verhandlungen übernommen und sie wieder an Präsident Kopf abgegeben.

Hg. Strobel (Soz.):

Die heutige Steuervorlage ist eine Folge des Krieges, und man kann sagen: Sie kommt zu spät. Während andere Staaten, die mit uns im Kriege standen, schon während des Krieges ihre Finanzen in Ordnung zu bringen versuchten, wie z. B. England, das die direkten Steuern weiter ausbaute, hat man in Deutschland die sozialdemokratischen Forderungen, die bereits im Jahre 1915 gestellt worden sind, und auch eine Ordnung unserer Finanzen verlangten, abgelehnt, es war der damalige Reichsfinanzminister Helfferich, der mit jener Begründung abwehrte, daß das Übergewicht der Milliarden unsere Feinde durch Jahrzehnte nachschleppen sollten. Man hat gehofft, daß unsere Feinde die Kriegsschulden bezahlen würden, und man hat dann später von der Reichsregierung lediglich Maßnahmen auf steuerlichem Gebiete getroffen, um die Zinsschuld zu decken. Heute muß das in der Vergangenheit Versäumte nachgeholt werden. Daß es dabei ohne einen starken Eingriff in die Vermögensverhältnisse nicht abgeht, ist jedem klar, der sich mit unseren Finanzverhältnissen in Deutschland näher befaßt hat und der auch weiß, daß durch die indirekte Steuererhebung die wertvollsten Bevölkerungsschichten ohnehin sehr stark belastet waren. Steuerliche Gerechtigkeit muß das Entscheidende sein. Die indirekten Steuern noch mehr zu steigern, ohne alle direkten Steuerquellen erschöpft zu haben, geht nicht an; die breite Masse des Volkes würde in gerechter Entrüstung aufstehen, wollte man weitere indirekte Steuern auf Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände legen, ohne den Besitz zuerst erfasst zu haben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Das ist ein dringendes Bedürfnis,

und dem sucht die uns gemachte Vorlage gerecht zu werden. Sie hat auf die Verhältnisse, wie sie gegenwärtig bestehen, dadurch Rücksicht genommen, daß die Freigrenze, bis zu der die Einkommen vom Zuschlag verschont bleiben, auf 8000 M. festgesetzt wurde. Wenn gesagt worden ist, daß man schon bei den unteren Einkommensstufen den Steuerzuschlag hätte erheben müssen, um erzieherisch zu wirken, so ist das eine schlechte Begründung, denn heute ist jegliche Belastung der unteren Einkommen ein Anreiz zu neuen Lohnforderungen, zu neuen Lohnbewegungen, und man kann diesen Vorwand nur nehmen, wenn Personen mit geringeren Einkommen von weiteren Belastungen verschont bleiben. Und untere Einkommen sind solche bis zu 8000 M., denn es ist nicht so, wie gestern hier gesagt worden ist, daß die Arbeiter durch die Erhöhung ihrer Löhne gute Geschäfte während des Krieges gemacht hätten. Es ist zwar richtig, daß die Löhne höher geworden sind; aber die Lebenshaltung ist in wesentlich höherem Maße teurer geworden. In Mannheim betrug der Aufwand für rationierte Lebensmittel im Monat Juni 1919 für eine fünfköpfige Familie 329,66 M., während für dieselben Lebensmittel im Jahre 1914 74,77 M. bezahlt werden mußten. Es liegt hier also eine Preissteigerung von 341 Prozent vor (Hört, hört!). Das sind nun erst die Lebensmittel, ohne die anderen Bedarfsartikel, welche gleichfalls wesentlich teurer wurden, so daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen, welche die Arbeiter- und Beamtenschaft aufweist, und sich in Grenzen von 100 und 200 Proz. bewegten, bei weitem nicht erreichten, um den erhöhten Lebensaufwand in allen Teilen zu bestreiten. Einschränkung auf allen Gebieten war die Folge. Nicht die Arbeiter konnten Kriegsgewinne machen; nur den Produzenten und den Arbeitgebern vor allem in der Kriegsindustrie, war es möglich, sehr große Kriegsgewinne zu machen und von ihnen fordert man heute die Opfer, die notwendig sind, um unsern Staat zu erhalten. Es zeugt von einem sehr schlechten Patriotismus, welchen doch gerade jene Leute vor dem Krieg immer dem arbeitenden Volke predigten, wie es scheint aber predigten, um die Anderen die Kosten zahlen zu lassen, indem sie sich jetzt dieser Pflicht zu entziehen versuchen. Heute ist es so, daß wir jenen Leuten zurufen: Ihr müßt die Not des Staates erkennen, müßt aber auch die Not des Staates lindern helfen dadurch, daß Ihr einen Teil Eures Vermögens, Eures Bestes der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Es ist eine Schande für diese Patrioten, die ihr Geld ins Ausland bringen, um es dort sicherzustellen und ja nicht dem eigenen Lande den schuldigen Tribut leisten zu müssen. Es ist dies beschämend und zeugt von wenig Vaterlandsliebe jener Leute. Und wenn sich die deutsche Regierung nebst den bundesstaatlichen Regierungen dafür einsetzen, Maßnahmen zu ergreifen, um es jenen Leuten, die das Geld ins Ausland verschleppten, unmöglich zu machen, daß sie einen Nutzen daraus ziehen können, dann werden sie sich den Dank der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes erwerben (Bravo!). Denn wenn heute auch hier allerlei Proteste kommen, daß man die Industrie lahm legen würde und dergleichen mehr, so ist die Art und Weise, wie man hier seitens der Protestler vorgeht, so, daß man daraus schließen kann, die Steuervorlagen kamen zu schnell, um ihre Wirtschaft darauf einzustellen und den Produktionskosten aufzurechnen. So wird in einer Darstellung angegeben, daß die Vermögenssteuerzuschläge in einem Falle 642 000 M. betragen würden, die Abgabe wird unter die laufenden Ausgaben eines Jahres eingestellt, um so den Regierungen begreiflich zu machen, daß nicht sie Geld zahlen können, sondern daß die Regierungen ihnen noch Geld geben sollten. So ist diese Vermögensabgabe nicht gedacht, sondern sie ist gedacht als Opfer vom haren Vermögen, und das müssen sich die Leute einmal gesagt sein lassen, daß man nicht dem Kleinen stets und ständig Lasten aufbürden und den Reichen eventuell damit verschonen darf.

Wenn weiter immer gesagt wird, daß unsere Volkswirtschaft leide, daß wir anderen Staaten gegenüber nicht konkurrenzfähig blieben, so muß man doch den Finanzministern zurufen, ob es denn keinen Weg gibt, daß diese unterschiedliche Behandlung einmal aufhört, daß dieser gegenseitige Konkurrenzneid der Staaten beseitigt wird. Alle Staaten, Baden, wie Württemberg und Bayern, wie Hessen und Sachsen sind in der gleichen finanziellen Kollage, und auch sie haben einen einheitlichen Weg zu beschreiten um eine Grundlage zu schaffen, damit diese Konkurrenzrücksichten, die immer vorgeschützt werden, ein für alle mal beseitigt werden. Das wird wohl durch die Reichssteuererhebung versucht und zum größten Teil wohl auch erreicht werden. Und wenn dann in einer Zuschrift an den Landtag noch gesagt worden ist, daß, falls diese Steuererhebung, diese Vermögensabgabe und Einkommensteuer

erhöhung durchgeführt werden, man dem Gewerbetreibenden die Lust und Liebe zu seiner Tätigkeit nehmen würde und daß er an Arbeitskraft, an Arbeitsfreude und an Bagemut einbüße, so sind das tatsächlich Andeutungen, die als das Gegenteil von dem betrachtet werden müssen, was heute in das Land hinausgerufen werden muß, und tagtäglich von den Finanzministern aller Staaten den Arbeitern zugerufen wird: Nur die Arbeit kann uns retten. Und hier kommen jene Leute, die einen Teil ihres Besitzes, den sie als Arbeitsertrag von ihren Arbeitskräften herausgeschunden haben, der Allgemeinheit wieder zuführen sollen und jagen, wenn unser Gewinn geshmälert wird, ist unsere Arbeitskraft und unsere Arbeitsfreude dahin. Das sind jene Leute, denen man früher Gemeinnützigkeit unterstellte, die man für fähig hielt, die höchsten Ehrenämter zu bekleiden, die aber den Gemeinnützigkeit in die Tat umsetzen. Man muß schon diesen Leuten zurufen, wenn sie es ernst meinen mit dem Aufbau unseres daniederliegenden Staatsgebäudes, dann müssen auch sie Opfer bringen im Interesse der Allgemeinheit. Man darf nicht mit einer passiven Resistenz drohen, wie es hier und da geschieht ist, sondern man muß den anderen mit gutem Beispiel vorangehen. Warum ist die Arbeitslust heute nicht mehr im gleichen Maße vorhanden? Weil die Masse des arbeitenden Volkes nicht mehr allein für den Besitzer der Produktionsmittel arbeiten will, daß er hohe Gewinne einstreichen kann, sondern die Arbeiterschaft will über den Arbeitsertrag verfügen im Interesse der Allgemeinheit. Wenn hier das Unternehmertum mit gutem Beispiel vorangeht und sich beschränkt mit dem Verdienst, der zum Lebensunterhalt notwendig ist, dann wird die Arbeitslust bei den Arbeitern wieder gesteigert werden können. Aber nur so ist es möglich, daß die Produktivität wieder gesteigert werden kann und nicht etwa dadurch, wie es der Herr Abg. Mayer erreichen will, daß man dazu übergehen müßte, den Achtstundentag wieder abzuschaffen und den 8 bis 10 Stundentag, sowie die Aftorarbeit wieder einzuführen. Nein, mit einer Verlängerung der Arbeitszeit werden Sie nichts erreichen, denn die Arbeitskraft wird nur voll ausgenutzt werden können bei einem 8 stündigen Arbeitstag, und sie wird nur dadurch das äußerste Mögliche zu leisten im Stande sein. Wir müssen unter allen Umständen vermeiden, die Arbeitskraft durch übergebührende Ausnützung schnell dem Siechtum verfallen zu lassen, sondern alle Volkskräfte sind schonlich zu behandeln, um sie lange dem Staate und damit der Wirtschaft zu erhalten. Wo man den 8 stündigen Arbeitstag früher einführt, und überall dort, wo man den Aftstundentag früher einführt, hat sich ergeben, daß die Arbeitsleistung eine bessere geworden ist. Aber die Arbeitsfreude muß vorhanden sein, und die Arbeitsfreude wird nur erreicht, wenn auch der Arbeiter weiß, daß er nicht für den einzelnen Kapitalisten arbeitet, dessen Tätigkeit vielleicht sich im Kuponabschneiden erschöpft. Diese Zeiten sind vorbei, und ich meine, wenn jene Herren, die heute protestieren und Angst haben um ihre weitere Existenz, die sie durch die jetzige Steuervorlage gefährdet sehen, dann mögen sie vor das Volk, vor den Staat, vor die Regierung hintreten und sagen: „Hier habt Ihr unsere Betriebe, verfügt über sie im Interesse der Allgemeinheit und nützt sie aus.“ Dann verfügt die Gesamtheit über die Produktionsmittel und sie wird sie nützen im Interesse aller.

Dann noch ein Wort zu dem, was der Herr Abg. Mayer heute wieder sagte über die Kriegsgesellschaften, die Zwangswirtschaft und dergleichen mehr. Ja, wer hat denn diese Kriegsgesellschaften irgend wie verteidigt, vielleicht die Sozialdemokratie? Sie sind eingerichtet worden als eine Kriegsnötwendigkeit, begünstigt von den Durchhaltepolitikern (Sehr gut! links), die sich sagten: „Nur durch die Zwangsbewirtschaftung wird es uns möglich sein hindurchzukommen, durchzuhalten und auszuhalten, den Sieg Deutschlands davon zu tragen.“ Sie haben sich getäuscht durch die Überspannung der Kräfte des deutschen Volkes. Aber der Gedanke an und für sich war gut. Nicht die Sozialdemokraten haben diese Kriegsgesellschaften eingerichtet, sondern die alten bürgerlichen Regierungen, die alles nur nicht der Sozialdemokratie freundlich gesinnt waren. Sie haben sie geschaffen; den Bod hat man zum Gärtner gemacht dadurch, daß man die Interessenten in erster Linie mit in diese Kriegsgesellschaften hineingenommen hat. Daß diese versagen mußten, ist klar. Aber mit Sozialismus und sozialistischer Wirtschaft haben diese Einrichtungen aber auch rein gar nichts zu tun (Sehr richtig! links). In einer Zeit wie vor dem August 1914 hätte sich leicht eine sozialistische Wirtschaft einrichten lassen, hingegen ist das schwer in einer Zeit, wo alles erschöpft ist und die Wirtschaft darniederliegt. Verschuldet wurde dieses Unglück von jenen Her-

ren, welche die Politik des Herrn Abg. Mayer in der Vergangenheit getrieben haben (Widerspruch und Zustimmung). Heraushefen kann uns nichts anderes, als ein geordneter Aufbau, an dem alle mitarbeiten und mitwirken. Die Besitzenden müssen sich dabei auch zu Wer lassen, deshalb sei ihnen zugerufen: Treibt es nicht zum Äußersten! Wenn eine Vorlage draußen Befriedigung auslöst, dann ist es diese Steuervorlage. Teilweise wünscht man, noch weiterzugehen. Es ist das der beste Weg, um wieder in geordnete Verhältnisse hineinzukommen. Jede Kritik gegenteiliger Art ist daher unberechtigt. Die Betroffenen mögen sich sagen, die Armen haben gedurft, haben gehungert während des Krieges, sie aber haben ein schönes Leben geführt, indem sie Kriegsgewinne machten. Sie haben sich nicht mit den zugewiesenen Rationen begnügt, sie haben hinten herum im Schleichhandel gekauft, bezahlten hohe Preise und verschuldeten, daß die Zwangswirtschaft versagte. Nun ist die Zeit, Opfer zu bringen an ihnen. Und das Opfer, das von ihnen verlangt wird, ist wirklich nicht so, daß man sich darüber beklagen könnte. Aber der gute Wille muß vorhanden sein, der Allgemeinheit auch einmal ein Opfer finanzieller Art zu bringen. Wenn die Leute das nicht wollen, muß der Staat es ihnen beibringen, müssen die Produktionsmittel in den Besitz des Staates übergeführt werden. Erst so ist es möglich, wieder Lust und Freude an der Arbeit zu erwecken und damit auch Lust und Liebe, um dem Staat das Notwendige und Erforderliche zu geben auch von jenen, die das heutige Steuergesetz in erster Linie trifft (Beifall links).

Abg. Weishaupt (Zentr.):

Die Gesetzesvorlage, wie sie aus der Kommission herorgegangen ist, hätte mich eigentlich veranlaßt längere Ausführungen zu machen. Auch manche Bemerkungen, die heute in der Debatte gefallen sind, hätten eine Widerlegung vom Standpunkt des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes aus notwendig gemacht. Aber mit Rücksicht auf die Zeit und die Geschäftslage des Hauses möchte ich darauf verzichten.

Die allgemeine Beratung des Gesetzentwurfes und die Besprechung der Interpellation wird geschlossen.

Die Interpellanten und der Berichterstatter der Kommission verzichten auf das Schlusswort.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort:

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-Nat. Sp.):

Der Herr Abg. Strobel hat eine politische Verwandtschaft konstruiert zwischen dem früheren Minister Helfferich und mir. Er hat ferner behauptet, daß die Politik des Abg. Mayer schuld sei an den jetzigen unglücklichen Zuständen. Ich erkläre beides für eine positive Unrichtigkeit (Sehr richtig! rechts — Heiterkeit links).

In der Einzelberatung des Gesetzentwurfes ruft der Präsident die einzelnen Teile desselben der Reihe nach auf. Es erhalten das Wort:

Zu § 1 und dem hierzu vorliegenden Antrag der Abgg. Dr. Glodner und Gen.:

In § 1 Absatz 1 die Zuschläge zur Einkommensteuer auf 400 v. S. der Steuerhöhe des Einkommensteuerartikels zu beschränken und unter Strich der viert- bis siebteften Zeilen des Absatzes 1 die achtefte Zeile zu fassen:
„Von 600 000 M. und mehr . . . 400 v. S.“

Abg. Dr. Glodner (D. Dem. P.):

Ich habe nur noch mit einigen Bemerkungen auf unsere Anträge zurückzukommen, da ich vor Schluß der allgemeinen Beratung das Wort als Antragsteller nicht mehr erhielt.

Der Hauptgrund für unsern Antrag, den ich gestern vorbrachte, daß wir dem Finanzminister weit über das Maß dessen, was nach der jetzigen Lage erforderlich ist, Mittel zur Verfügung stellen, ist eigentlich durch die seitherige Erörterung nicht erschüttert worden. Der Herr Finanzminister hat ausgerechnet, daß zu den 75 Millionen Fehlbetrag, noch der VI. Budgetnachtrag komme — der Herr Kollege Köhler hat von einem VII. Nachtrag gesprochen, wir haben aber jetzt den VI. Nachtrag voraus — der noch 17 Millionen für die aus-

ländischen Lebensmittel erfordert, daß der Kredit von 33 Millionen für das Murgwerk, der im VI. Nachtrag angefordert wird, wie gestern bereits hergestellt wurde, nach dem Gesetz über das Murgwerk auf Anlehensmittel zu nehmen ist, da das Murgwerk ein ausgeschiedener Verwaltungszweig ist, er ist also nicht aus diesem Steueraufbringen zu decken. Es handelt sich also um einen Bedarf von $75 \times 17 = 92$ Millionen Mark. Dem gegenüber ergibt die Regierungsforderung 114 Millionen. Nach unseren Anträgen würden sich wie aus der Drucksache „Zu Nr. 16c I“ ersichtlich ist, 122 Millionen ergeben. Die Beschlüsse des Haushaltsausschusses mit 143 Millionen gehen also immerhin noch um 51 Millionen über den jetzigen Bedarf hinaus. Der Herr Finanzminister hat nun gestern Lohnaufbesserungen von 35—40 Millionen noch dazu gerechnet. Da muß dem Herrn Finanzminister ein Irrtum unterlaufen sein. Denn nach der Darstellung, die er am 2. Juli gegeben hat, hat er ausdrücklich gesagt, der von ihm berechnete Betrag von 75 Millionen sei der Bedarf, der sich nach dem Budget 1918/19 und den fünf Budgetnachträgen ergibt, und in diesen 5 Budgetnachträgen sind auch die letzten Lohnaufbesserungen enthalten. Also dieser Teil seiner Ausführungen von gestern kann nicht stimmen.

Dann hat der Herr Finanzminister heute — und das möchte ich doch bei diesem Anlaß auch zur Sprache bringen — gegen meine Partei den Vorwurf erhoben, wir hätten gegen das Reichsnoteopfer Widerstand erhoben. Wir und meinen Parteifreunden hier ist nichts davon bekannt. Das „Radolfzeller Tagblatt“, das der Herr Kollege Straub vorhin genannt hat, ist mir nicht bekannt, ich weiß nicht, welcher Parteirichtung es angehört, und ich weiß nicht, was es zum Reichsnoteopfer geäußert hat. Jedenfalls ist es kein Kronzeuge für die Stellung der demokratischen Partei; und daß die demokratische Partei sich gegen das Reichsnoteopfer ausgesprochen habe, ist uns hier auf diesen Bänken neu. Der Herr Finanzminister muß sich da also geirrt haben. (Abg. Dr. Schofer: Ja, ein demokratisches Blatt ist es!) Aber für die demokratische Partei kann es keine verbindende Erklärung abgeben! Das Wort „Reichsnoteopfer“ ist allerdings von einer demokratischen Zeitung als kitschig bezeichnet worden. Das ist Geschmackssache, darüber kann man ja verschiedener Meinung sein.

Ich habe dann gestern an die Adresse der Regierungsbank noch zwei Fragen gestellt, und darauf ist mir noch keine Antwort geworden; ich möchte sie deswegen wiederholen:

Wir sind nach den Ausführungen, die hier von den verschiedenen Seiten gemacht worden sind, darüber klar, daß die Vermögenssteuereinzuschläge vom Vermögensstock zu zahlen sind. Wenn sie nun aber gleichwohl vom Einkommen genommen werden und das Einkommen eines Jahres dadurch schon aufgezehrt wird, sind sie dann nach dem Einkommensteuergesetz vom steuerbaren Einkommen abzugsfähig? Darüber kann man zweifelhaft sein. Art. 3 Ziff. 2 des Einkommensteuergesetzes sagt: „Als steuerbares Einkommen gilt das Einkommen nach Abzug . . . der auf dem Einkommen ruhenden dauernden privat-rechtlichen und öffentlich-rechtlichen Lasten mit Ausnahme der Vermögenssteuer.“ Ob diese Vermögenssteuereinzuschläge, die ja etwas ganz anderes sind als die gewöhnliche Vermögenssteuer, da sie auf ganz anderer Grundlage berechnet werden sollen, abzugsfähig sind, darüber wäre mir immerhin eine Erklärung der Regierung erwünscht.

Und dann habe ich gestern noch über einen Teil des Antrags, der aus der Industrie gestellt worden ist, eine Erklärung der Regierung für wünschenswert bezeichnet, auf den Antrag, nämlich, der sich darauf bezieht, daß, wenn im laufenden Jahre 1919 ein Rückgang des Einkommens konstatiert wird, der ein um mehr als ein Fünftel geringeres steuerbares Einkommen mit Rückwirkung auf den 1. Januar 1919 ergibt, so wird, wie ich annehme, dieses geringere Einkommen auch für die Zuschläge maßgebend sein. Das ist wohl der berechtigte Kern in diesem Antrage, der an uns gestellt worden ist, und insoweit, glaube ich, wird dieser berechtigte Kern auch nach dem bestehenden Gesetz schon eine Berücksichtigung erfahren können; da glaube ich, wäre es auch erwünscht im Interesse der Kreise, die sich an das Haus gewandt haben, daß die Regierung ihre Auffassung dazu kundgeben würde.

Ich schließe damit, namens meiner Partei zu erklären, daß wir nach wie vor glauben, mit unseren Anträgen der Industrie und der Wirtschaft unseres Landes und damit auch der Industriearbeitern zu dienen. Wir empfehlen deshalb die Anträge nochmals zur Annahme.

Direktor der Zoll- und Steuerdirektion Geheimerat Schellberg:

Auf die Fragen des Herrn Abg. Dr. Glodner möchte ich folgendes erwidern.

Soweit es sich um die Abzugsfähigkeit der Zuschläge an der Einkommensteuer handelt, muß zwischen physischen Personen und Aktiengesellschaften unterschieden werden. Bei physischen Personen sind nach der Auffassung der Steuerverwaltung die Zuschläge nicht abzugsfähig; denn das Einkommensteuergesetz schreibt in Artikel 3 Ziffer 2 vor, daß die Einkommen- und Vermögenssteuer am Einkommen nicht abgerechnet werden dürfen. Wenn man nun die jetzigen Steuererhöhungen, wie es wohl zutreffend sein wird, als Zuschläge betrachtet, so dürfen sie nach der genannten Bestimmung am steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Aber selbst, wenn man sie als eine besondere einmalige Abgabe ansieht, kommt der Abzug nicht in Frage, weil nur auf dem Einkommen ruhende dauernde Lasten abgezogen werden dürfen.

Was dagegen die Freilassung dieser Zuschläge von der Einkommensteuer bei den Aktiengesellschaften betrifft, so ist für die Aktiengesellschaften und die ihnen gleichgestellten anderen Gesellschaften vorgeschrieben, daß als steuerbares Einkommen nur die Überschüsse gelten, die als Zinsen und Dividenden verteilt und zur Bildung von Reservefonds und dergl. verwendet werden. Die vorerwähnten Überschüsse entstehen aber erst dann, wenn sämtliche Ausgaben, darunter auch die Steuern, bestritten sind. Damit kommt bei den Aktiengesellschaften weder die Vermögenssteuer selbst noch der Zuschlag zur Versteuerung.

Was den Antrag Ziffer 4 des Badischen Handelstags betrifft, der lautet:

„Bleibt das im Jahre 1919 erzielte Einkommen um mindestens ein Fünftel hinter dem für das Jahr 1918 veranlagten Einkommen zurück, dann sind die Steuerzuschläge vom Einkommen und vom reinen Vermögen nachträglich nach den Ergebnissen des Kalenderjahres bzw. Geschäftsjahres 1919 richtigzustellen und die zu viel berechneten Beträge zurückzuerstehen“, so ist der Abg. Dr. Glodner der Meinung, daß diesem Antrag schon durch die jetzige Fassung des Einkommensteuer- und Vermögenssteuergesetzes, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, Rechnung getragen sei. Das ist richtig, soweit es sich um Minderungen handelt, die im laufenden Jahre bei dem Einkommen, das im Jahre 1918 erzielt ist, konstatiert werden. Wenn darnach das Einkommen des Jahres 1918 um ein Fünftel niedriger ist und 1000 M. weniger beträgt als vorher, dann wird nicht nur die Einkommensteuer selbst, sondern auch der Einkommensteuerzuschlag gemindert, und ebenso wird bei der Vermögenssteuer, wenn eine erhebliche Minderung nach dem Stande vom 1. April des Jahres 1919 eintritt, diese Minderung nicht nur bei der ursprünglichen Steuer, sondern auch bei den Zuschlägen angenommen. Dagegen tritt eine Änderung der Zuschläge nicht ein, wenn im nächsten Jahre auf Grund des Ergebnisses des Jahres 1919 eine Minderung der Einkommen- und Vermögenssteuer angenommen wird, denn diese Minderung wirkt nur zurück bis zum Schlusse des Jahres 1919.

Die Beratung über § 1 wird geschlossen und der Änderungsantrag der Abgg. Dr. Glodner u. Gen. mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Zu § 2 und dem hierzu vorliegenden Änderungsantrag der Abgg. Dr. Glodner und Gen.:

In § 2 Absatz 5 die Zuschläge zur Vermögenssteuer auf 200 Pf. zu beschränken und unter Strich der zweit- und drittlezten Zeile dieses Absatzes die viertlezte so zu fassen:

„Von 10 000 000 M. und mehr . . . 200 Pf.“

erhält das Wort:

Finanzminister Dr. Wirth:

Ich wollte noch eine kurze Ausführung zu dem machen, was vorhin der Herr Abg. Dr. Glodner — ich darf es vielleicht auch in diesem Zusammenhang tun — bemerkt hat. Ich habe seitherzeit in meiner Finanzrede in der 34. öffentlichen Sitzung vom 2. Juli über die Eisenbahnverwaltung bemerkt: „In der geschätzten — ich betone geschätzten — Gesamtausgabe von 242,5 Millionen Mark fehlt noch die Wirkung des Lohntarifvertrages, die zu etwa 52½ Millionen Mark jährlich anzunehmen und für 10 Monate 1919 mit 44,2 Millionen im IV. Nachtrag angefordert ist. Zweitens fehlt der

Aufwand für die Neuregelung der Dienst- und Ruhezeit, der im V. Nachtrag mit einem Betrag von 5 Millionen Mark angelegt ist." Einen Satz will ich dann weglassen. Es heißt dann weiter: „Ferner treten hinzu, die Ausgaben für die Ausgleichszulagen, die den Beamten im Hinblick auf die den Arbeitern durch den Lohnstarif zuteil gewordenen erheblichen Lohnsteigerungen gegeben werden müssen, und die, soweit sich zurzeit übersehen läßt, für die Eisenbahnverwaltung etwa den Betrag von 22 Millionen Mark erfordern werden.“

Es ist ganz undenkbar, wie der Herr Abg. Dr. Glöckner meinte, daß diese Beträge von 44,2 Millionen Mark und von 22 Millionen Mark etwa in dem Defizit von 75 Millionen der allgemeinen Staatsverwaltung stecken können. Da muß ein Irrtum ihrerseits vorliegen. Ich bin gern bereit, wenn es notwendig sein sollte, darauf morgen noch einmal zu sprechen zu kommen. Es geht nicht an, daß wir etwa, wie ich schon ausführte, die Steuerzulagen und die Folgen des neuen Lohnstarifs bei der Eisenbahn völlig auf Anlehen nehmen. Gerade das möchte ich ablehnen auch für die Eisenbahnverwaltung, daß wir unsere Steuerzulagen und die Mehraufwendungen für den Lohnstarif aus Anlehen etwa bestreiten wollen. Da weiche ich von der Auffassung des Herrn Abg. Dr. Glöckner entschieden ab. Wann wir aber die Abrechnung vornehmen, das ist die zweite Sorge. Jedenfalls müssen wir in der Lage sein, sobald es erforderlich ist, hier die notwendigen Zuschüsse an die Eisenbahn zu geben.

Ich treibe also für die Eisenbahn nur teilweise eine Anlehenpolitik für die Personalaufwendungen, die notwendig sind durch die Teuerung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände usw., da möchte ich aus allgemeinen Staatsmitteln das herauswirtschaften, um jene Fehlbeträge decken zu können. Aber wie gesagt, Sie sollen morgen früh noch einmal Aufschluß über diese Fragen bekommen. Insofern habe ich mich also nicht geirrt, als ob ich schon bei den 75 Millionen diese Fehlbeträge mitgerechnet hätte.

Der Änderungsantrag der Abgg. Dr. Glöckner und Gen. zu § 2 wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Präsident macht noch auf einen Druckfehler aufmerksam: Es muß in § 2 Abs. 1 des Gesetzesentwurfes in der von der Kommission beantragten Fassung heißen:

„Von den nach § 4 des Vermögenssteuergesetzes steuerpflichtigen natürlichen Personen, den Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gewerkschaften und den Gesellschaften m. b. H. mit einem reinen Vermögen von 50 000 Mark an, sowie der Würgschifferschaft wird für das Jahr 1919 usw.“

Außerdem muß es, wie bereits vom Berichterstatter festgestellt wurde, in Absatz 4 des § 2 heißen:

„. wobei jedoch an die Stelle des Vermögenssteuerzuschlags . . . usw.“ und nicht „des Vermögenssteuerzuschlags“.

Zu den §§ 3 und 4 meldet sich niemand zum Wort.

Vor der Abstimmung über den ganzen Gesetzesentwurf erhält noch das Wort:

Abg. Dr. Glöckner (D. Dem. P.):

Nach der Ablehnung unseres Antrags habe ich namens meiner Freunde zu erklären, daß mit Rücksicht auf die politische Bedeutung der Sache, auf die ich gestern hingewiesen habe und

die heute auch schon von anderer Seite betont wurde, meine Freunde mit wenigen Ausnahmen für das Gesetz stimmen werden und damit dem Lande gegenüber für dieses Gesetz die Verantwortung mit übernehmen werden, in der Überzeugung, daß die finanzielle Notlage ein einmütiges Zusammengehen aller Parteien fordert.

Hierauf wird der Gesetzesentwurf in namentlicher Abstimmung in der von der Kommission beantragten Fassung mit 70 Stimmen angenommen.

Ferner wird der Antrag der Kommission:

1. von der Einhaltung der gesetzlichen Frist für die zweite Beratung gemäß § 49 der Verfassung abzusehen,
2. die in Anlage 2 (der Druck. zu Nr. 16 c) aufgeführten telegraphischen und schriftlichen Eingaben durch die gefassten Beschlüsse für erledigt zu erklären.

3. das Haus wolle beschließen, es sei die Regierung zu ersuchen, dem nächsten ordentlichen Landtag einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen

I. das Einkommensteuergesetz dahin abgeändert wird, daß
a) in Artikel 6 Ziff. 4 an Stelle der Freigrenze von jährlich 900 M. eine solche von 2400 M. tritt,

b) in Art. 21 a an Stelle des Wortes „lann“ das Wort „muß“, an Stelle der Worte „auf Ansuchen“ die Worte „von Amtswegen“ treten, der Betrag von 8000 M. durch den von 6000 M. ersetzt wird und für eine Ermäßigung um höchstens 2 eine solche um höchstens 4 Steuerstufen vorgesehen wird, ferner daß als eines der beeinträchtigenden Verhältnisse auch die Kriegsbeschädigung in Betracht kommt;

II. das Vermögenssteuergesetz in § 61 Ziffer 6 dahin ergänzt wird, daß neben Witwen usw. auch Schwerkriegsbeschädigte aufgeführt werden und für 900 die Zahl 2400 M. Einkommen eingesetzt wird;

III. eine Neueinschätzung aller Einkommen und Vermögen im Sinne einer genaueren und sorgfältigeren steuerlichen Erfassung herbeigeführt wird;

IV. eine unterschiedliche steuerliche Behandlung der ledigen und verheirateten Steuerzahler von einer bestimmten Grenze an vorgesehen wird.

ein stimmig angenommen

Hierauf wird abgebrochen.

Der Präsident gibt noch den Eingang von Verhinderungsanzeigen der Abgg. D. Goldermann, Heurich und Schell für die heutige Sitzung bekannt.

Der erbetene Urlaub ist bewilligt.

Ferner werden die vom Finanzminister zu Beginn der Sitzung übergebenen Vorlagen (VI. Nachtrag zum Staatsvoranschlag und Nachtrag zum Gesetzesentwurf, die Feststellung des Staatshaushaltsetats für die Jahre 1918 und 1919 betr. an die Haushaltskommission überwiesen.

Nach einer kurzen Mitteilung des Präsidenten über die Fahrt nach Ditzheim zum Besuch des dortigen Naturtheaters und nach Festsetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung wird die Sitzung gegen 1/9 Uhr geschlossen.

Rednerverzeichnis neben stehend.

Rednerverzeichnis:

	Spalte
1. Anzeige neuer Eingänge:	
Präsident Kopf	1445
2. Kurze Anfrage, den a. o. Prof. Veit Valentin in Freiburg und die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten und nicht-erstmäßigen Professoren betr.:	
Abg. Dr. Gothein (D. Dem. P.)	1445
Minister für Kultus und Unterricht Hummel	1445
3. Zweite Beratung über das provisorische Gesetz, die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit betr.:	
Berichterstatter Abg. Strobel (Soz.)	1446
4. Fortsetzung der Beratung über den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr. samt einschlägigen Petitionen:	
Abg. Köhler (Zentr.)	1446
Finanzminister Dr. Wirth	1454, 1468, 1486
Abg. Narum (Soz.)	1454
Abg. Dr. Gothein (D. Dem. P.)	1460
Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-Nat. Rp.)	1471
Abg. Spengler (Zentr.)	1477
Abg. Strobel (Soz.)	1481
Abg. Weiskaupt (Zentr.)	1484
Abg. Dr. Glöckner (D. Dem. P.)	1484, 1487
Direktor der Zoll- und Steuerdirektion Geh. Rat Schellenberg	1486